

6. BAYERISCHES BREITBANDFORUM
8. NOVEMBER 2018
FORUM AM HOFGARTEN | GÜNZBURG
www.bayerisches-breitbandforum.de



Machen Sie mit und informieren Sie sich
im neuen **Netzwerk der Bayerischen Gemeindezeitung!**
Diskutieren Sie kommunale Themen
direkt mit Kolleginnen und Kollegen!
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



100 Jahre Freistaat – 200 Jahre Verfassungsstaat

Anlässlich des Doppeljubiläums von 100 Jahren Freistaat und 200 Jahre Verfassungsstaat Bayern feierte Ministerpräsident Dr. Markus Söder gemeinsam mit rund 1.200 Gästen im Herkulesaal der Residenz München. Der Festakt war ein Höhepunkt im Rahmen des Jubiläumsjahres 2018 WIR FEIERN BAYERN. Im Anschluss an den Festakt verlieh der Ministerpräsident Ehrenpreise (Ehrenfahnen) an fünf ausgewählte Verbände: Bayerischer Trachtenverband, Bund der Bayerischen Gebirgsschützen-Kompanien, Bayerischer Sportschützenbund, Bayerischer Blasmusikverband sowie Landesfeuerwehrverband Bayern. Söder unterstrich: „Der Freistaat pflegt seine Wurzeln – und gleichzeitig sorgt er dafür, dass unser Land wächst und sich weiterentwickelt.“ Unser Bild zeigt Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, mit den ausgezeichneten fünf bayerischen Traditionsverbänden. □

Mehr Mobilität für Bayern

CSU-Kommission für Infrastruktur und Mobilität verabschiedet Positionspapier

München – Den Öffentlichen Nahverkehr stärken, die starke Stellung Bayerns als Luftverkehrsstandort erhalten und die Finanzmittel für Straße und Schiene auf Dauer sicherstellen – das sind die zentralen Forderungen der CSU-Kommission für Infrastruktur und Mobilität im Vorfeld der Landtagswahl 2018.

Die Kommission unter Leitung der Rosenheimer Bundestagsabgeordneten und Verkehrspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion Daniela Ludwig beschloss dazu einstimmig ein 13 Punkte umfassendes Positionspapier. „Wir wollen, dass der Mobilitätsfahrplan der Staatsregierung und die Verkehrsoffensive im öffentlichen Verkehr so schnell wie möglich umgesetzt werden“, betonte Ludwig. „Die Staatsregierung ist auf dem richtigen Weg, den wir voll unterstützen. Wir müssen insbesondere die Mobilität der Menschen im ländlichen Raum stärken. Hier gibt es noch viel zu tun.“

Zum Auftakt der Sitzung hatte die Bayerische Verkehrsministerin Ilse Aigner das Konzept der Staatsregierung eingehend erläutert. „Die Verkehrspolitik ist

ein Schlüsselthema unserer Politik“, sagte Aigner. „Im Gespräch mit Vertretern der Wirtschaft höre ich immer wieder die gleiche Frage: Wie kommen meine Beschäftigten mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Arbeit?“

Investitionspaket

Die Staatsregierung habe für den Öffentlichen Personennahverkehr ein Investitionspaket in Höhe von 2,1 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Jährlich seien die Mittel für den ÖPNV um 100 Millionen aufgestockt worden. Ein Schwerpunkt der Verkehrspolitik seien auch Investitionen in Tarifverbände. „Das ist in Bayern durchaus noch ausbaufähig.“ Bei über 900 Anbietern und 72 Aufgabenträgern gebe es viele Beteiligte in diesem Projekt.

Die CSU-Kommission will in ihrem Positionspapier insbesondere den ländlichen Raum stärken. Im Schienenpersonen-Nahverkehr (SPNV) sei der Stundentakt als Minimalangebot unverzüglich flächendeckend umzusetzen. Taktverdichtungen und Kapazitätserweiterungen insbesondere im Zulauf zu Ballungsräumen seien bedarfsgerecht umzusetzen. Eine wichtige Ergänzung zum SPNV sieht die Kommission in Regional- und Tangentialbuslinien.

Flexible Angebote

Eine verstärkte Förderung verlangt sie für flexible Mobilitätsangebote. Dazu zählen etwa Smart Bus, Car Sharing ebenso wie Bürgerbusse und Pilotprojekte automatisierter Busse im ÖPNV.

Auch bei Tarifverbänden und in der Digitalisierung sieht die Kommission noch Handlungsbedarf. Die Chancen der Digitalisierung im ÖPNV seien verstärkt zu nutzen, etwa durch ein bayernweites E-Ticket sowie W-Lan in Zügen und Bussen. „Wir wollen ein Ticket für ganz Bayern!“ fordert die Kommission.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die dringend notwendige Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und Wasserstraße.

„Dazu sind insbesondere Gü- (Fortsetzung auf Seite 4)

Aktuelle Finanzdaten der kommunalen Spitzenverbände:

Vorrang für Investitionen und Schuldenabbau

Eine aktuelle Prognose der kommunalen Spitzenverbände zeigt: Die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland wirkt sich auch auf die Kommunalfinanzen aus. Im Durchschnitt stehen die kommunalen Haushalte derzeit gut da. Allerdings sind die derzeitige Situation und die guten Aussichten ausschließlich einer sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung und verschiedenen Bundeshilfen geschuldet.

Wie die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster, Landrat Reinhard Sager, Kreis Ostholstein und Bürgermeister Uwe Brandl, Abensberg, feststellten, „müssen Schuldenabbau und Investitionen jetzt Vorrang haben.

Denn – das zeigt jede Erfahrung – eine gute wirtschaftliche Entwicklung dauert nicht ewig an. Daran sollten Bund und Länder denken, trotz der positiven Entwicklung bei den öffentlichen Haushalten. Eine Diskussion über höhere Leistungen, etwa im Sozialbereich ist nur dann zu verantworten, wenn klar benannt und geregelt wird, wie

diese in wirtschaftlich schlechteren Zeiten noch finanziert werden können.“

7,6 Mrd. Euro Überschuss

Im Ergebnis rechnet die Prognose der kommunalen Spitzenverbände für das laufende Jahr mit einem Überschuss von 7,6 Milliarden Euro. In den Folgejahren sind Finanzierungüberschüsse zwischen 5 und 6 Milliarden Euro zu erwarten. Dabei ist jedoch zu beachten: Die Investitionen steigen trotz des Breitbandförderungsprogramms, des auf 7 Milliarden Euro aufgestockten Kommunalinvestitionsförderungsprogramms des Bundes und zahlreicher ergänzender Landesprogramme nicht in dem Ausmaß, wie es der Investitionsrückstand fordert und die Finanzlage letztlich zulassen würde.

Kapazitätsengpässe

Hintergrund hierfür sind Kapazitätsengpässe in der Bauindustrie, hierdurch stark gestiegene Preiserwartungen sowie zunehmende Personalknappheit bei kommunalen und privaten Planungsbüros.

Die guten Aussichten hängen am Tropf einer sehr guten wirtschaftlichen Lage. (Fortsetzung auf Seite 4)

Digitales Dorf im Freistaat

Über die Chancen der Digitalisierung für den ländlichen Raum
Von Staatsminister Franz Josef Pschierer

Über die Folgen der Digitalisierung gibt es verschiedene Vorstellungen. Viele davon sind von Angst geprägt – vor allem davor, dass der gigantische technologische Wandel Arbeitsplätze kosten könnte. Vielfach wird auch davon ausgegangen, dass die Digitalisierung eine Angelegenheit der großen Player sei, aber den Menschen im Einzelnen kaum betrifft.

Für mich als Wirtschaftsminister ist die Digitalisierung vor allem eines: eine riesige Chance. Und ich rede an dieser Stelle

kann erleichtert und regionale Produkte und Kompetenzen können besser vermarktet, die Mobilität erhöht werden. Das sind nur Beispiele – und dabei sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt.

Wachstum und Fortschritt sind kein Selbstzweck

Für mich ist es wichtig, dass wir die neuen Möglichkeiten für die Menschen in unserem Land nutzen, dass technische Errungenschaften zum Wohle der Gesellschaft eingesetzt werden. Denn Wachstum und Fortschritt sind kein Selbstzweck und nichts wert, wenn nur einzelne oder wenige einen Vorteil davon haben. Und wir dürfen nicht vergessen, dass im Freistaat nach wie vor etwa die Hälfte der Bevölkerung in kleinen Städten und Dörfern mit weniger als 20.000 Einwohnern lebt. (Fortsetzung auf Seite 5)



Franz Josef Pschierer. □

nicht vom Wachstumsversprechen der Digitalisierung, von neuen Produkten, neuen Geschäftsmodellen, neuen Unternehmen, Produktivitätssteigerung und Ressourcenschonung. Ich spreche von den Menschen und vom ländlichen Raum: Denn die Digitalisierung eröffnet uns auch die Chance, die Unterscheidung zwischen Metropole und ländlichen Regionen Stück für Stück aufzuheben. Sie kann – im positiven Sinne – Raum und Zeit sprengen.

Um es konkret zu machen: Die Digitalisierung kann das dörfliche Leben bereichern. Junge Menschen können in ihrer Heimat bleiben, weil sie dort Arbeit finden, die Nah- und medizinische Versorgung kann verbessert werden, Bildungsangebote können online wahrgenommen, das Leben Pflegebedürftiger



Trotz vereinzelter „Bayern-Bashing“ kann es um den Ruf des Freistaats nicht so schlecht bestellt sein, ist doch die Bevormundung aus anderen Teilen Deutschlands ungebrochen. Bayern ist eben eine Gemeinschaftsleistung, an der auch die Kommunalpolitik ihren verdienstvollen Anteil hat. Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Unser Bild zeigt (v. l.) den stellvertretenden Leiter der CSU-Kommission für Infrastruktur und Mobilität Eberhard Rotter, Verkehrsministerin Ilse Aigner sowie die Leiterin der Kommission und Verkehrspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Daniela Ludwig. □

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Stabilität und Sicherheit für die Menschen	2
Starkes Paket für mehr Wohnungsbau	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen	3
DStGB: Fachkräftmangel und Investitionsrückstand	5
Deutscher Landkreistag: Spurwechsel im Visier.	6
Kommunale Finanzthemen	7 - 10
Abfall • Umwelt	11
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV	12 - 14
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau.	14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen.	18 - 20

Ministerpräsident Dr. Markus Söder:

Stabilität und Sicherheit für die Menschen

Innenminister Herrmann: „Nutzung innovativer Ansätze Polizei bekommt mehr Personal und bessere Ausstattung

Die Sicherheit im öffentlichen Raum in Bayern wird weiter verstärkt. Über entsprechende Planungen hat Innenminister Joachim Herrmann dem Kabinett berichtet. Ministerpräsident Dr. Markus Söder erklärte dazu: „Wir wollen Stabilität und Sicherheit für die Menschen. Wir erhöhen die Polizeipräsenz und investieren in eine noch bessere und technisch erstklassige Ausrüstung der Bayerischen Polizei. Unsere Demokratie soll wehrhaft bleiben. Bei uns steht die innere Sicherheit an erster Stelle.“

Innenminister Joachim Herrmann: „Bayerns Markenkern ist die innere Sicherheit. Dank der bundesweit mit Abstand geringsten Kriminalitätsbelastung und der besten Aufklärungsquote können Bürgerinnen und Bürger in Bayern deutlich sicherer leben, als anderswo. Diesen Vorsprung werden wir durch noch mehr Personal und eine noch bessere Ausstattung der Bayerischen Polizei weiter ausbauen. Besonders wichtig für uns ist eine möglichst hohe Polizeipräsenz vor Ort, zum Schutz von Großveranstaltungen oder Versammlungen. Dabei setzen wir auch auf innovative Ansätze wie ‚Super Recogniser‘, auf besondere Einsatzmittel wie Drohnen, auf bewährte Maßnahmen wie den gezielten Ausbau der Videoüberwachung und Body-Cams, um für bestmögliche Sicherheit zu sorgen.“

Die Planungen sehen im Einzelnen insbesondere vor:

- **Mehr Polizistinnen und Polizisten für Bayern:** 3.500 zusätzliche Polizeistellen sollen von 2017 bis 2023 ausgewiesen werden. Dank der erhöhten Einstellungszahlen können jetzt deutlich mehr Polizeibeamte ausgebildet werden, als in den Ruhestand gehen. Das führt auch zu erhöhten Zuteilungen fertig ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten an die Polizeipräsidien. So stehen den Polizeidienststellen in Bayern bereits im kommenden Jahr 300 zusätzliche Polizeibeamte zur Verfügung.
- **Bessere Ausstattung der Polizei:** Der Freistaat investiert massiv in die Bayerische Polizei. Der Sach- und Bauhaushalt stieg von 329 Millionen Euro in 2013 auf

507 Millionen Euro in 2018. Die Umstellung auf die neue blaue Polizeiuniform ist abgeschlossen. Dazu kommen eine neue ballistische Schutzausstattung, Body-Cams, Taser und Drohnen sowie die diesen September beginnende Auslieferung der neuen Dienstpistole SFP9. Die Bayerische Polizei setzt auch auf modernste mobile Informations- und Kommunikationsmittel wie ‚Convertibles‘ und spezielle Smartphones mit verschlüsselten Messenger-Diensten.

• **Mehr Sicherheit im Öffentlichen Raum:**

Die Polizeipräsenz wird dank zusätzlicher Stellen weiter erhöht. Neben mehr motorisierten Streifenfahrten, Radstreifen und Fußstreifen sorgen auch die neuen Reiterstaffeln und Reitergruppen für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Gerade mit Polizeireitern werden Bereiche wie weitläufige Parkanlagen abgedeckt, die sonst nur schwer zu erreichen wären. Darüber hinaus haben Polizeireiter bei Großveranstaltungen eine besonders deeskalierende Wirkung auf potentielle Randalierer. Die Bayerische Polizei plant außerdem – auch für mehr Bürgernähe – elektrische Stehroller, sog. ‚Segways‘, einzusetzen. Bereits Ende September soll ein entsprechender Pilotversuch in Regensburg starten.

Weiter wird die Videoüberwachung in Bayern gezielt ausgebaut. Dabei geht es um mehr festinstallierte Videoüberwachungsanlagen der Polizei, die Ausweitung der mobilen polizeilichen Videoüberwachung, den weiteren Ausbau und die verstärkte polizeiliche Nutzung der kommunalen Videoüberwachung gerade im Öffentlichen Personenverkehr, die Verbesserung der anlassbezogenen polizeilichen Zugriffsmöglichkeiten

auf Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Gebäuden sowie den verstärkten Einsatz hochmoderner und innovativer Videoüberwachungsmöglichkeiten. Derzeit wird beispielsweise der Ausbau der stationären und mobilen Videoüberwachung in Augsburg (Königsplatz) vorangetrieben. Zugleich wird aktuell die Videoüberwachungsanlage in Regensburg (Bahnhofsvorplatz über Albertstraße bis zum Ernst-Reuter-Platz) ertüchtigt. Darüber hinaus ist eine vierte mobile Videoüberwachungsanlage der Bayerischen Polizei seit April 2018 einsatzklar.

Die Bayerische Sicherheitswacht wird ebenso weiter verstärkt. Ziel ist der Ausbau auf 1.500 Stellen. Zum 1. Juli 2018 engagieren sich knapp 950 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich in der Sicherheitswacht. Die Aus- und Fortbildung sowie die Ausstattung der Sicherheitswachtmittglieder werden weiter optimiert.

• **Sicherheit auf dem Oktoberfest 2018**

Die Polizei ist auf die Wiesn 2018 vorbereitet. Als Novum wird das Polizeipräsidium München dieses Jahr erstmals eigene ‚Super Recogniser‘ auf dem Oktoberfest einsetzen. ‚Super Recogniser‘ sind Menschen, die sich menschliche Gesichtszüge überdurchschnittlich gut einprägen und auch unter veränderten Bedingungen sowie nach längerer Zeit wiedererkennen können.

Diese herausragende Fähigkeit kann dabei helfen, bislang unbekannte Straftäter zu iden-

Starkes Paket für mehr Wohnungsbau

Eigenheimzulage seit 1. September 2018 abrufbar / Insgesamt rund 150 Millionen Euro allein im Jahr 2018 / Bauministerin Ilse Aigner: „Eigenheim ist beste Altersvorsorge“

Die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in der Regierungserklärung angekündigte Eigenheimzulage kann ab sofort abgerufen werden. Seit 1. September können Menschen, die sich Wohneigentum kaufen oder bauen wollen, eine Förderung bei der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) beantragen. Berechtigte erhalten einmalig 10.000 Euro vom Staat als Unterstützung. Allein für 2018 hat der Freistaat Bayern 150 Millionen Euro vorgesehen.

Bayerns Bauministerin Ilse Aigner: „Eigenheim ist die beste Altersvorsorge.“ Insgesamt gibt die Staatsregierung in diesem Jahr die Rekordsumme von 886 Millionen Euro für die Wohnraumförderung aus.

Voraussetzung für den Erhalt der Eigenheimzulage ist eine bestimmte Einkommensgrenze. Die Grenze liegt je nach dem zu versteuernden Einkommen für Alleinstehende bei 50.000 Euro, für Haushalte ohne Kinder

ro, für Familien mit einem Kind bei 90.000 Euro, für Familien mit zwei Kindern bei 105.000 Euro. Für jedes weitere Kind erhöht sich dieser Betrag um jeweils 15.000 Euro.

Eine Förderung ist sogar rückwirkend möglich, wenn für das Objekt nach dem 30.06.2018 die baurechtliche Genehmigung erteilt beziehungsweise ein notarieller Kaufvertrag geschlossen wurde. Der Antrag kann nach dem Einzug innerhalb von sechs Monaten bei der BayernLabo gestellt werden.

Die BayernLabo informiert und unterstützt bei der Antragstellung, prüft die Zuwendungsvoraussetzungen, führt das Bewilligungsverfahren durch und erteilt bei Bewilligung den Zuwendungsbescheid.

Das Bauministerium hat eine eigene Internetseite für Interessierte eingerichtet. Interessierte können alle Voraussetzungen für die Eigenheimzulage prüfen unter: www.eigenheimzulage.bayern.de. □

tifizieren. Zusätzlich wird auf dem Oktoberfest die offene polizeiliche Videoüberwachung um zehn zusätzliche Kameras verstärkt (insgesamt 47 Kameras). Zahlreiche Kameras wurden modernisiert, so dass voraussichtlich 13 hochmoderne und leistungsstarke ‚Panorama-Kameras‘ zum Einsatz kommen. Polizeibeamte sind auch in diesem Jahr wieder auf ihren Streifengängen mit Body-Cams und speziellen Smartphones mit Messenger-Diensten ausgestattet. □

Stellen aufgestockt. Den Regelungen wurden außerdem weitere Haushaltsmittel zugewiesen, damit die Präsenz der Sicherheitsdienste, wenn nötig, nochmals erhöht werden kann.

Gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten:

Wie im Bayerischen Asylplan beschlossen, werden in Bayern zusätzliche gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber geschaffen. Das Ziel: 5.000 gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten. Mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde dafür auf der Bayerischen Integrationskonferenz am 9. Juli 2018 eine entsprechende Vereinbarung geschlossen.

Gleichgewicht zwischen Integration und Ordnung:

Ausreisepflichtige müssen unser Land verlassen. Sie haben deshalb nach geltender Rechtslage nur eingeschränkt Zugang zum regulären Arbeitsmarkt. Die Erteilung einer Beschäftigungs- oder Ausbildungserlaubnis steht grundsätzlich im Ermessen der Ausländerbehörden. Auch ein bestehendes Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis allein schützt abgelehnte Asylbewerber nicht vor einer Rückführung, wenn nicht die Bedingungen der sogenannten „3-plus-2“-Regelung erfüllt sind. In Erweiterung dieser Regelung ermöglicht Bayern wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Gewinnung von Pflegekräften seit Ende August Asylbewerber, ihre schulische Pflegehelferausbildung auch nach Ablehnung eines Asylantrags weiterzuführen, wenn eine qualifizierte Berufsausbildung anschlussfähig ist.

Der Freistaat setzt damit bei staatlich anerkannten Helferberufen die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehene Neuregelung der „3-plus-2-Regelung“ schon jetzt um. Darüber hinaus können bei der Einzelfallentscheidung besondere Integrationsleistungen gewürdigt werden. Ein pauschaler sogenannter Spurwechsel im Sinne eines beliebigen Wechsels zwischen dem Asylsystem und Einwanderungsverfahren ist dagegen der falsche Ansatz. Das Asylrecht ist nicht dazu da, den Fachkräftebedarf zu decken. Hierzu wird der Bund den Entwurf eines Fachkräfte-Zuwanderungsgesetzes vorlegen.

Rückkehrprogramm:

Das neue Bayerische Rückkehrprogramm schafft gezielt Anreize, um die Zahl der freiwilligen Ausreisen weiter zu erhöhen. Eine Förderrichtlinie ist bereits erarbeitet. Das im Bayerischen Asylplan vorgesehene „Rückführungsprogramm für

Afrika“ wurde in der Richtlinie durch entsprechende Sonderregelungen für eine freiwillige Rückkehr nach Afrika umgesetzt. Das Kabinett hat am 8. August 2018 grünes Licht für die Erprobung der neuen Förderrichtlinie gegeben.

Abschiebungshaftplätze und Abschiebungsflüge:

Bayern schafft zusätzliche Abschiebungshaftplätze, damit sich Ausreisepflichtige ihrer Abschiebung nicht entziehen können. Aktuell stehen 131 Abschiebungshaftplätze zur Verfügung. Auf dem Gelände des Flughafens München entsteht nun kurzfristig eine weitere Abschiebungshafteinrichtung.

Bayern setzt die Ausreisepflicht auch mit eigenen Abschiebungsfügen durch. Ein erster bayerischer Sammelabschiebungsfug in die Ukraine ist am 21. August 2018 gestartet. Für die Begleitung stehen derzeit rund 30 geschulte Beamtinnen und Beamte der Landespolizei zur Verfügung. Bis Jahresende sollen es rund 100 sein.

Task-Force zur Rückführung von Gewalttätern:

Wer gewalttätig wird oder randaliert, hat sein Gastrecht verwirkt. Um Randalierer und Gewalttäter beschleunigt zurückzuführen, hat das Bayerische Landesamt für Asyl zum 1. August 2018 eine spezielle Task-Force gegründet.

Bayerische Grenzpolizei:

Seit Gründung Anfang Juli 2018 schützt die Bayerische Grenzpolizei unser Land vor Straftätern, Gefährdungen, illegal Einreisenden und Schleppern. Bis 2023 soll die Grenzpolizei von derzeit rund 500 Stellen auf insgesamt 1.000 Stellen anwachsen. Zusätzlich wird die Sachausstattung der Fahnder weiter optimiert. Im 4. Quartal 2018 werden die ersten 14 allradgetriebenen Dienstfahrzeuge an die sieben Grenzpolizeiinspektionen ausgeliefert. Außerdem wird jede Grenzpolizeiinspektion zwei sogenannte Basisfahrzeuge erhalten, die mit allen notwendigen Einsatzmitteln ausgestattet und für Kontrollsituationen vor Ort geeignet sind. Zudem werden 14 Nachsichtgeräte, 15 Wärmebildkameras sowie spezielle Drohnen beschafft. Auch die Beschaffung hochmoderner Dokumentenprüfergeräte läuft. Vorangetrieben wird die Automatisierte Kennzeichenerkennung: Neben der Errichtung von drei stationären Anlagen werden vier teilstationäre Anlagen angeschafft. Zudem erhalten die Fahnder moderne „Convertible“-Notebooks. □

Bayerischer Asylplan erfolgreich umgesetzt

Markus Söder: „Balance aus Humanität und Ordnung Herrmann: „ANKER-Zentren in allen Regierungsbezirken“

Innenminister Joachim Herrmann hat dem Ministerrat über den Stand der Umsetzung des am 5. 6. 2018 vom Kabinett beschlossenen Bayerischen Asylplans berichtet. Ministerpräsident Dr. Markus Söder sagte dazu: „Unser Ziel ist und bleibt die richtige Balance aus Humanität und Ordnung in der Flüchtlingspolitik. Wer schutzberechtigt ist, der bekommt in Bayern bessere Startchancen als anderswo. Wer aber Straftaten begeht oder gar gewalttätig wird, der muss unser Land schnellstmöglich verlassen. Der Bayerische Asylplan wirkt: Mit unserer bayerischen Grenzpolizei, dem Landesamt für Asyl und Rückführungen sowie den ANKER-Zentren schrecken wir Schlepper und Schleuser ab und verkürzen die Dauer von Asylverfahren.“

Innenminister Joachim Herrmann erläuterte dass die Zahl der neuen Asylanträge in Bayern deutlich zurückgegangen. sei. „Hatten wir im Gesamtjahr 2016 noch rund 82.000 neue Anträge zu verzeichnen, waren es heuer im ersten Halbjahr noch etwa 11.000. Mit Gründung der Bayerischen Grenzpolizei, des Landesamts für Asyl und Rückführungen, von ANKER-Einrichtungen in allen Regierungsbezirken und der Task-Force zur Rückführung von Gewalttätern und Randalierern haben wir einen Großteil der Maßnahmen des Bayerischen Asylplans bereits umgesetzt. Wir setzen auf Sachleistungen statt Geldtransfers und schaffen zugleich mehr gemeinnützige Arbeitsmöglichkeiten für Asylbewerber. Aktuell haben wir den niedrigsten Stand an untergebrachten Asylbewerber seit drei Jahren. All das zeigt: In Bayern haben wir bei der Asylpolitik geordnete Verhältnisse.“

ANKER-Einrichtungen:

Bayern hat als bundesweiter Vorreiter zum 1. August 2018 für alle neu ankommenden Asylbewerber in jedem Regierungsbezirk eine ANKER-Einrichtung geschaffen. Das Ziel: Noch schnellere und effektivere Asylverfahren, damit schneller Klarheit über den Ausgang des Asylverfahrens besteht. Wird ein Asylbewerber anerkannt, kann so rasch wie möglich mit der Integration begonnen werden. Wird

er abgelehnt, muss die Rückführung so schnell wie möglich durchgesetzt werden.

Sachleistungen statt Geldtransfers:

Die Umstellung auf Sachleistungen erschwert Geldtransfers in die Herkunftstaaten und senkt damit Anreize für Migration aus den falschen Motiven. Deshalb wurden alle Regierungen angewiesen, das Sachleistungsprinzip in ihrem Bereich konsequent auszuweiten. In den ANKER-Einrichtungen kann aktuell bis zu 75 Prozent des Bedarfs mit Sachleistungen gedeckt werden. Zusätzlich wird in allen ANKER-Einrichtungen die Unterkunft als Sachleistung gewährt. In ANKER-Einrichtungen werden künftig W-LAN-Netze als Sachleistung zur Verfügung gestellt. Bis Ende des Jahres sollen außerdem alle ANKER-Einrichtungen den Bedarf „Verkehr“ mit der Ausgabe von ÖPNV-Fahrkarten decken. Um das Sachleistungsprinzip in Bayern weiter zu entwickeln, laufen mehrere Modellprojekte, in denen ein System mit Wertpunkten sowie die Ausgabe von Bezahlkarten getestet wird.

Sicherheitsdienst:

Die Sicherheit in Asylbewerber-Einrichtungen hat einen hohen Stellenwert. Seit Anfang des Jahres wurden die dort tätigen privaten Sicherheitsdienste bayernweit um rund 60 zusätzliche

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Ostermeier
85113 Böhmfeld
am 23.09.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Rast
91338 Igensdorf
am 13.9.

Bürgermeister Michael Stampfer
85117 Eitensheim
am 24.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Wilhelm Schneider
97437 Haßfurt
am 19.9.

Bürgermeister Hubert Eberle
86698 Oberndorf a. Lech
am 20.9.

Bürgermeister Ludwig Wayand
85107 Baar-Ebenhausen
am 25.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Klement
97711 Maßbach
am 16.9.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden Geburtstage.

Mehr Mobilität ...

(Fortsetzung von Seite 1)

terverkehrszentren und Umladebahnhöfe zu verstärken. Wir brauchen einen raschen, einfachen und kostengünstigen Wechsel von Sattelaufliegern auf die Schiene.“ Auch eine optimale Vernetzung der Verkehrsträger sei unabdingbar.

Dazu gehört für die CSU-Kommission auch die Vernetzung mit dem Luftverkehr. Für die steigende Nachfrage nach Passagier- und Frachtluftverkehr seien im Freistaat die erforderlichen Kapazitäten zu schaffen – sowohl luft-, als auch landseitig. Innovative Luftkonzepte müssten entwickelt und umgesetzt werden.

Das Positionspapier wird nicht nur von der CSU unterstützt, sondern hat eine breite Basis. Denn die Kommission ist parteiunabhängig und mit Fachleuten verschiedener Verbände und Unternehmen besetzt. So haben unter anderem Vertreter der Deutschen Bahn und von Fluglinien, Verbände der Spediteure und Transportwirtschaft, die IHK, der ADAC, der Flughafen München GmbH und Unternehmer aus dem Bereich der Fahrzeugtechnik die Forderungen mit erarbeitet und beschlossen. □

Soziale Infrastrukturen auf dem Land

Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Zusammenarbeit mit der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München

Eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung berührt auch die Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Neben „sorgenden Gemeinden“ und „Verantwortungsgemeinschaften“ ist hier eine räumlich abgestimmte Infrastrukturplanung gefordert. Ein Thema für Politik, Kommunen, Verwaltungen, Vereine, Verbände, Wohlfahrtsorganisationen und Unternehmen, das im Rahmen des Sommerkolloquiums der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Zusammenarbeit mit der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München intensiv beleuchtet wurde.

Laut Prof. Dr. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und Mitglied der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ hat diese vier Gerechtigkeitsdimensionen erarbeitet: Verteilungs-, Verfahrens-, Chancen und Generationengerechtigkeit. Es gehe nämlich nicht nur um die materielle Ausstattung, sondern auch um Entfaltungsmöglichkeiten.

„Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern werden wir nicht allein durch hochqualifizierte Bildungs- und durch Umsiedlung gewonnene Arbeitsplätze bekommen, sondern nur, wenn auch die sozialen Infrastrukturen stimmen. Ein moderner Rural Life Style braucht auch nachhaltige und gerechte Soziale Infrastrukturen“, machte Magel deutlich und fuhr fort: „Wenn diese Infrastrukturen stimmen, dann werden sie auch tragfähig sein, weil wir darauf setzen können, dass die Menschen nicht weiterhin in die zunehmend unattraktiven Ballungsräume ziehen und abwandern, sondern lieber im ländlichen Raum bleiben oder dorthin ziehen, wo sie eine höhere Lebensqualität genießen können.“

Gute Versorgung keine Frage des Wohnorts

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser, Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung betonte: „Kindertagesstätten und Schulen, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Beratungsstellen und Vereine – für all diese so wichtigen Einrichtungen braucht es gut erreichbare Räumlichkeiten, gut geschultes Personal, eine moderne Ausstattung und ausreichende Finanzmittel. Wie kann dies in der Fläche gewährleistet werden, also auch in den ländlichen, peripheren Räumen außerhalb von Ballungszentren und Verdichtungsräumen – schließlich sollte eine gute Versorgung keine Frage des Wohnorts werden dürfen.“

Basis ist die „Wir-Qualität“

Warum sind manche Gemeinden erfolgreicher und lebenswerter als andere? Die Kulturwissenschaftlerin Dr. Kriemhild Büchel-Kapeller vom Voralberger Büro für Zukunftsfragen unterstützt engagierte Menschen dabei, innovative Lösungen für aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen zu entwickeln. Für sie liegt die Antwort auf der Hand: „Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft – das ist alles wichtig. Aber Strategien hat jeder, den Unterschied machen die Menschen. Die Basis ist das Sozialkapital.“ Gefordert ist mehr „WQ“, mehr „Wir-Qualität“.

Unter dem Begriff Sozialkapital versteht Büchel-Kapeller den sozialen Zusammenhalt innerhalb einer Gemeinschaft, also innerhalb der Familie und im Freundeskreis (Mikro-Ebene), aber auch die Beteiligung und das Engagement in Netzwerken und Vereinen (Meso-Ebene). Auf der Makro-Ebene zählt sie

auch höhere Ideale und Zugehörigkeiten dazu.

Dass in der Qualität der sozialen Beziehungen der Schlüssel zu positiver Entwicklung und Lebensqualität liegt, zeigen mittlerweile auch auf internationaler Ebene mehrere empirische Studien. Büchel-Kapeller fasste die Ergebnisse wie folgt zusammen: Je ausgeprägter der Zusammenhalt, das Miteinander einer Gemeinschaft (z.B. Gemeinde, Region, Unternehmen, Verein) ist, umso gesünder und glücklicher sind die Menschen dort, umso mehr Erfolg haben die Betriebe, umso größer sind die Bildungschancen und umso geringer ist die Kriminalitätsrate. „Gerade in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung – in einer ‚Welt ohne Grenzen‘ – brauchen wir wohl mehr denn je ein gutes Miteinander, Empathie und ein Verantwortungsfühl gegenüber anderen“, so Büchel-Kapeller.

Dr. Klaus Schulenburg vom Bayerischen Landkreistag machte auf Beobachtungen von Betreuern in den Jugend- und Sozialhilfeeinrichtungen aufmerksam, wonach gesellschaftliche Entwicklungen, die früher eher von den Städten bekannt waren, jetzt auch in den ländlichen Raum überschwappten. Demnach gebe es auch auf dem Land immer mehr Familien, die nicht klar kommen, und inzwischen auch hier einen Bedarf für Streetworker. Erziehungsaufgaben würden zunehmend verlagert.

Dringend ergänzende Unterstützung benötigen aber auch die Schulen und Unternehmen, stellte Schulenburg klar – etwa in Form von Schulsozialarbeit oder bei der Integrationsarbeit. Diese Entwicklung lasse sich auch an den drastisch angestiegenen Ausgaben und Personalstellen für die Sozial- und Jugendhilfe in den Landratsämtern ablesen.

Die Kommunalpolitiker halten viele Fäden in der Hand

Wie Stefan Rößle, Landrat des Landkreises Donau-Ries und Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU darlegte, hätten die kommunalen Aufgaben im Sozialbereich tatsächlich zugenommen – siehe Anspruch auf Ganztagesplätze für die Kinderbetreuung oder Integrationsarbeit. „Aber viele Dinge haben wir auch selbst in der Hand“, so der Landrat.

So seien durch ehrenamtliches Engagement in zehn Dörfern seines Landkreises Dorfläden eröffnet worden. Dies mache ihm Hoffnung. „Nach einem ähnlichen Prinzip versuchen wir jetzt die Freibäder weiter zu halten.“ Für Rößle ist es unbedingt erforderlich, den Gemeinden eine Plattform für den Austausch zu bieten: „Wenn sie beispielsweise Kultur- und Sozialangebote auf Landkreisebene koordinieren und gemeinsam bewerben, dann sieht man, dass auf dem Land durchaus viel los ist.“ Das Leben dort sei keine Last, sondern mache Lust auf mehr.

Mit Sorge betrachtet der CSU-Landtagsabgeordnete Bernhard Seidenath den Um-

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn wie jedes Jahr in diesen Tagen unsere Schreibtische und Terminpläne wieder deutlich voller werden, auf den Fluren der Arbeitsstätten die Kolleginnen und Kollegen eifrig ihre Urlaubserlebnisse austauschen und die Kinder nach den großen Ferien wieder zur Schule müssen, dann ist es soweit: Die sogenannte „Sommerpause“ ist vorbei.

In unseren Kommunen stehen die Verwaltungen auch wieder unter Volldampf. Neue Projekte werden gestartet, laufende weiter vorangetrieben und die nächsten Gremiensitzungen akribisch vorbereitet. Einige Tage etwas mehr Ruhe und Zeit mit der Familie sind erholend und wirklich schön, aber ich freue mich jedes Jahr auch immer, wenn es wieder losgeht.

Darüber hinaus zieht seit einigen Tagen ein weiteres Ereignis in deutlich wachsender Intensität die Aufmerksamkeit auf sich. Es hängen Plakate an den Straßenlaternen, man findet Einladungen zu Kundgebungen in der Tagespost, entdeckt Kandidatenprospekte im Briefkasten und man wird an den innerstädtischen Infoständen der Parteien mit reichlichen Argumenten und den verschiedensten werbebedruckten Stiften, Blöcken oder sogar Pfannenwendern versorgt. Ja, die heiße Phase der Landtags- und Bezirkstagswahlkampfes 2014 hat begonnen.

Als Kommunen sind wir mittendrin anstatt nur dabei – organisieren nicht nur die Wahllokale, die Auszählung und das dazugehörige Personal vor Ort, sondern haben auch ein ganz besonderes Interesse daran, wie es politisch im Freistaat weitergeht.

Für uns als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) ist klar: Ein starkes Bayern braucht starke bayerische Kommunen – und umgekehrt. Dafür setzen wir uns seit Jahrzehnten erfolgreich ein. Wir sprechen offen und ehrlich auch schwierigste politische Knackpunkte an. Die KPV erarbeitet konkrete Lösungsmöglich-

Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen

keiten auf knifflige Fragen, wie zum Beispiel dieses Jahr mit unseren 10 Punkte-Papieren zum Flächenverbrauch und der sauberen Mobilität, die bereits zu Teilen in die Tat umgesetzt wurden.

Offen und insgesamt sehr umfangreich wird derzeit ebenso innerhalb der Bevölkerung politisch diskutiert. Das ist vom Grundsatz her – aus demokratischer Sichtweise – sehr begrüßenswert, wenn man sich artikuliert und am politischen Willensbildungsprozess teilnimmt. Aber es sollte natürlich nicht dahin abdriften, dass erfolgreich Erreichtes gar nicht mehr wertgeschätzt und auf dem Nährboden der Ideologie und/oder Emotionalität sogar zerredet bzw. ins Negative gezogen wird. Dann wird's oft ungemütlich.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Aber wenn man so manches politische Gespräch in den vergangenen Wochen sogar im erweiterten Freundes- und Bekanntenkreis mitbekommt, hat man schon teilweise den Eindruck, dass wir in einer „furchtbaren und perspektivlosen Umgebung unser Dasein fristen müssen“. Dabei sprechen die Zahlen und Fakten doch eine ganz andere Sprache.

Mir liegt es fern und es würde auch zu weit führen, dies jetzt sozial- und politikwissenschaftlich erschöpfend zu analysieren. Dennoch macht man sich schon so seine Gedanken. Dabei komme ich aber letztendlich immer wieder zum gleichen Schluss:

Auch wenn es sehr salbungsvoll klingt, es gibt wirklich wenige Länder auf dieser Erde, die den Menschen eine derartige Lebensqualität bieten, wie Deutschland und dabei ganz speziell Bayern. Dazu stehe ich. Frieden und Freiheit seit Jahrzehnten, Hightech-Standort, Mittelstandsländ, innere und soziale Sicherheit, höchste Bildungsstandards, gute Gesundheitsversorgung für alle, aktives Kultur- und Vereinsleben sowie eine größtenteils intakte Natur – in dieser Kombination sind wir nahezu einzigartig.

Ja, es gibt auch große Herausforderungen und Probleme, gerade in den oben genannten Bereichen, aber lange nicht in dem Maße wie größtenteils woanders auf diesem Planeten.

Ähnlich positiv stehen die Fakten, auch wenn es darum geht, das Verhältnis des Freistaates Bayern zu seinen Kommunen zu beschreiben. Schon vor der „Sommerpause“ haben wir im Rahmen unserer KPV-Landesversammlung mit Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann und Finanz- u. Heimatstaatssekretär Dr. Hans Reichhart gemeinsam folgende Standpunkte noch einmal programmatisch herausgearbeitet:

- Bayern steht für starke und lebendige Kommunen mit höchster Lebensqualität für die Menschen. Es schafft gute Rahmenbedingungen, damit die Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke an der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung unseres Landes aktiv mitwirken können – und das tun wir auch. Dies alles soll dauerhaft und weiterhin in en-

stand, dass in den nächsten Jahren zahlreiche Ärzte ihre Praxis altersbedingt aufgeben werden. Ausreichende medizinische Versorgung überall im Land dauerhaft sicherzustellen, sei eines der drängendsten politischen Themen im Freistaat. Der gesundheits- und pflegepolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion nannte konkrete Punkte, die nun umgesetzt werden sollen.

So benötige jede Medizinische Fakultät einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin, der dem Beruf mehr Gewicht verleiht und über die Forschung wichtige Grund-

lagen vermittelt. Bisher gibt es an der LMU und an der TU München ein Institut bzw. einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin. Weitere sollen folgen, z.B. an der Uni Augsburg. Zudem wird für Bayern eine Landarztquote eingeführt.

Quoten für Landärzte

Bis zu fünf Prozent aller Medizinstudienplätze sollen dabei für Studierende vorgehalten werden, die sich bereit erklären, später als Hausarzt in Regionen zu arbeiten, die ärztlich unter-

ger Zusammenarbeit von Staat und Kommunen konsequent fortgesetzt werden.

- Bayern sorgt für die mit Abstand beste kommunale Finanzausstattung in ganz Deutschland. Die Kommunen erhalten vom Freistaat im Jahr 2018 9,51 Milliarden Euro. Das ist die höchste Summe in der Geschichte des kommunalen Finanzausgleichs. Instrumente wie die Stabilisierungshilfe leisten einen wertvollen Beitrag, dass auch strukturschwächere Kommunen finanziell wieder handlungsfähig sind und vor Ort zukunftssträchtige Projekte umsetzen können – von der Kinderbetreuung über die Schulen bis zum Straßenbau.

- Die Kommunen profitieren mit Nachdruck von der erfolgreichen Heimatstrategie, die von Ministerpräsident Seehofer eingeführt und von Dr. Markus Söder intensiviert wird. Ziel sind

gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns – Stadt und Land, Nord und Süd. Das im Jahr 2013 eingerichtete Heimatministerium forciert weiter den Ausbau des schnellen Internets und Mobilfunks mit Milliardenbeträgen, verlagert Landesbehörden aufs Land und initiiert Bildungseinrichtungen wie beispielsweise Hochschulen in allen Teilen Bayerns. Dadurch werden die Ballungsgebiete entlastet und die ländlichen Räume gestärkt – der richtige Weg.

- 50.000 neue Wohnungen sollen bis 2025 in Bayern entstehen. Sowohl der freifinanzierte als auch der öffentlich geförderte Wohnungsbau werden mit staatlichen Investitionen angesprochen. Mit dem neuen starken 886 Millionen Euro umfassenden Maßnahmenpaket wird Bayern den Wohnungsbau in den Kommunen noch besser unterstützen. Der 2015 beschlossene „Wohnungspakt Bayern“, unter anderem mit der Förderung kommunalen Wohnraums, läuft bereits erfolgreich.

- Bayern steht für kraftvolle Investitionen in Mobilität der Zukunft und stellt die Weichen für ein intelligenteres Verkehrssystem. Die Kommunen profitieren unter anderem von den 100 Millionen Euro zusätzlich für den öffentlichen Nahverkehr für und neue Bustangenten hinsichtlich leistungsfähigerer Verkehrsnetze. Die Rekordsummen von 310 Millionen Euro fließen in den Ausbau und Erhalt der Staatsstraßen. Bayern sorgt für eine Vernetzung der Verkehrsträger und Stärkung der Verkehrsverbände. Ein bayernweites elektronisches Ticket wird verwirklicht, mehr Güter auf die Schiene verlagert und der Radverkehr in den Kommunen besser gefördert. Mit dem Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung, das fünf Jahre mit 404 Millionen Euro ausgestattet ist, wird ein wesentlicher Beitrag geleistet, um zukünftig die Stickoxidwerte in betroffenen bayerischen Großstädten zu verbessern. Fahrverbote sind nicht notwendig!

- Bayern wird das Wachstum und die positive wirtschaftliche Entwicklung auch weiterhin im Einklang mit dem Erhalt unserer einzigartigen Natur und Kulturlandschaft gestalten. Es werden Flächen geschont und gleichzeitig die Planungshoheit der kommunalen Selbstverwaltung erhalten. Verbote und starre Flächenbegrenzungen sind der falsche Weg. Dies schafft lediglich neue unnötige Bürokratie und schränkt die Kommunen unzulässig ein. Es sollen nach dem Motto „Innen statt Außen“ Flächen gespart werden. Dazu werden die erfolgreichen Programme Städtebauförderung und Dorferneuerung für eine Revitalisierung der Ortskerne ausgeweitet. Bayern setzt auf flächensparende Siedlungsformen, die Beseitigung von Leerständen und verfallener Bausubstanz, die Nutzung vorhandener und nicht mehr genutzter Bauflächen, die Revitalisierung älterer Einfamilienhausgebiete, die Steigerung der Flächeneffizienz durch den Grundsatz „Erweiterung und Ausbau vor Neubau“. Flächensparen soll sich lohnen: Eine bayerische Entsiegelungsprämie wird eingeführt. Jeder Quadratmeter, der dauerhaft entsiegelt wird, wird finanziell gefördert. Das führt zu mehr Durchlässigkeit für Wasser und Pflanzen, zu mehr biologischer Vielfalt und ist vorteilhaft für den Hochwasserschutz – eine wirklich gute Idee.

In Summe steht also für die Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke enorm viel auf dem Spiel, wenn am 14. Oktober die politischen Weichen in Bayern neu gestellt werden. Nicht ausdenken, was passiert, wenn Kräfte künftig an den politischen Schalthebeln stehen, die mit unserer dargestellten Grundüberzeugung eines kommunalfreundlichen Kurses und unseren programmatischen Zielen wenig oder gar nicht einhergehen.

Aus diesem Grund lohnt es sich auf jeden Fall zu kämpfen! Jeder von uns ist deshalb in den kommenden Wochen des heißen Wahlkampfes aufgerufen, die Bevölkerung mit zu überzeugen, genau diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten zu unterstützen, die für uns, für eine hohe Lebensqualität vor Ort nachweislich schon immer standen und auch in Zukunft stehen.

Unser Motto der KPV-Landesversammlung bleibt dabei unser Leitmotiv: Wir wollen gemeinsam das Beste für Bayern und seine Kommunen.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries



versorgung sind. Weitere Ansätze, die Absolventen dazu bringen, ihren Beruf auf dem Land auszuüben, sind etwa Praktika im ländlichen Raum bereits während der Ausbildung. Ebenso wichtig ist es, in der Ausbildung das für die Praxisführung notwendige betriebswirtschaftliche Knowhow zu vermitteln.

In Bayern gibt es neben dem Stipendiatenprogramm auch eine Niederlassungsförderung für Ärzte im ländlichen Raum. Die Zuwendung beträgt bis zu 60.000 Euro. Bei besonderer Bedeutung kann auch die Filialbil-

dung gefördert werden (bis zu 15.000 Euro).

Massiver Fachkräftemangel

Gerade im Pflegebereich existiert ein massiver Fachkräftemangel – in den Ballungsräumen sogar noch extremer als auf dem Land. Verbesserungsmöglichkeiten sieht Seidenath nicht nur in der Errichtung weiterer Altenpflegeschulen. Auch die Pflegestützpunkte und Hebammen gelte es zu unterstützen, außerdem könnten die

(Fortsetzung auf Seite 4)

Vorrang für Investitionen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schaftlichen Entwicklung und verschiedener Bundeshilfen. Die kommunale Ebene vermag zwar derzeit Überschüsse zu erwirtschaften, krisenfest und aus sich heraus tragfähig sind die Kommunal Finanzen allerdings noch lange nicht. Trotz der aktuell guten Finanzlage zeigt die Prognose in allen durch die Kommunen steuerbaren Bereiche sehr moderate Ausgabenanstiege. Gerade der Kommunalpolitik ist vor dem Hintergrund vergangener Krisen bewusst, dass Ausgaben, die in konjunkturell guten Zeiten beschlossen wurden, auch in konjunkturell schlechteren Zeiten finanziert werden müssen.

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen es vor diesem Hintergrund, dass die Bundesregierung eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingerichtet hat, betonten Lewe, Sager und Brandl. „Unsere drei Verbände werden sich sehr intensiv in die Diskussion der Kommission einbringen. Ziel ist es, dem Bund klar aufzuzeigen, wie unterschiedlich die Probleme und Möglichkeiten der Kommunen sind und wie stark beispielsweise Zukunftschancen junger Menschen in einzelnen Gebieten voneinander abweichen. Dementsprechend unterscheiden sich auch die Herausforderungen, vor denen die einzelnen Städte, Kreise und Gemeinden stehen. Weder eine Geldverteilung nach dem Gießkannenprinzip noch Einheitslösungen werden da weiterhelfen.“

Steigende Sozialausgaben

Bei den Sozialausgaben erwarten die Kommunen für den gesamten Prognosezeitraum weiterhin deutliche Anstiege. In diesem Jahr werden voraussichtlich 60 Milliarden Euro überschritten. 2021 werden sogar mehr als 70 Milliarden Euro erwartet.

Insgesamt gehen die kommunalen Spitzenverbände davon aus, dass durch den Flüchtlingszuzug eine einmalige deutliche Niveaushiftung stattgefunden hat. Ein Rückgang der fiskalischen Belastungen ist trotz

der zurückgehenden Zahlen neu ankommender Flüchtlinge mittelfristig nur in geringem Umfang zu erwarten. Integration benötigt viel Zeit, und sie beansprucht über diesen gesamten Zeitraum fiskalische Ressourcen.

Die Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung zeigen sich im Bereich der sozialen Leistungen durch verschiedene Effekte. Hierbei ist zunächst gedanklich der „Weg“ der Flüchtlinge über die verschiedenen rechtlichen Stationen mit der jeweils unterschiedlichen Kostenträgerschaft zu berücksichtigen: Direkt nach der Einreise und auch während der ersten 18 Monate des laufenden Asylverfahrens erhalten eingereiste Flüchtlinge Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Leistungsträger ist hierbei in der Regel die kommunale Ebene. Aus integrations- bzw. sozialpolitischen Gründen ist unabhängig vom rechtlichen Status der Flüchtlinge zudem bereits kurze Zeit nach der Einreise der Schul- und Kitabesuch für Flüchtlingskinder sinnvoll; auch dies führt zu fiskalischen Belastungen.

Im Fall einer Anerkennung verringern sich die kommunalen Auszahlungen, weil im Rahmen der Leistungen nach dem SGB II – die zunächst vom größten Teil der anerkannten Flüchtlinge bezogen werden dürften – die Kommunen vorrangig nur durch einen Teil der Kosten, den Kosten der Unterkunft, belastet werden. Das Bildungs- und Teilhabepaket führt ebenfalls zu kommunalen Ausgaben. Die (teilweise) Kompensation der verschiedenen Ausgabesteigerungen durch erhöhte Zuweisungen führt zu erhöhten Einnahmen und wird dementsprechend auch dort berücksichtigt.

Hierbei ist zu beachten, dass für die Jahre ab 2019 keine entsprechenden Zuweisungen seitens des Bundes an die Kommunen angesetzt sind. Noch offen ist, ob eine weitere dringend notwendige und sachlich gut begründete kommunale Förderung der Kommunen umgesetzt wird: Es gibt bislang keine ernstzunehmende Beteiligung des Bundes an denjenigen Kosten, die durch die geduldeten Flüchtlinge (z.B. Flüchtlinge, die gegen einen ablehnenden Bescheid klagen) entstehen.

Anstieg bei Einnahmen, Ausgaben ...

Beim Blick auf die aktuelle Prognose zur Finanzlage der Städte, Landkreise und Gemeinden (ohne Stadtstaaten) in den Jahren 2018 bis 2021 ergeben sich folgende zentrale Fakten: Die kommunalen Spitzenverbände gehen im Jahr 2018 von kommunalen Einnahmen von 253,6 Milliarden Euro aus – das sind plus 4,0 Prozent. Sie rechnen mit Ausgaben von 246,0 Milliarden Euro. Das entspricht einem Anstieg um 5,1 Prozent. Für 2019 wird eine Steigerung der kommunalen Einnahmen um 3,5 Prozent erwartet. Deutliche Steigerungen ergeben sich bei den Gewerbesteuererträgen im Jahr 2020. Dann laufen erhöhte Gewerbesteuerumlagen zur Beteiligung der Kommunen an den Kosten der Deutschen Einheit aus.

Der Finanzierungssaldo der Gesamtheit der Kernhaushalte der Städte, Landkreise und Gemeinden ist im Jahr 2018 positiv. Das Vorjahresniveau wird jedoch nicht erreicht. In den kommenden Jahren ist – mit Ausnahme des Jahres 2020 – mit sinkenden Finanzierungssalden zu rechnen.

Die Kassenkredite in den Kernhaushalten der Kommunen beliefen sich laut vorläufigen Zahlen zu Jahresbeginn auf 44,2

Milliarden Euro. Allerdings ist offen, inwiefern diese Zahl von methodischen Problemen beeinflusst ist und möglicherweise noch nach oben angepasst werden muss.

... und Investitionen

Bei den kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen sind – ausgehend von einem sprunghaft angestiegenen Niveau im Jahr 2016 und einer leichten Gegenbewegung im Jahr 2017 – Steigerungen gegenüber dem Vorjahr von 3,6 Prozent zu erwarten. Auch wenn das Jahr 2016 sicherlich eine Ausnahme darstellte, so zeigen die Werte für 2017 und in der Prognose im Vergleich zu früheren Jahren ganz klar: Die Sozialausga-

Leben mit Behinderung und Inklusion:

Kabinett beschließt bessere Teilhabe

Das Bayerische Kabinett hat sich mit den Themen „Leben mit Behinderung“ und Inklusion beschäftigt und zukunftsweisende Beschlüsse gefasst. „Ein starkes Land darf die Schwächeren nicht vergessen. Behinderte Menschen verdienen unsere ganze Unterstützung. Und all diejenigen Menschen, die sich besonders um sie kümmern, verdienen unseren Respekt und Dank. Wir wollen Signale setzen bei der weiteren Barrierefreiheit in Bayern, wie wir Inklusion in den Schulen fördern und die Arbeitsmöglichkeiten verbessern können, bis hin zur Verbesserung der medizinischen Betreuung. Wir wollen Menschen mit Behinderung das Leben nicht nur erleichtern – wir wollen, dass sie vollständig in unsere Gesellschaft integriert sind. Das ist unser christlicher und ethischer Anspruch“, sagte Ministerpräsident Dr. Markus Söder nach der Kabinettsitzung.

„Aber Inklusion ist eine vielschichtige Aufgabe. Hier kann jeder mithelfen – im Arbeitsleben und privat. Wir müssen im Umgang mit Mitmenschen auch Barrieren im Kopf abbauen“, so Söder weiter.

Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer ergänzte: „Wenn wir es schaffen, Menschen mit oder ohne Behinderung zuerst als Menschen wahrzunehmen, haben wir den wichtigsten Schritt zu einer inklusiven Gesellschaft zurückgelegt. Dazu brauchen wir zwei Dinge: das Engagement des Freistaats und aller anderen gesellschaftlichen Kräfte, um tatsächliche Barrieren abzubauen, die ein Miteinander erschweren und Inklusion damit verhindern. Mindestens genauso wichtig ist es aber, die Barrieren in den Köpfen der Menschen einzureißen. Deshalb klären wir auf und vernetzen uns mit Partnern in der freien Wirtschaft, in den Verbänden und Kommunen. Denn unser Ziel bleibt ein Bayern, in dem alle Menschen barrierefrei zusammenleben können!“

Konkret sind für die nahe Zukunft folgende Schritte geplant:

- **Tätigkeitsbericht der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung für den Zeitraum Januar 2016 bis April 2018**

Die Beauftragte Irmgard Badura hat dem Ministerrat ihren aktuellen Tätigkeitsbericht vorgestellt. Der Bericht wird im nächsten Schritt dem Landtag zugeleitet.

- **Sonderprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum – zeitgemäße Neuausrichtung der großen Einrichtungen für Menschen mit Behinderung**

Menschen mit und ohne Behinderung leben, arbeiten und wohnen völlig selbstverständlich miteinander – so funktioniert eine inklusive Gesellschaft. Der zielführendste Weg sind kleine, flexible Wohneinheiten, in denen Menschen mit und ohne Behinderung leben können. Um diese Idee der Umwandlung und Dezentralisierung der großen stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderung,

ben bleiben – auch durch den Flüchtlingszuzug – auf einem hohen Niveau. Erhöhte Zuweisungen seitens des Bundes und der Länder werden auf der Einnahmenseite berücksichtigt. Ein separater Ausweis dieser Mittel ist nicht vollständig möglich. Daher kann auch keine Netto-Belastung der Kommunen mit Sozialausgaben ausgewiesen werden.

Bei den Investitionen wird für das laufende Jahr mit einem Wachstum von 7,8 Prozent auf 26,3 Milliarden Euro gerechnet, das sich in den kommenden Jahren in abgeschwächter Form fortsetzt. Die Investitionstätigkeit der Kommunen bleibt jedoch hinter dem Wunschenswerten zurück. Gründe dafür sind ausgelastete interne und externe Planungskapazitäten sowie die teilweise sehr hohen Preiserwartungen seitens der Bauwirtschaft. **DK**

Landkreistagspräsident Bernreiter

Systematisches Vorgehen bei der Fachkräfteeinwanderung:

„Der Bayerische Landkreistag begrüßt das Eckpunktepapier des Bundesinnenministers zu einem ‚kohärenten Ansatz Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten‘ ausdrücklich. Für eine langfristig prosperierende Wirtschaft sind die Regionen des ländlichen Raums in Bayern auf Fachkräfte in besonderem Maße angewiesen“ ließ der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter via Pressemitteilung verlauten.

Ein absolut richtiges und wichtiges Signal aus dem Eckpunktepapier sei es, dass eine Neuausrichtung des Fachkräftepotentials in alle Richtungen, d. h. national, europäisch und international gedacht wird. „Auch in unserer inländischen Bevölkerung, vor allem bei vielen jungen Menschen, schlummern berufliche Talente und Weiterbildungschancen, die durch passgenauere Beratungs- und Unterstützungsprogramme geweckt werden müssen“, äußerte sich Bernreiter. „Wir bieten gerne unsere Unterstützung an, wenn es darum geht, eine nationale Weiterbildungsstrategie zu entwickeln, damit die Konzepte für das Arbeiten und Wohnen im ländlichen Raum passgenau sind.“

Angesichts des Alterungsprozesses der deutschen und europäischen Gesellschaft sei die Zeit reif, die Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten in bedarfsgerechte und verständliche rechtliche Formen zu gießen. Dabei werde der Ansatz befürwortet, das geltende Recht verständlich und transparent durch ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz fortzuentwickeln. „Es ist gleichzeitig die Chance, ein deutliches Zeichen nach außen zu setzen, dass Zuwanderung aus humanitären Gründen und Arbeitsmigration klar voneinander zu trennen sind. Hierin sind wir uns alle einig“, betonte Bernreiter.

„Über einen etwaigen Spurwechsel mit einmaliger Stichtagsregelung von Asylbewerbern mit Abschiebehindernissen in die legale Arbeitsmigration (die zahlenmäßig überschaubar sind) kann man doch erst am Ende der Fachkräftedebatte nachdenken“, empfiehlt der Präsident. Erst müsse ein Konsens zu den allgemeinen Spielregeln, sprich gesetzlichen Regelungen gefunden werden, bevor Ausnahmen beschlossen werden, die sich unter Umständen als überflüssig erweisen.

Im Übrigen sei es für abgelehnte Asylbewerber, die unter die sog. 3+2 Regelung fallen und in dieser Zeit einen Fachkräfteschluss erwerben, bereits nach den aktuellen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes möglich, nach Ablauf der fünf Jahre ihre Aufenthaltserlaubnis zu verlängern. **□**

Soziale Infrastrukturen ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Bundesfreiwilligendienste ausgebaut werden. Vor allem aber bräuchte es für die Berufsgruppe eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen sowie mehr öffentliche Wertschätzung.

Nach Aussage von Georg Huber, Landrat des Landkreises Mühldorf am Inn, ist über die Hälfte der Ärzte in seinem Landkreis bereits über 60 Jahre alt. Gerade auf dem Land gebe es bisher Hausärzte als Einzelkämpfer. Die nachfolgende Generation aber erwarte sich eher ein Angestellten- oder Teilzeitverhältnis, unterstrich Huber. Daher seien überörtliche Gemeinschaftspraxen und Kooperationsformen wie Medizinische Versorgungszentren (MVZ) als gemeinnützige GmbH sinnvoll.

Die Gesundheitsregion sei ein guter Beitrag, weil es die Akteure in der Region zusammenbringt. Man wolle in den Dialog mit den Bürgermeistern treten und versuchen, solche MVZs zu etablieren, parallel dazu den ÖPNV ausbauen und außerdem die Apotheken erhalten. Dies sei aufgrund fehlender Fachkräfte umso notwendiger. Hinzu komme, dass sich immer weniger Ärzte für eine Niederlassung im ländlichen Raum begeistern können, erklärte der Landkreischef. **DK**

Bewegungseinschränkungen.

Der Ministerrat hat daher beschlossen, das Programm konsequent fortzuführen und auf neue Schwerpunkte auszuweichen:

- Steigerung der Barrierefreiheit von öffentlich zugänglichen staatlichen Gebäuden
- Sämtliche Online-Verfahren des Freistaats sollen zeitnah barrierefrei verfügbar sein.
- Steigerung des Anteils barrierefreier Linienbusse, Steigerung des Anteils der barrierefreien Ein- und Ausstiege an Bahnhöfen
- Neues Sonderförderprogramm „Tourismusland Bayern – barrierefreie Gastlichkeit“ für kleine Hotels, Pensionen und Gasthöfe.
- Einstieg in das neue Handlungsfeld „Ländliche Entwicklung“: Berücksichtigung der Anforderungen der Barrierefreiheit bei Dorferneuerungsprojekten.

Die durch den Freistaat geförderte Beratungsstelle Barrierefreiheit ist an 18 Standorten in ganz Bayern vertreten und informiert detailliert zu den Themen barrierefreies Neu- oder Umbauen und barrierefreies Internet. Der Staatssekretärsausschuss „Bayern barrierefrei“ wird Chefsache und zu einem Ministerausschuss unter Vorsitz des Leiters der Staatskanzlei aufgewertet.

• Inklusion in die Arbeitswelt

Die Inklusion ins Arbeitsleben ist eine zentrale Säule der gesellschaftlichen Teilhabe. Daher sollen noch mehr Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt integriert werden. Der Freistaat fördert im engen Austausch mit der Bundesagentur für Arbeit zahlreiche Programme zur Verwirklichung der Inklusion von Menschen mit Behinderung am allgemeinen Arbeitsmarkt. Allein 2017 hat der Freistaat über 86 Millionen Euro für die Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2019 sind für gezielte Inklusionsmaßnahmen Investitionen von über

90 Millionen Euro in Planung. Bereits heute sind die Erfolge der Anstrengungen des Freistaats sichtbar. In den Jahren 2006 bis 2018 stieg in Bayern die Zahl der Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung um 26.000, die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung ging um rund 16 Prozent zurück.

Der Freistaat bleibt hier aber nicht stehen. Der Ministerrat hat daher weitere Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Situation beschlossen:

- Die Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales wurde beauftragt, einen Runden Tisch mit der bayerischen Wirtschaft einzuberufen, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln, wie noch mehr Menschen mit Behinderung in Arbeit kommen.
- Der Freistaat hat erst jüngst bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes festgelegt, das sogenannte Budget für Arbeit besser auszustatten als vom Bund vorgeschrieben. So ist der Lohnkostenzuschuss für die Arbeitgeber in Bayern um 20 Prozent höher als regulär vorgesehen.

◦ Eine besonders wichtige Rolle spielt die Bewusstseinsbildung: Um mögliche Sorgen und Vorbehalte bei Arbeitgebern abzubauen und damit den Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung noch mehr zu öffnen und gleichzeitig Menschen mit Behinderung zu animieren, sich auch beruflich mehr zuzutrauen, wird durch das Sozialministerium eine Info- und Aufklärungskampagne gestartet.

◦ Die Staatsregierung wird mit gutem Beispiel vorangehen und in der kommenden Legislatur die Quote von Menschen mit Behinderung im staatlichen Bereich deutlich anheben. Der Freistaat verbessert damit in eigener Zuständigkeit die Teilhabechancen zahlreicher Menschen mit Behinderung und erfüllt zugleich eine wichtige Vorbildfunktion gegenüber der Wirtschaft. **□**

Deutscher Städte- und Gemeindebund:

Fachkräftemangel und Investitionsrückstand

Wenig wirksam wird nach Einschätzung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes das geplante Zuwanderungsgesetz sein. „Viele der an das Gesetz geknüpften Erwartungen sind überzogen“, betonten der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg), und der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes, Dr. Gerd Landsberg, in Berlin.

Das neue Gesetz werde den Fachkräftemangel nicht beheben können, zumal es bereits gute gesetzliche Grundlagen für die Einwanderung von qualifizierten Fachkräften gebe. Auch der sogenannte Spurwechsel vom Asylverfahren hin zur Erwerbsmigration darf aus Sicht der Kommunen allenfalls in engen Grenzen ermöglicht werden, um keine zusätzlichen Anreize für Migrationsbewegungen zu setzen.

Der für Deutschland immer wieder attestierte Mangel an qualifizierten Fachkräften wird sich laut Deutschem Städte- und Gemeindebund durch ein neues Zuwanderungsgesetz nicht lösen lassen. „Zurzeit verlassen pro Jahr rund 700.000 Schüler die Schule und etwa 1 Million Menschen gehen in Rente. In zwei Jahren gehen 1,2 Millionen Menschen pro Jahr in Rente und die Schülerzahl bleibt weit-

gehend gleich. Gleichzeitig haben im Jahr 2017 rund 107.000 Personen aus Staaten außerhalb der EU in Deutschland eine Arbeitserlaubnis erhalten. Diese Zahlen zeigen, dass auch mit der geplanten Entbürokratisierung der Regelungen der Fachkräftemangel nicht beseitigt werden wird“, hoben Brandl und Landsberg hervor.

Klare rechtliche Rahmenbedingungen

Für eine Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften existieren bereits heute, etwa im Aufenthaltsgesetz, klare rechtliche Rahmenbedingungen, die in den vergangenen Jahren zunehmend liberalisiert wurden. „Deutschland gilt nach Einschätzung der OECD mit Blick auf die Zuwanderungsmöglichkeiten zu den liberalsten Ländern. Außerdem besteht ja innerhalb der EU ohnehin der freie Zugang zum Arbeitsmarkt“, stellten Brandl und Landsberg heraus.

Ein genereller „Spurwechsel“ aus dem Asylverfahren in die Arbeitsmigration wird vom Kommunalverband abgelehnt. Eine solche Regelung könnte die Akzeptanz eines neuen Gesetzes in Frage stellen. Vorstellbar sei allerdings, Personen, die seit vielen Jahren in Deutschland als Geduldete leben, integriert sind und arbeiten, ab einem bestimmten Stichtag einen dauerhaften Aufenthalt zu gewähren.

Um den Fachkräftemangel zu beheben, sollte ein abgestuftes Verfahren Anwendung finden. „Bei mehr als 220.000 erwerbslosen Personen unter 25 Jahren allein in Deutschland müssen wir in einem ersten Schritt alles daran setzen, diese Menschen zu qualifizieren und fit für den deutschen Arbeitsmarkt zu machen. Hier sollten etwa die Ausbildungsquoten erhöht und die Vermittlung in Stellen verbessert werden“, forderten Brandl und Landsberg.

Geflüchtete mit Bleiberecht qualifizieren

In einem nächsten Schritt müsse es dann darum gehen, gezielt die nach Deutschland Geflüchteten mit Bleiberecht zu qualifizieren und in Arbeit zu bringen. „Sprachliche Qualifikation und berufliche Ausbildung sollten von Beginn an kombiniert werden. Mit diesem Ansatz sind etwa die skandinavischen Länder sehr erfolgreich“, erklärten die DStGB-Repräsentanten.

Schließlich könne auch ein Blick ins EU-Ausland sinnvoll sein. „In EU-Staaten wie Griechenland oder Spanien gibt es derzeit eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit. Viele dieser jungen Menschen haben bereits eine Ausbildung oder könnten in Deutschland ausgebildet werden. Diese Potenziale werden derzeit noch viel zu wenig genutzt. Mit einem höheren Engagement in diesem Bereich könnten wir gleichzeitig ein wichtiges Signal für den europäischen Integrationsprozess setzen.“

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund appelliert zudem an Bund und Länder, den immer schnelleren Verfall von Schulen und Sportstätten zu stoppen und ein Maßnahmenpaket für Investitionen in diese Infrastruk-

turen auf den Weg zu bringen. „Der Investitionsrückstand im Bildungsbereich und bei Schwimmbädern und Sportstätten wächst immer mehr an. Er hat in diesem Jahr einen traurigen Höchststand von insgesamt 56 Milliarden Euro erreicht“, unterstrichen Brandl und Landsberg.

Um diese Entwicklung zu stoppen und Investitionen schneller und umfassender zu ermöglichen, sei es nötig, bürokratische Hürden abzubauen, das Vergaberecht zu vereinfachen sowie einen Investitionsfonds bereitzustellen. „Derzeit leben wir von der Substanz, der Werteverzehr schreitet schneller voran als wir investieren können. Das müssen wir schnell ändern“, so die beiden Verbandsvertreter.

Neben den fehlenden Finanzen lähmt vor allem hohe bürokratische Hürden und langwierige Ausschreibungs- und Vergabeprozesse die Investitionen in den Kommunen. „Viele Kommunen haben zu wenig Personal, um den immer weiter steigenden Anforderungen im Baurecht und bei den Ausschreibungen gerecht zu werden. Notwendige Verfahren dauern aufgrund der Anforderungen viel zu lange“, kritisierten Brandl und Landsberg. „Bei insgesamt guter Konjunkturlage macht dies die Kommunen als Auftraggeber auch für Handwerksbetriebe und Bauunternehmen wenig attraktiv.“

Vereinfachungen im Vergaberecht gefordert

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert daher deutliche Vereinfachungen im Vergaberecht, um die Investitionsvorhaben zu beschleunigen und zu vereinfachen. Kommunale Aufträge zur dringend notwendigen Sanierung und für Ersatzneubauten müssten schnell und unbürokratisch vergeben werden können. Dies komme nicht nur den Schülerinnen und Schülern und den Vereinen zugute, sondern auch dem regionalen Handwerk.

Unter anderem fordert der kommunale Spitzenverband, dass zur Sanierung von Schulen und Sportstätten für Aufträge bis zu einer Höhe von zwei Millionen Euro im Baubereich und 150.000 Euro im Liefer- und Dienstleistungsbereich eine Beschränkte Vergabe ohne vorherige öffentliche Bekanntmachung ermöglicht werden soll. Dies sollte nach kurzfristiger Aufforderung einer beschränkten Anzahl geeigneter Unternehmen und einem schnell vorzunehmenden Wirtschaftlichkeitsvergleich zulässig sein. Aufträge bis zu einem Wert von 250.000 Euro im Baubereich und 100.000 Euro im Liefer- und Dienstleistungsbereich sollen zukünftig freihändig vergeben werden.

Zudem müssten die Strukturen des Vergaberechts insgesamt vereinfacht werden, unter anderem durch eine Zusammenführung der Verfahrensregeln für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen einerseits und Bauleistungen andererseits. Auch die Grenzen für eine europaweite Ausschreibung sollten deutlich angehoben werden, um das Vorgehen für Kommunen zu vereinfachen.

Masterplan Investitionen

Der DStGB hat einen Masterplan Investitionen erarbeitet, der fortgeschrieben werden soll. Daraus leiten sich folgende Kernforderungen ab: 1. Auf-

gabengerechte Finanzausstattung, 2. Kooperationsgebot statt -verbot, 3. Abbau überbordender Administration, 4. Stärkung kommunaler Planungskapazitäten, 5. Stärkung interkommunaler Zusammenarbeit, 6. Digitalisierung als Chance, 7. Nutzerorientierte Infrastrukturfinanzierung, 8. Effiziente Bürgerbeteiligung.

Bessere Möglichkeiten für Baulandmobilisierung

„Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, denn es wird schwer genug, den bestehenden Rückstand aufzuholen. Deutschland darf nicht länger von der Substanz leben. Daher brauchen wir neben ausreichenden Finanzmitteln viele weitere Schritte, um Deutschland wieder fit für die Zukunft zu ma-

chen“, so Brandl und Landsberg.

Mit Blick auf den Wohnungsmangel stellte Landsberg abschließend fest: „Damit die Zahl neu errichteter Wohnungen in Deutschland (2017: 284.000 Wohnungen) nicht weiter hinter dem Bedarf von mindestens 350.000 Wohnungen pro Jahr zurückbleibt, sind die vielfach von den Kommunen aktiv genutzten Konzeptvergaben, das serielle Bauen und digitale Planungen zwar wichtige Mosaiksteine. Ganz vorrangig müssen die Städte und Gemeinden aber bessere Möglichkeiten zur Mobilisierung des Baulands erhalten. Dazu ist eine Vereinfachung und Vereinheitlichung im Planungs-, Bauordnungs- und Vergaberecht nötig. Gefordert sind hier nicht die Kommunen, sondern Bund und Länder.“

Auch sei der Fachkräftemangel im Bauhandwerk ein zunehmendes Hindernis. Die anstehende Reform der Grundsteuer müsse zudem genutzt werden, um Bauland zum Zwecke des Wohnungsbaus besser zu aktivieren. Zudem müsse für die Allgemeinwohlaufgabe der Schaffung bezahlbarer Wohnungen die Bundeszuständigkeit für den sozialen Wohnungsbau wiederhergestellt werden.

Weiter seien ein Abbau der mehr als 20.000 und zum Teil kostensteigernden Bauvorschriften ebenso nötig wie steuerliche Anreize zur Forcierung von Investitionen im Wohnungsbau. Statt der Schaffung immer neuer Regeln und Standards und gegenseitiger Schuldzuweisungen, die keine einzige neue Wohnung schafft, müsse das gemeinsame Motto lauten: „Bauen, bauen, bauen!“

DK



Staatsminister Joachim Herrmann, die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Mechthilde Wittmann und der Präsident des Bayerischen Bezirktags, Oberbayerns Bezirktagspräsident Josef Mederer (v.r.) gemeinsam mit den Teilnehmern der ersten Bayerischen Integrationskonferenz.

Bild: © Christoph Schendensack

Erste Bayerische Integrationskonferenz

Mit gemeinsamen Strategien und verbesserter Koordinierung will Bayerns neuer Integrationsminister Joachim Herrmann die Integration in Bayern noch stärker voranbringen. Dazu hatte Herrmann zur 1. Bayerischen Integrationskonferenz eingeladen. Das Auftaktthema war „Integration in Arbeit“.

Unter den rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern befanden sich unter anderem die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Mechthilde Wittmann, Vertreter des bayerischen Sozial-, des Kultus- und des Wirtschaftsministeriums, der Spitzenorganisationen der bayerischen Wirtschaft, der Bundesagentur für Arbeit, des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, der kommunalen Spitzenverbände, der Kirchen und Hilfsorganisationen. „Mir ist es wichtig, die unterschiedlichen Akteure der Integration in Bayern an einen Tisch zu bringen und über die aktuellen Herausforderungen zu diskutieren“, fasste der Minister zusammen. „Ich bin zuversichtlich, dass wir heute ein gutes Stück weiter gekommen sind, unsere umfangreichen Integrationsmaßnahmen zu intensivieren und verbessern.“ Nach Herrmanns Worten sollen zu weiteren Schwerpunktthemen weitere Bayerische Integrationskonferenzen folgen.

Verstärkung der Integrationsmaßnahmen

Wie der Integrationsminister betonte, liegt ihm das Thema „Integration in Arbeit“ sehr am Herzen: „Mit der Arbeitsaufnahme können sich bleiberechtigte Migrantinnen und Migranten eine eigene Existenz aufbauen und selbst für ihren Unterhalt sorgen.“ Wie Herrmann erläuterte, bringt die Integri-

gration herausgearbeitet. Zu Beginn stehe die Vermittlung in ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis, wie der Minister darlegte.

In Phase zwei sei das Ziel, die Vermittlungserfolge zu stabilisieren, also die Migrantinnen und Migranten dabei zu unterstützen, gut in ihrem Arbeits- und Auszubildungsverhältnis zu rechtzukommen und insbesondere Ausbildungen erfolgreich abzuschließen. In Phase drei soll dies durch eine ausreichende Qualifikation verstetigt werden, da nur so eine nachhaltige Integration in Arbeit gelinge. „Je nachdem, welche Bildungsbiographie die Menschen mit Migrationshintergrund mitbringen, sind hier sehr differenzierte Ansätze gefragt“, so Herrmann.

Flexible Verbesserung der Sprachkenntnisse

„Einen Schwerpunkt der Herausforderungen bei der Integration in Arbeit bildet vor allem die Vertiefung der Sprachkenntnisse. Unser Ziel sind beispielsweise noch mehr und flexible Angebote für das Erreichen des Sprachniveaus B2, insbesondere durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das ist heute bei unserer Integrationskonferenz sehr deutlich geworden. Wir werden nicht locker lassen und weiterhin gemeinsam Lösungen finden“, versicherte Herrmann.

Schnittstellen optimieren

Trotzdem sieht Herrmann weiteren Handlungsbedarf: „Wir wollen die Integration in Arbeit weiter optimieren und werden dazu bei den Schnittstellen zwischen den einzelnen Maßnahmen und bei den einzelnen Maßnahmen selbst noch genauer hinschauen.“ Auf der Konferenz wurden insbesondere drei Phasen der Arbeitsmarktinte-

Digitales Dorf im Freistaat ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Um schnell, konstruktiv und kreativ die Chancen der Digitalisierung für den ländlichen Raum zu heben, haben wir im Freistaat das Projekt „Digitales Dorf Bayern“ gestartet. Darunter verbergen sich einzelne Vorort-Modellprojekte, in denen mit staatlicher Unterstützung digitale Möglichkeiten erprobt werden. Wichtig dabei: gefördert werden Projekte, die auch auf andere Gemeinden und Regionen übertragbar sind, also einen gewissen Vorbildcharakter haben. So kann eine Bewegung ausgelöst werden und einer von dem anderen profitieren, so dass das digitale Dorf im Freistaat schließlich flächendeckend die Lebensqualität der Menschen verbessert.

Echte Community

Das digitale Dorf ist also kein Wettbewerb im Sinne von Konkurrenz und Abschottung, sondern eine echte Community, um es neudeutsch zu formulieren. Und selbstverständlich wird über Ideen, Fortschritte und Ergebnisse online informiert.

Schon jetzt ist das digitale Dorf eine echte Erfolgsgeschichte: Beim Modellprojekt Digitales Dorf Steinwald Allianz in der Oberpfalz ist bereits ein mobiler Dorfladen zur Nahversorgung durch überwiegend regionale Erzeuger unterwegs. Das Projekt in Spiegelau/Frauenau in Niederbayern erprobt unter anderem einen Dorfschuttle, digitale Möglichkeiten für Pflegebedürftige und das digitale Klassenzimmer. Die digitalen Hörnerdörfer im Allgäu schöpfen die neuen Möglichkeiten für den Tourismus aus. Und beim digitalen Alpenpfad werden die besonderen Raum-, Verkehrs- und Umweltbedingungen des Alpenraums einbezogen, etwa in der Alpenregion Balderschwang/Obermaiselstein.

Es ist also bereits erkennbar: die Digitalisierung kann ganz konkret das Leben der Menschen verbessern – insbesondere im ländlichen Raum. Lassen Sie uns die Chancen nutzen. Meine Unterstützung haben Sie! □

Wittmann überzeugt. □

Deutscher Landkreistag:

Spurwechsel im Visier

Trotz guter Konjunktur und einer großen Zahl zu besetzender Stellen erachtet es der Deutsche Landkreistag als notwendig, mehr für Langzeitarbeitslose zu tun. Dafür müssen laut Präsident Landrat Reinhard Sager auch neue Wege ermöglicht werden: „Wir sind davon überzeugt, dass es besser ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Daher müssen die Anreize für Unternehmen, Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben und sie einzustellen, verbessert werden.“

Nach Sagers Auffassung kommt hier der sog. Passiv-Aktiv-Transfer ins Spiel, der es den Jobcentern ermöglicht, das Arbeitslosengeld II zur Finanzierung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze einzusetzen. Der Einzelne würde somit im Rahmen des Arbeitsverhältnisses einen regulären Lohn erhalten. Damit könnte aus Sicht des DLT-Chefs ein großer Beitrag geleistet werden, Menschen aus dem Bezug von Sozialleistungen herauszuführen.

Gerade in der derzeitigen guten konjunkturellen Situation müssten endlich diejenigen in Arbeit integriert werden, die bereits viele Jahre keinen Job fänden, so Sager weiter. Das sog. Teilhabechancengesetz der Bundesregierung leiste vor diesem Hintergrund zwar einen sehr wesentlichen Beitrag, dieses Ziel zu erreichen. „Allerdings müssen wir sämtliche Möglichkeiten und Konzepte nutzen, um die Teilhabe von Menschen zu forcieren. Der beste Weg dahin

sind sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Hier müssen wir alles unternehmen, um die Potenziale des Arbeitsmarktes auch für Langzeitarbeitslose besser zu erschließen.“

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Mit dem Passiv-Aktiv-Transfer würden alle Geldleistungen, die ein SGB II-Empfänger vom Jobcenter erhält, zusammengefasst und für die Förderung von Arbeitsplätzen eingesetzt. „Der Arbeitgeber erhielte damit zwar auf den ersten Blick ebenfalls eine weitere Form eines Lohnkostenzuschusses. Auf den zweiten Blick aber wird deutlich, dass der Charme darin liegt, verstärkt Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“ Durch diese Verwendung des Arbeitslosengelds II stünden den Jobcentern erweiterte Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Gemeinsames Vorgehen

Dabei sei es wichtig, dass die Jobcenter auch die Integrationsstrategien entsprechend der örtlichen Rahmenbedingungen selbst festlegen können. „Sie sollten mit Arbeitgebern und mit Leistungsberechtigten gemeinsame Vorgehensweisen vereinbaren können, um SGB II-Leistungen in Arbeitsentgelt umzuwandeln.“ Die Jobcenter müssten auch die Möglichkeit erhalten, innerhalb eines vorgegebenen Rahmens Förderhöhe, Förderdauer sowie Bausteine der Förderung im Umfeld der Beschäftigung flexibel zu gestalten. „Die Bezuschussung der Lohnkosten gegenüber dem Arbeitgeber wäre hierbei bis zum jeweiligen Tarif- bzw. Mindestlohn möglich.“ Während eines Passiv-Aktiv-Transfers sei den Jobcentern schließlich ein beschäftigungsbegleitendes Coaching zu ermöglichen.

Einfachere und einheitliche Regelungen

In der Diskussion um Leistungskürzungen der Jobcenter bei Pflichtverletzungen hat sich der Deutsche Landkreistag für eine Angleichung der Regelungen für Ältere und Jüngere ausgesprochen. Nach Präsident Sagers Worten „setzen wir uns dafür ein, dass die Regelungen für die Jobcenter einfacher werden. Hilfreich wäre, wenn die heutigen Sonderregelungen zur Sanktionierung von Pflichtverletzungen unter 25-Jähriger entfallen würden.“ Einen generellen Verzicht auf Sanktionen – auch bezogen auf die Gruppe der unter 25-Jährigen – halte der Deutsche Landkreistag hingegen nicht für richtig.

Grundsatz „Fördern und Fordern“

„Da das SGB II auf dem Grundsatz von ‚Fördern und Fordern‘ fußt und eine Mitwirkung der Betroffenen vorsieht, käme es ohne Sanktionsmöglichkeiten zu einer Art bedingungslosem Grundeinkommen. Dies halten wir für nicht angezeigt“, erklärte Sager. Die Jobcenter bräuchten dieses Instrumentarium, um Langzeitarbeitslosen nötigenfalls auch mit gewissem Druck helfen zu können. „Dies ist gerade bei jüngeren Menschen in vielen Fällen notwendig und wirkungsvoll.“

Der Sanktion gehe überdies eine Pflichtverletzung oder ein (wiederholtes) Meldeversäumnis des Leistungsberechtigten voraus. „Dieser hat selbst die Ursache für die Absenkung der Leistung gesetzt. Er hat es in der

Hand, dem durch Erfüllung der gesetzlichen Pflichten entgegenzuwirken“, verdeutlichte er.

Sager sprach sich aber auch dafür aus, die aktuelle Debatte mit dem nötigen Augenmaß zu führen. „Die im Verhältnis zur Zahl der Leistungsberechtigten niedrige Sanktionsquote von 3,1 % im letzten Jahr zeigt, dass Leistungskürzungen in der Praxis eine relativ geringe Rolle spielen. Auch waren im vergangenen Jahr 77 % der neu festgestellten Sanktionen auf Meldeversäumnisse zurückzuführen, die mit einer geringeren Leistungskürzung von 10 % einhergehen.“ Die Zahlen der verhängten Sanktionen, die Sanktionsquote sowie der Anteil der nicht Meldeversäumnisse betreffenden Leistungskürzungen seien außerdem weiterhin rückläufig. „Auch deshalb ist es nicht notwendig und sogar hinderlich, für zwei Personengruppen zwei verschiedene Sanktionsmechanismen vorzuhalten. Dies verkompliziert die Abläufe in den Jobcentern unnötig.“

Statuswechsel mit einmaliger Stichtagsregelung

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um einen sog. Spurwechsel von gut integrierten, abgelehnten Asylsuchenden plädiert der Deutsche Landkreistag für einen Statuswechsel mit einer einmaligen Stichtagsregelung. Wie Präsident Sager hervorhob, „käme ein solcher einmaliger Statuswechsel den gut integrierten Geduldeten und Flüchtlingen zugute, vermeide aber gleichzeitig Anreize für den Zuzug von Wirtschaftsflüchtlingen. Eine solche Sonderregelung würde den auf Arbeitskräfte angewiesenen Unternehmen helfen, Planungssicherheit für die Landkreise in Bezug auf die Integration der Flüchtlinge schaffen und den Verwaltungsaufwand erheblich verringern.“

Ausländern, die als Asylbewerber nach Deutschland eingereist sind oder nach Ablehnung ihres Asylantrags als Geduldete hier leben, sollte demnach einmalig – beispielsweise mit Stichtag des Inkrafttretens oder der Vorlage des maßgeblichen Gesetzes – ein aufenthaltsrechtlicher Statuswechsel ermöglicht werden, wenn ihr Asylantrag nicht offensichtlich unbegründet ist oder missbräuchlich gestellt wurde. „Die Tatsache, dass sie unter Berufung auf das Asylrecht nach Deutschland eingereist sind, sollte der Gewährung eines Aufenthaltstitels im Rahmen der Erwerbsmigration nicht generell entgegenstehen“, unterstrich der DLT-Chef.

„Wir wollen damit nicht Fachkräftezuwanderung und Asylthemen vermengen, aber in einer konkreteren und begrenzteren Sachfrage eine gangbare und abschließende Lösung anbieten“, konkretisierte Sager. Einen solchen „Spurwechsel“ dürfe es allerdings nur geben, wenn die betreffenden Personen echte Integrationsleistungen nachweisen können. Dazu zählten die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung oder der Nachweis eines Beschäftigungsverhältnisses sowie der Nachweis einer Wohnung.

Verstärkte qualifizierte Einwanderung

Der Deutsche Landkreistag fordert unabhängig von dieser thematisch und in Bezug auf den in Betracht kommenden Personenkreis überschaubaren Einzelfrage eine verstärkte qualifizierte Einwanderung. „Insofern gilt es, das im Koalitionsvertrag vorgesehene Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das der Deutsche Landkreistag ausdrücklich begrüßt, zügig auf den Weg zu bringen“, machte Sager deut-

Fachtagung

„10. Nahversorgungstag Bayern“

Die Herausforderungen der Nahversorgung von vielen Seiten zu beleuchten und Lösungen anzubieten – das verspricht das Programm des „10. Nahversorgungstages Bayern“ am 5. November 2018. Die bewährte Fachveranstaltung feiert heuer damit ihr Jubiläum im Bürgerhaus von Burghausen.

Wichtige Themen gehen der Veranstaltungsreihe seit 2006 nicht aus, denn die Sicherstellung der Nahversorgung verlangt vielerorts jährlich größere Anstrengungen.

Am 5. November werden daher neben aktuellen Verbraucher- und Markttrends auch Aspekte der Regionalität und Ökonomie behandelt, genauso wie Themen rund um die Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung. Innovative Praxisbeispiele z.B. aus der mobilen Nahversorgung runden den Tag ab. Daneben bietet die Veranstaltung ausreichend Zeit für Diskussion mit den Referenten als ausgewiesene Kenner der Szene und den Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmern.

Die Veranstaltung wendet sich an Bürgermeister und Bürgermeisterinnen ebenso wie an alle Interessierten aus Verwaltung, Handel und Wirtschaft.

Der „10. Nahversorgungstag Bayern“ wird von der CIMA Beratung + Management GmbH veranstaltet und moderiert. Wie jedes Jahr mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie und den Handelsverband Bayern e.V. Als neue Partner und Sponsoren sind die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Burghausen mbH sowie die VR meine Raiffeisenbank eG, Altötting dabei.

Der Tagungsbeitrag beträgt 60,- Euro pro Teilnehmer (Nettopreis, Verpflegung inbegriffen).

Programm und Anmeldung:

<https://xem.xing-events.com/Nahversorgungstag-Bayern.html>

lich. Aus Sicht des Deutschen Landkreistages sind dabei insbesondere folgende Gesichtspunkte besonders zu betonen:

- Deutschland benötigt mehr qualifizierte Einwanderung, um die Entwicklung und den Wohlstand hierzulande auch zukünftig zu sichern. Da auch in Zukunft politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz und Sicherheit gewährt werden muss, muss nach wie vor zwischen Asyl und qualifizierter Einwanderung unterschieden werden.
- Deutschland verfügt bereits über viele Möglichkeiten der Migration. Diese sind im Ausland nicht hinreichend bekannt.
- Bei einer möglichen Wei-

terentwicklung des geltenden Rechts sollten die bestehenden Regelungen gebündelt und vereinfacht werden, bisherige Gehaltsgrenzen für die Erteilung von Aufenthaltstiteln abgesenkt oder abgeschafft werden sowie ggf. auch zunächst befristet Aufenthaltstitel gewährt werden, wenn eine verbindliche Arbeitsplatzzusage bei tariflicher Entlohnung nachgewiesen wird.

- Schließlich sollte der entsprechende Aufenthaltstitel für die Arbeitsmigration nur aus dem Ausland heraus beantragt werden können und wesentliche Integrationsleistungen, insbesondere im Bereich des Spracherwerbs, bereits dort erbracht werden. **DK**

Inklusion an bayerischen Schulen weiter stärken

Neuer Ausbildungsstandort für Sonderpädagogik in Regensburg sowie zusätzliche Studienplätze in München und Würzburg

„Wir planen und investieren nachhaltig in die Zukunft von Kindern und Jugendlichen im Freistaat. Bayern stellt jetzt die strukturellen Weichen, um den weiter wachsenden Bedarf an Lehrkräften der Sonderpädagogik mit top qualifizierten Lehrkräften zu decken. Darüber hinaus setzen wir bei der Inklusion von Kindern und Jugendlichen auf Wahlfreiheit der Eltern“, so Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

Kultusminister Bernd Sibler ergänzte: „Wir bauen die Studienplatzkapazitäten in der Sonderpädagogik in München und Würzburg aus und schaffen in Regensburg einen ganz neuen Ausbildungsstandort. Damit stärken wir die Sonderpädagogik im Freistaat nachhaltig und stellen sicher, dass wir auch in Zukunft genug Lehrerinnen und Lehrer an unseren Förderschulen und für die Inklusion haben. Mit dem neuen wissenschaftlichen Zentrum für Sonderpädagogik in Regensburg wollen wir interessierten jungen Menschen gerade auch aus dem ostbayerischen Raum ein weiteres attraktives Studienangebot eröffnen.“

Weitere Lehrstühle, zusätzlicher Standort

Die bestehenden Standorte für die Ausbildung von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Julius-Maximilians-Universität Würzburg werden mit jeweils einem weiteren Lehrstuhl für Sonderpädagogik ausgebaut und durch zehn zusätzliche Stellen bereits zum Wintersemester 2018/2019 umfassend gestärkt. Zur weiteren Stärkung der sonderpädagogischen Ausbildung im Freistaat trägt der Aufbau eines dritten Standorts für Son-

derpädagogik an der Universität Regensburg wesentlich bei.

Der bayerische Ansatz bei der Inklusion mit seinen vielfältigen Angeboten und Wahlmöglichkeiten hat sich bewährt. Inklusion findet an allen bayerischen Schulen statt: Gemeinsamer Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Förderbedarf ist sowohl an Regelschulen als auch an Förderschulen möglich.

Multiprofessionelle Teams

Ein Beispiel für eine gelingende Inklusion geben über 350 Schulen, die das Schulprofil Inklusion tragen. An ihnen ist die Inklusion für die Schulentwicklung von zentraler Bedeutung. Seit 2011 wurden rund 800 Lehrstellen für die Inklusion vor allem an Regelschulen zusätzlich geschaffen – bis 2020 werden es 1.000 Stellen sein. Für die Förderschulen stellt das Bildungspaket der Staatsregierung außerdem bis 2020 zusätzlich 250 Lehrstellen bereit, u.a. für die Unterstützung der Profilschulen, die Beratung und die Lehrerbildung. Darüber hinaus unterstützen in den kommenden Jahren 500 zusätzliche Schulpsychologen und Schulsozialpädagogen als multiprofessionelle Teams Lehrerinnen und Lehrer bei ihrer wertvollen Arbeit. **□**

Erste Ranger verstärken Naturerlebnisangebot

Umweltminister Marcel Huber: Zentrum Naturerlebnis Alpin nimmt Arbeit in Obermaiselstein auf

Bayernweit schreitet die Umsetzung der Projekte der Naturerlebnis Bayern weiter voran. Zum Maßnahmenpaket der Staatsregierung für einen naturverträglichen Tourismus am Riedberger Horn gehört das Zentrum Naturerlebnis Alpin. Ab September nehmen zwei Projektmanager ihre Arbeit in Obermaiselstein auf und sorgen für eine schnelle Konkretisierung des Zentrums.

Umweltminister Dr. Marcel Huber betonte dazu in München: „Wir nehmen unseren Auftrag, den Naturschutz in Bayern in der Fläche zu stärken, sehr ernst. Deshalb freue ich mich, dass es jetzt mit Kompetenz und Leidenschaft vor Ort losgeht und das Zentrum Naturerlebnis Alpin Gestalt annimmt. Die Schönheit Bayerns gipfelt in den Alpen. Das neue Zentrum soll ganz besondere Erlebnisse rund um diesen einzigartigen Naturraum bieten. Ziel der Naturerlebnis Bayern ist die Bewahrung der Schöpfung in allen Teilen unseres Landes.“ Neben dem Aufbaustab werden die ersten zwei Ranger im September und November bereits mit interessierten Menschen raus in die Natur gehen. Ziel ist es, ihnen die einzigartige alpine Bergwelt vor Ort auf umweltverträgliche Art näher zu bringen.

Das Zentrum Naturerlebnis Alpin entsteht in der Region Riedberger Horn und wird mit dem Naturpark Nagelfluhkette und anderen Einrichtungen eng kooperieren. Das Zentrum wird in der Aufbauphase organisatorisch an die Regierung von Schwaben angebunden, der Aufbaustab bei der Regierung von Schwaben wird das Projekt federführend zusammen mit der Region umsetzen. Das Zentrum soll Impulsgeber für innovative Umweltbildungs- und Naturerlebnisangebote und Kompetenzzentrale für ökologische Fragestellungen des Alpenschutzes sein. Die Projektsteuerung wird in der Aufbauphase vom ehemaligen „Raiba-Gebäude“ in Obermaiselstein aus koordiniert. Dort werden auch die neuen Ranger untergebracht. 15 Millionen Euro sollen in das Projekt investiert werden.

Das Zentrum Naturerlebnis Alpin ist neben dem Bayerischen Artenschutzzentrum in Augsburg, dem Donauaquarium, dem Biodiversitätszentrum Rhön und weiteren Maßnahmen ein wichtiges Element der Naturerlebnis Bayern. **□**

Halbjahresbilanz der Volks- und Raiffeisenbanken:

Im Freistaat weiter auf Wachstumskurs

Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken haben ihren erfolgreichen Wachstumskurs aus dem Jahr 2017 auch in der ersten Hälfte des laufenden Jahres fortsetzen können und werden ihn auch im weiteren Jahresverlauf beibehalten. Allerdings, so erläuterte Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB), werde das Ergebnis wohl trotzdem etwas geringer ausfallen als im Vorjahr. 2018 werde kein sehr gutes, wohl aber ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr werden. Heftige Kritik übte Gros an überzogenen Verbraucherschutzregeln und der weiter wachsenden Bürokratie.

Die gute Entwicklung basiert nicht zuletzt auf der robusten Konjunktur, vor allem in Bayern, „wo die regionale Wirtschaft weiter auf Expansionskurs ist“. Das Wachstum spiegelt sich besonders in der addierten Bilanzsumme der 244 bayerischen Genossenschaftsbanken. Sie legte in den ersten sechs Monaten in der Berichtszeit um 1,5 % auf 162,5 Mrd. Euro zu. In der ersten Hälfte des Vorjahres hatte es ein Plus von 4,3 % auf 160,1 Mrd. Euro gegeben. Das Wachstum werde, wenn nichts Außergewöhnliches passiert, auch in der zweiten Jahreshälfte anhalten.

Im ersten Halbjahr 2018 hat besonders zu dieser Entwicklung das Kreditgeschäft beigetragen, das um 2,8 % auf 99,2 (Vorjahreszeit: 96,5) Mrd. Euro zulegte. In diesem Bereich wuchsen am stärksten die Firmenkredite, die ein Plus von 4,2 % auf 48,3 % verzeichneten, worin Gros eine Verfestigung der Verankerung der Volks- und Raiffeisenbanken im Mittelstand sieht. Im ersten Halbjahr 2017 hatte es ein Plus von 3,8 % gegeben. Allerdings muss man die Zunahme im Kreditgeschäft differenziert se-

hen. So legten die Ausleihungen in der Baubranche um 7,4 % zu, im verarbeitenden Gewerbe um 3,8 %, im Gastgewerbe um 4,4 % und in der IT-Branche um 4,5 %. Dagegen stagniert die Kreditvergabe im Handwerk. Gros sieht die Ursachen dafür einmal in der Kapitalstärke des Handwerks, die Investitionen aus Eigenmitteln ermögliche, und zum anderen in der Vollausslastung der Betriebe, die kaum Zeit für Investitionen lasse.

Privatkundensegment

Im Privatkundensegment nahm das Kreditvolumen um 600 Mio. Euro oder 1,3 (Vorjahreszeit: 1,6) % auf 47,6 Mrd. Euro zu. Damit, so Gros, haben die Genossenschaftsbanken erstmals mehr Firmen- als Privatkundenkredite ausgereicht. Interessant bei den Privatkundenkrediten: Die Kredite an Wohnungsbauer allein legten um 2,6 % auf 800 Mio. Euro zu, doch nahmen die Verbraucherkredite um 200 Mio. Euro ab, so dass sich per Summe das erwähnte Plus von 600 Mio. Euro ergibt. Gros:

„Vor allem die gute Beschäftigungs- und Einkommenslage in Bayern hat das Volumen der Verbraucherkredite etwas schrumpfen lassen.“ So waren denn auch die privaten Dispo-Kredite um 5,3 % rückläufig.

Stabiles Einlagengeschäft

Dafür, dass das Einlagengeschäft stabil verlief, haben vor allem die Privatkunden gesorgt. Das Volumen der Einlagen, auch Kundengelder genannt, nahm leicht um 1,1 % auf 125,5 Mrd. Euro zu. In der Vorjahreszeit waren es 124,1 Mrd. Euro (+3,5 %) gewesen. Die Abschwächung beruhe auf den gestiegenen Einkommen und der zuletzt höheren Sparquote von über 10 %.

Die Privatkunden parkten ihre Einlagen zu etwa 60 % auf Girokonten, um jederzeit flüssig zu sein, und weil sie auf eine baldige Zinserhöhung hofften. Ende 2010 wurden erst 37 % der Spargelder auf Girokonten geparkt. Der GVB-Präsident sieht in dieser Entwicklung ein Anzeichen dafür, dass das Gefühl für Zinsen und den Wert des Geldes abnimmt. Das sei nach Jahren der Niedrigzinspolitik sehr bedauerlich, beklagte er. Das außerbilanzielle Einlagengeschäft (z.B. Erwerb von Wertpapieren, die ins eigene Depot wandern) verläuft sehr verhalten.

Für das zweite Halbjahr 2018 sei die Stimmung positiv und mit weiterem Wachstum zu rechnen, sowohl im Einlagen- als

auch im Kreditbereich. Allerdings hinterlasse die Niedrigzinspolitik Brems Spuren beim Ertrag. Das Zinsergebnis, das in der Regel zu etwa zwei Drittel zum Gesamtergebnis beiträgt, werde geringer ausfallen als in der Vorjahreszeit. Dieses Minus sei durch die Provisionserträge, zu denen auch die (gestiegenen) Bankgebühren zählen, nicht mehr auszugleichen. Wegen der abnehmenden Margen brächten auch höhere Einlagen kaum noch einen Ergebnisbeitrag. Zudem stiegen die Kosten wieder leicht an, wodurch die Aufwands- und Ertragsrelation (CIR) zwar von 64 % im Vorjahr auf 65 steige, was aber immer noch ein hervorragender Wert sei.

Zufriedenstellendes Ergebnis

Auch durch weitere Fusionen – heuer wird es 18 nach 8 im Vorjahr geben, im nächsten Jahr vermutlich noch weniger – sei das Ergebnis kaum zu verbessern. Das Betriebsergebnis von 2017 mit 1,48 nach 1,46 Mrd. Euro in 2016 sei nicht mehr zu erreichen, auch wenn es wohl keine Risikobelastungen geben werde, sagte Gros voraus. Dennoch sei man mit dem erreichten Ergebnis durchaus zufrieden. Die der EZB-Politik geschuldeten Bremseffekte im Zinsergebnis ließen sich einfach durch Wachstum und Kostenmanagement nicht vollständig ausgleichen.

Sehr unzufrieden ist der GVB mit den „immer überzogenen“ Verbraucherschutzregeln, an denen nach einer Umfrage bei den eigenen Banken die Kunden wenig Interesse hätten. Viel zu oft fühlten sich die Verbraucher durch die oft praxisfernen Regeln nicht geschützt, sondern bevormundet, verunsichert und besonders bei der Wertpapier-

anlage eingeschränkt. Gros: „Die Kunden versinken in einer Informationsflut.“

Kostenfaktor Verbraucherschutz

Besonders schlimm und irreführend seien Jahresmitteilungen, weil sie auch dann vorge-schrieben seien, wenn sich nichts geändert habe. Auf heftige Kritik stoßen auch die jetzt vorge-schriebenen Telefonaufzeichnungen von Beratungsgesprächen mit den Kunden. Wegen der hohen Kosten der Verbraucherschutzmaßnahmen reagieren manche Genossenschaftsbanken bereits mit einer Einschränkung ihres Beratungs- und Produktangebots, „obwohl in Zeiten negativer Renditen der Bedarf an qualifizierter Anlageberatung insbesondere für die Altersvorsorge groß ist“. Beim GVB sieht man denn auch eine Hauptaufgabe in der Schulung des Perso-

nals für die Anlageberatung, „damit der Kunde nicht sich selbst und dem Online-Geschäft überlassen bleibt.“

Zum Schluss des Pressegesprächs wartete Gros noch mit einer Art Polit-Schmankerl auf. Die Volks- und Raiffeisenbanken haben nämlich per Befragung einen Heimatindex entwickelt, der Auskunft darüber gibt, wie wohl sich die Bayern in Bayern fühlen. Obwohl die Ergebnisse noch eigens veröffentlicht werden sollen, gab Gros als Kernergebnis bekannt, dass die Menschen in Bayern mit ihrem Bundesland sehr zufrieden sind, auch wenn es Abstriche bei der Verkehrsinfrastruktur und der Sicherheit gebe. Dabei sei zu berücksichtigen, dass sich der Anspruch an die Regierenden auf einem sehr hohen Niveau bewege. In keinem anderen Bundesland seien bei ähnlichen Umfragen höhere Indexwerte erzielt worden. dhg.

Vorstandsverträge verlängert

GVB-Verbandsrat beruft Gros und Büchel für weitere Amtszeit

Der Verbandsrat des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB) hat die Verträge des amtierenden Vorstands um fünf Jahre verlängert. Der Präsident und Vorstandsvorsitzende Dr. Jürgen Gros sowie Vorstandsmitglied Dr. Alexander Büchel erhalten das Mandat für eine weitere Amtszeit bis zum Jahr 2024. Der Beschluss fiel einstimmig.

„Der Verbandsrat freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Gros sowie Herrn Dr. Büchel und bedankt sich für das hervorragende Engagement in den vergangenen Jahren“, kommentierte der Verbandsratsvorsitzende und ehrenamtliche Verbandspräsident Wolfgang Altmüller.

„Bayerns Genossenschaften brauchen einen leistungsfähigen

GVB an ihrer Seite. Die Mitglieder wollen einen Dienstleister, der praxismgerechte Unterstützung anbietet und dessen Vorstand ihre Anliegen gegenüber politischen Entscheidern und in der Genossenschaftsorganisation klar artikuliert. Mit der Vertragsverlängerung erhält die Verbandsspitze den Auftrag, den bewährten Kurs fortzuführen“ unterstrich Altmüller. □

Banking, wann, wo, wie Sie wollen.

Über 80 digitale Services und unsere persönliche Beratung in Ihrer Filiale vor Ort.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wann Sie wollen. Wo Sie wollen. Wie Sie wollen: Wir sind auch online für Sie da. Erfahren Sie mehr über unsere digitalen Services in einer unserer Filialen oder auf bayern.vr.de

Volksbanken
Raiffeisenbanken



„Banken-Gipfel“ in Frankfurt/Main:

Banken im Umbruch

Die Finanzwelt befindet sich in einem äußerst dynamischen Umfeld. Somit erfordern rasante Innovationen es, Banking immer neu zu erfinden. Einsichten und die Kommunikation zwischen CEOs, Fintechs und Politik sind dabei entscheidend. Bei der Handelsblatt Jahrestagung in Frankfurt/Main wurden Innovatoren und Macher der Branche zusammengebracht, um Wege für das neue Banking aufzuzeigen.

DSGV-Präsident Helmut Schleweis warb dafür, gemeinsam aus der deutschen Kreditwirtschaft heraus die Stärke des deutschen Finanzmarkts mit Selbstbewusstsein zu vertreten. Deutschland habe im internationalen Vergleich einen der stabilsten und leistungsfähigsten Finanzmärkte.

Aus seiner Sicht wird es immer deutlicher, „dass wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität keine Selbstverständlichkeit sind“. Die Finanzwirtschaft und insbesondere gemeinwohlorientierte Sparkassen sieht er hier in einer besonderen Verantwortung.

„Der Wunsch der breiten Bevölkerung auf wirtschaftliche und damit auch gesellschaftliche Teilhabe ist spürbar“, erläuterte Schleweis. Dieser richte sich immer stärker auch an Sparkassen: „Ich erwarte, dass dieser Anspruch sogar noch zunehmen wird, je mehr die Digitalisie-

rung Wissen und Chancen neu – und eben auch ungleich – verteilt. Sparkassen müssen in diesen Zeiten vor allem wirtschaftliche Sicherheit geben. Es geht mit unserem regionalen Engagement aber weit hinein in gesellschaftliche und soziale Bezüge.“

Plädoyer für gute Anlageberatung

Vermögenswerte wie Immobilien, Aktien und Fonds seien in den vergangenen Jahren bereits deutlich stärker gestiegen als Löhne, Gehälter – und vor allem als Spareinlagen. „Das liegt nicht zuletzt an der expansiven Geldpolitik“, hob der DSGV-Präsident hervor. „Sie begünstigt diejenigen, die über hohe Realwerte verfügen und hohe Risiken in Kauf nehmen können. Wer hingegen nur aus seinem Einkommen heraus spart, kann hier meist nicht mithalten. Deshalb ist es so wichtig, dass die breite Bevöl-

kerung sehr viel stärker in Wertpapieren spart. Jeder Kunde hat ein Recht auf eine solche Wertpapierberatung. Unsere Verantwortung ist es deshalb, flächendeckend in Deutschland eine gute Anlageberatung anzubieten.“

„Wir brauchen in diesem Land viel Veränderung, beispielsweise hin zu digitalen Geschäftsmodellen. Und auch mit Blick auf die Geschäftsmodelle der Kreditwirtschaft sprechen wir oft von den Chancen der Digitalisierung. Aber das ist nicht die Alltagserfahrung vieler Kunden“, fuhr Schleweis fort. Digitalisierung bedeute deshalb für die Sparkassen, Bedienkomfort und Sicherheit zusammenzubringen. „Da unterscheiden wir uns fundamental von anderen Wettbewerbern, etwa im Payment-Bereich.“

Mit Kwitt habe man bereits ein P2P-Verfahren eingeführt, das genauso einfach wie WhatsApp funktioniert, aber die von Sparkassen-Anwendungen gewohnte Datensicherheit biete und nicht Zahlungsgewohnheiten gegen den Willen von Kunden ausforscht. Zudem sei eine eigene App Mobiles Bezahlen eingeführt worden, damit Kunden mit ihrem Smartphone auf dem international gültigen NFC-Standard bezahlen können, sich damit aber nicht zugleich der Datenausforschung globaler Internetkonzerne aussetzen müssen.

Kwitt gemeinsam nutzen

Schleweis zufolge „wissen auch wir als Marktführer mit rund 50 Millionen Privatkunden, dass erfolgreiche Angebote möglichst viele Mitnehmer brauchen, gerade im Payment-Bereich. Deshalb laden wir Anbieter von Zahlungsdiensten ein, mit uns gemeinsam Kwitt zu nutzen. Die Sparkassen können hier mit der genossenschaftlichen Finanzgruppe bereits 1 Million Kunden einbringen.“

Nach Auffassung des DSGV-Präsidenten „muss der regionalen Entwicklung in Deutschland, gerade in den strukturschwachen Regionen, wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden“. Dies sei ein entscheidender wirtschaftlicher Faktor. Die

Die Tücken des Verkaufs gebrauchter Güter umgehen:

So verkaufen Kommunen rechtskonform

Sauber, sicher und modern will es der Bürger haben, dazu gute Schulen und eine funktionierende Infrastruktur. Im Rathaus laufen all diese Belange zusammen, hier müssen Einkünfte und Ausgaben in Relation gesetzt werden. Wenn Kommunen jedoch zu Verkäufern werden, gibt es einiges zu beachten.

Der kommunale Haushalt lässt nicht viel Luft, um alle Bedürfnisse und Wünsche der Bürger zu befriedigen. Kommunen versuchen darum, mehr und mehr wie ein Wirtschaftsunternehmen zu denken und zu handeln. Dabei gibt es zwei große Stellschrauben, an denen es sich drehen lässt: Einkauf und Verkauf. Ziel ist, beide Geschäfte möglichst zum besten Ergebnis für die Kommune abzuwickeln.

Während sich die Beschaffung mit E-Vergabe und digitalen Prozessen bereits durchgesetzt hat, wird beim Verkauf der gebrauchten Güter noch viel experimentiert: Direktverkäufe, Präsenzauktionen, Kompensationsgeschäfte mit Händlern und Onlineauktionen – alles mit meist mäßigem Erfolg und mit hoher Belastung für die ehemals schon stark strapazierte Personaldecke.

Verkauf als rechtliche kommunale Herausforderung

Ein entscheidender Aspekt wird dabei jedoch oft verges-

Sparkassen sähen es als eine der wichtigen Zukunftsaufgaben, die wirklich strukturschwächeren Räume wirtschaftlich zu entwickeln. Freilich „können wir als Sparkassen dies nicht allein“, gab Schleweis zu bedenken. „Denn dazu gehört mehr als eine Sparkassenfiliale, nämlich der Arzt vor Ort, die Busanbindung, der Breitbandausbau, eine gezielte Ansiedlungspolitik, eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur und vieles mehr. Diesen breiteren Blick wollen wir mit anderen gemeinsam entwickeln. Die Kommunen als unsere Träger sind dabei unsere wichtigsten Verbündeten.“

Die Menschen ernst nehmen

Fazit: „Unsere Herausforderung und Aufgabe als Sparkassen ist es, relevante Angebote für mindestens drei Millionen Menschen und für drei Viertel aller deutschen Unternehmen zu schaffen. Diese Menschen und Unternehmen sind sehr unterschiedlich, aber man kann sie gewinnen, wenn man ihnen nah ist, ihnen zuhört und sie alle – unabhängig von Einkommen, Vermögen oder Status – ernst nimmt. Das können Sparkassen. Deshalb haben wir eine so hohe Bindungs- und Integrationskraft. Dies zu erhalten, wird unsere wichtigste Zukunftsaufgabe sein. Und dies ist auf lange Sicht wohl wichtiger als manche kurzfristige betriebswirtschaftliche Optimierung.“

Wie Deutsche Bank-Chef Sewing und Commerzbank-Chef Zielke im Anschluss erläuterten, richteten Deutsche Bank und Commerzbank die Weiterentwicklung ihres Geschäftsmodells vor allem an neuen Technologien aus. Beide Institute beabsichtigen vor allem durch Leistungen für Firmenkunden zu wachsen und plädieren für einen einheitlichen europäischen Finanzmarkt. Nur so könnten auch in Deutschland wieder einheimische Champions entstehen.

Die genossenschaftlichen Banken investieren aktuell vor allem in Omnikanalangebote und eine zentrale Vertriebsplattform. Auch das Kernbankensystem muss überholt werden. Doch aus Sicht der Volks- und Raiffeisenbanken ist Digitalisierung an sich noch kein Wert – sie wollen auch weiterhin persönlich vor Ort erreichbar bleiben. DK

Erstes Halbjahr 2018:

Hohe Nachfrage nach LfA-Förderung

2.500 Unternehmen und Kommunen unterstützt

Die LfA Förderbank Bayern hat die bayerische Wirtschaft im 1. Halbjahr 2018 mit Darlehen in Höhe von knapp 1,4 Milliarden Euro unterstützt. Das ist ein deutlicher Zuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bei den programmgebundenen Förderkrediten stieg das Zusagevolumen um mehr als ein Drittel auf über eine Milliarde Euro. Fast 2.500 mittelständische Unternehmen und Kommunen profitierten von dem Angebot.

Gefragt war insbesondere die Förderung für Gründer und Unternehmensnachfolger. In diesem Bereich sagte die LfA über 1.000 Förderkredite mit einem Volumen von rund 235 Millionen Euro zu. Im Fokus beim bayerischen Mittelstand stand zudem die Umwelt- und Energieförderung (rund 146 Millionen Euro). Bei den Konsortial- und Globaldarlehen stieg die Nachfrage auf 350 Millionen Euro.

Attraktives Angebot

„Mit Zukunftsinvestitionen die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, das ist eine zentrale Herausforderung für den bayerischen Mittelstand. Denn wer heute die richtigen Maßnahmen ergreift, kann auch morgen weiter erfolgreich wirtschaften. Dabei unterstützt die LfA kleine und mittlere Betriebe mit einem attraktiven Förderangebot. Allein mit den Programmkrediten der bayerischen Förderbank konnten die Unter-

nehmen in diesem Jahr bereits Investitionen von rund 1,4 Milliarden Euro in Angriff nehmen. Damit werden rund 83.000 Arbeitsplätze gesichert und fast 2.900 neue Stellen am Standort geschaffen“, erläutert Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzt: „Wir sind gut in das Förderjahr 2018 gestartet. Das Interesse an unserer Förderung ist sehr hoch. Dazu beigetragen hat auch die Einführung von weiteren Tilgungszuschüssen in der Energieeffizienzförderung für den Mittelstand. Seit letztem Jahr bieten wir Tilgungszuschüsse von bis zu 18,5 Prozent für Energiemaßnahmen an gewerblichen Gebäuden. Und seit April von bis zu 2 Prozent bei Investitionen in energieeffiziente Produktionsanlagen und -prozesse. So können die Betriebe ihre Energiekosten dauerhaft senken und gleichzeitig von einer niedrigeren Kreditschuld profitieren.“ □

Verbandstag zum 125. Jubiläum des GVB:

Mehr Wertschätzung für Bayerns Mittelstand

Genossenschaften sind ein unverzichtbarer Bestandteil der mittelständischen bayerischen Wirtschaft. Das ist beim heutigen Jubiläumsverbandstag des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) in Unterschleißheim deutlich geworden.

„Über den Freistaat und die bayerischen Genossenschaften können wir übereinstimmend feststellen: Sie haben sich über die letzten Jahrhunderte prächtig entwickelt. Beide präsentieren sich wirtschaftlich erfolgreich und kerngesund“, sagte Wolfgang Altmüller, Vorsitzender des Verbandsrats und ehrenamtlicher Verbandspräsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), in seiner Ansprache. Er hob hervor, dass die 1.260 genossenschaftlichen Mitgliedsunternehmen rund 50.000 Menschen Arbeit geben und dieses Jahr aufgrund der guten Geschäftslage voraussichtlich mehr als 450 Millionen Euro an Steuern abführen.

Fest verankert in der Region

„Genossenschaften spielen eine herausragende Rolle im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge“, sagte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Festrede vor 1.200 Gästen. Und weiter: „Genossenschaften tragen den für Bayern so wichtigen Mittelstand im Herzen und sind fest verankert in der Region. Sie leben die Prinzipien Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. ist ein starker und unverzichtbarer Partner für die Menschen und die bayerische Wirtschaft. Herzlichen Glückwunsch zum 125-jährigen Gründungsjubiläum und Danke für das, was Sie jeden Tag, an so vielen Stellen und mit so vielen Menschen tun.“ Söder nahm damit Bezug auf die Verbandsgründung im Jahr 1893 in München.

Um weiterhin für Wachstum und Beschäftigung sorgen zu können, müssen mittelständische Betriebe wie Bayerns Genossenschaften auf stabile und verlässliche Rahmenbedingungen vertrauen. GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros forderte deshalb insbesondere auf europäischer, aber auch auf nationaler Ebene mehr Wertschätzung

für die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen. „In Europa und mitunter in Berlin fehlt oftmals die Bereitschaft, den deutschen Mittelstand zu verstehen. Stattdessen werden Regeln definiert, die den Anforderungen der Firmen nicht gerecht werden“, sagte Gros im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts, und dem DZ-Bank-Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Kirsch.

Kapital, Kollegen, Kabel

„In Bayern genießt der Mittelstand zu Recht Verfassungsrang“, sagte Gros. Der GVB-Präsident verwies dabei auf die in Artikel 153 der bayerischen Verfassung festgeschriebene Förderwürdigkeit des Mittelstands. Er sei das „zentrale Zahnrad der bayerischen Wirtschaft“. So stellen mittelständische Unternehmen gut drei Viertel der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und bilden vier von fünf Azubis aus. Damit das so bleibt, sind nach Ansicht von Gros „drei K“ erforderlich: „Der Mittelstand braucht Kapital, um den Geschäftsbetrieb zu finanzieren. Er braucht Kollegen – also Fachkräfte –, die das Unternehmen am Laufen halten. Und er braucht Kabel, um auch in ländlichen Regionen schnelle Datenverbindungen nutzen zu können.“

Der Verbandstag des GVB ist ein Netzwerktreffen der mittelständischen bayerischen Wirtschaft und findet jedes Jahr statt. Alle Teilnehmer erhielten heuer die eigens für den Geburtstag aufgelegte gedruckte Chronik. Das Buch steht in einer elektronischen Variante, aber auch unter www.gv-bayern.de/ chronik zur Verfügung. Weitere Hintergrundinformationen zum Verbandsjubiläum und der Chronik finden sich in der aktuellen Ausgabe des GVB-Magazins „Profil“ unter www.profil.bayern.de/ □

Nachhaltigkeit ist DNA des LfA-Fördergeschäfts

Förderbank veröffentlicht Nachhaltigkeitsbericht 2017/2018

Die LfA Förderbank Bayern hat ihren Nachhaltigkeitsbericht 2017/2018 veröffentlicht. Nachhaltiges Handeln ist sowohl bei der Fördertätigkeit als auch in der internen Organisation und beim gesellschaftlichen Engagement als Kern des Geschäftsmodells der LfA fest verankert. Der Bericht gibt einen Überblick über die nachhaltige Tätigkeit der staatlichen Förderbank, die Nachhaltigkeitsleistungen in den letzten Jahren sowie künftige Ziele.

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Franz Josef Pschierer erklärt: „Bayerns Wirtschaftsmotor sind seine Unternehmen. Die LfA unterstützt sowohl den traditionellen Mittelstand als auch die kreative Gründerszene und leistet einen entscheidenden Beitrag zum nachhaltigen Wachstum der bayerischen Wirtschaft. Sie fördert die bayerischen Unternehmen und Kommunen, unterstützt sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung und agiert mit großem gesellschaftlichen Engagement selbst als verantwortungsbewusster Arbeitgeber.“

„Nachhaltigkeit ist unsere Verpflichtung und die DNA unseres Fördergeschäfts“, so Dr. Ot-

to Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA. „Unsere Fördertätigkeit ist vor allem darauf gerichtet, strukturelle Wettbewerbsnachteile kleiner und mittlerer Unternehmen auszugleichen und so für Chancengleichheit auf der Finanzierungsebene zu sorgen. Dazu bieten wir günstige Finanzierungsmittel auch für Investitionen in den Umweltschutz und in die Energieeffizienz. Diese Vorhaben fördern wir seit letztem Jahr zusätzlich mit Tilgungszuschüssen. In 2017 ist unser Zusagevolumen für energie- und umweltspezifische Investitionen auf rund 179 Millionen gestiegen. So konnten die bayerischen Unternehmen Investitionen für unsere Umwelt von rund 368 Millionen Euro realisieren.“ □

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft:

Grundsteuer gerecht und unbürokratisch reformieren

Bei der Diskussion um die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Reform der Grundsteuer bis 2025 mahnt die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. eine einfache und zeitnahe Lösung an. Drei Modelle stehen zur Diskussion: das Flächenmodell, das Kostenwertmodell sowie das Bodenwertmodell.

„Die vbw plädiert für das Flächenmodell, denn es ist einfach, gerecht, unbürokratisch und berücksichtigt die Größe eines Grundstückes und Gebäudes und nicht dessen Wert“, erklärt vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt. Außerdem liegen die Vorteile des Flächenmodells auf der Hand: Geringster Bürokratieaufwand, keine automatischen Steuererhöhungen, keine regionalen Unterschiede, fristgerecht einführbar. Dazu Brossardt: „Wir fordern vom Gesetzgeber, das Flächenmodell zügig umzusetzen und damit sowohl für die Kommunen als auch für die Nutzer von Grundstücken wirtschaftliche Planungssicherheit zu schaffen.“

Während das Flächenmodell die Größe eines Grundstückes und Gebäudes berücksichtigt, beziehen

sich Kostenwert- und Bodenwertmodell auf ihren Wert. „Bodenpreise entwickeln sich regional sehr unterschiedlich, und nicht jeder, der auf einem teuren Grundstück wohnt, ist automatisch reich. Eine Besteuerung des Wertes würde deshalb zu wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen führen, die mit der Zeit zunehmen. Gewerbetreibende wie Bewohner könnten aus ihrer gewohnten Umgebung verdrängt werden. Das darf nicht Ergebnis der Reform sein.“

Bis Ende 2019 muss ein neues Gesetz verabschiedet sein und ab 2025 angewendet werden. Die Grundsteuer ist eine wichtige Einnahmequelle für Kommunen. Sie steht für rund 13 Prozent des kommunalen Steueraufkommens und für fast fünf Prozent der kommunalen Gesamteinnahmen. □

Bayerischer Verkehrssicherheitspreis 2018:

„Verkehrsgefährten auf zwei Rädern“

Auslobung durch Versicherungskammer Stiftung, Landesverkehrswacht Bayern und Bayerische Sparkassenstiftung

Im Freistaat gibt es zahlreiche Projekte und Initiativen, die sich dafür einsetzen, dass Radfahrer sicher und unfallfrei ankommen. Alle hatten in diesem Jahr die Möglichkeit, sich für den Bayerischen Verkehrssicherheitspreis 2018 zu bewerben, der unter dem Motto „Verkehrsgefährten auf zwei Rädern“ ausgeschrieben war. Ausgelobt wurde er von der Versicherungskammer Stiftung, gemeinsam mit der Landesverkehrswacht Bayern e.V. und der Bayerischen Sparkassenstiftung. Die Preisverleihung fand kürzlich in Bamberg statt.

In der Kategorie „Alle Achtung!“ – dotiert mit 5.000 Euro durch die Versicherungskammer Stiftung – überzeugte die „Initiative Radentscheid Bamberg“. Sie setzt sich für bessere Verkehrsbedingungen, eine höhere Verkehrssicherheit durch infrastrukturelle Maßnahmen sowie die generelle Sensibilisierung für den Radverkehr in Bamberg ein. Bei einem Bürgerbegehren wurden bis Ende 2017 für die zehn Ziele zur Verbesserung des Radverkehrs durch den ehrenamtlichen Einsatz von Studenten, Selbständigen, Berufstätigen und Rentnern beinahe 9.000 Unterschriften gesammelt.

„Initiative Radentscheid Bamberg“

Zu den gesteckten Zielen, die der Stadtrat Ende Januar 2018 übernahm, zählen Fahrradstraßen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr, fahrradgerechte City- und Schnellwegrouten, Schutz für Radfahrer an vielbefahrenen Hauptstraßen, mehr Disziplin im Straßenverkehr für eine gegenseitige Akzeptanz,

drei Kreuzungen pro Jahr sicherer für alle zu machen, 5.000 neue Fahrradparkplätze bis 2025, eine grüne Welle für den Umweltverbund, Radschnellwege für den Pendelverkehr, mehr Effizienz und Effektivität bei der Planung und Umsetzung sowie die Sensibilisierung Bambergs für mehr Radverkehr. Derzeit wird an der Image-Kampagne „Fahrradstadt Bamberg“ gearbeitet, unter der künftig mit eigenem Logo und Webauftakt alle städtischen Aktivitäten rund um das Zweirad gebündelt werden sollen.

Infrastrukturelle Maßnahmen

Ebenso werden 2018 diverse infrastrukturelle Maßnahmen umgesetzt: Es wird eine Vielzahl an sicheren Radabstellplätzen geschaffen, die die Sicherheit für den Radverkehr an Kreuzungen verbessert sowie weitere zehn Fahrradstraßen gebaut. Zusätzlich entsteht so Bambergs erstes Fahrradquartier – ein Stadtteil, der nur aus Radstraßen und verkehrsberuhigten Bereichen besteht.

Schon jetzt zeigt sich die Mehrheit der Bevölkerung den

Radlern gegenüber verständnisvoller und es verbessert sich das Miteinander im Straßenverkehr: 2017 – im Jahr der Radentscheid-Kampagne – sind die Radunfallzahlen das erste Mal seit fünf Jahren gesunken.

Sonderpreis für „Geh weida – steig‘ ab!“

Mit einem Sonderpreis in Höhe von 1.000 Euro würdigte die Versicherungskammer Stiftung die Aktion „Geh weida – steig‘ ab!“ in der Stadt Weilheim, die von der Kreisverkehrswacht Weilheim-Schongau e.V., dem Seniorenbeauftragten der Stadt gemeinsam mit der örtlichen Realschule umgesetzt wurde. In der Fußgängerzone klärten erfahrene Schülerlotsen in über 170 ehrenamtlichen Stunden (8. bis 10. Klasse) mehrmals pro Woche von Januar bis Juli über das dort herrschende Fahrverbot auf. Dabei wurden sie von Coaches der Landesverkehrswacht und/oder der Polizei unterstützt. Für die Datenerfassung und -auswertung wurde von einem mitwirkenden Schüler eine App entwickelt, in welcher alle Ereignisse festgehalten wurden.

Das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen zeigte positive Wirkung: Während zu Beginn der Projektlaufzeit viele Radfahrer noch unbeirrt weiterfuhren (ca. 75 Prozent), stiegen gegen Ende der Aktion deutlich mehr ab und schoben ihr Rad.

Präventionssystem „Ampelligence“

In der Kategorie „Gedankenblitz“ konnte sich das intelligente Präventionssystem „Ampelligence“ durchsetzen, das von der Bayerischen Sparkassenstiftung ein Preisgeld von 5.000 Euro erhielt. Das von Studierenden an der TU München im Zuge eines Masterseminars entwickelte intelligente Erkennungs- und Warnsystem kann an Ampeln oder Verkehrsschildern angebracht werden und dient somit der Unfallvermeidung an Kreuzungen und Überwegen. Die eingesetzte Technologie wurde durch Machine Learning dazu befähigt, zuverlässig Fahrradfahrer zu erkennen und von anderen Verkehrsteilnehmern zu unterscheiden.

Ismaninger Pilotprojekt vorgesehen

Sobald die integrierte 3D-Kamera einen Fahrradfahrer erkennt, leuchtet ein orangenes Warnsignal auf. Dadurch werden andere Verkehrsteilnehmer auf sich nähernde oder stehende Radfahrer aufmerksam gemacht und Unfälle, die besonders häufig beim Rechtsabbiegen von Fahrzeugen entstehen, können vermieden werden.

Ampelligence unterscheidet sich von bisher entwickelten Warnsystemen, da ein Aufleuchten nur erfolgt, wenn tatsächlich ein Fahrradfahrer in der Nähe ist. Dadurch wird die bewusste Wahrnehmung des Signals durch andere Verkehrsteilnehmer erhöht und Gewöhnungseffekte, die bei dauerhaft aufleuchtenden Signalen auftreten, werden vermieden. Ein erstes Pilotprojekt soll noch dieses Jahr in Ismaning gestartet werden. DK



Von links: Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München, Dr. Ewald Maier, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Forchheim, Walter Pache, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Günzburg-Krumbach. □

Bayerische Sparkassen:

Neuer Landesobmann Ralf Fleischer und Stellvertreter Dr. Ewald Maier

Mit Wirkung zum 1. Oktober 2018 wurde Ralf Fleischer (54), Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München, zum Landesobmann der bayerischen Sparkassen gewählt. Dieser Beschluss wurde im Kreis der Bezirksobmänner der bayerischen Sparkassen einstimmig gefasst.

Fleischer folgt damit auf Walter Pache, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Günzburg-Krumbach, der zum 30. September in den Ruhestand treten wird. Fleischer ist seit 2013 Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München, seit 2017 Bezirksobmann der oberbayerischen Sparkassen und seit März 2018 stellvertretender Landesobmann der bayerischen Sparkassen. Vor 2013 war er bereits 30 Jahre lang für die Sparkassen-Finanzgruppe in Nordrhein-Westfalen tätig.

Als stellvertretender bayerischer Landesobmann gewählt wurde Dr. Ewald Maier (60), Vorstandsvorsitzender der Sparkas-

se Forchheim. In der Funktion als stellvertretender Landesobmann folgt Maier auf Ralf Fleischer.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, gratulierte den beiden Landesobleuten zur ihrer Wahl: „Mit Ralf Fleischer und Dr. Ewald Maier wissen wir zwei sehr moderne Sparkassenmanager mit großem Erfahrungshintergrund bei uns an der Führungsspitze des SVB. In einer Zeit der Umbrüche im Finanzmarkt ist es besonders wichtig, dass aktive und kundige Landesobleute vorangehen, um die Entwicklung der bayerischen Sparkassen zu begleiten und auch voranzutreiben.“ □

adKOMM und GiroSolution starten Partnerschaft

Kooperation bringt kommunales E-Government entscheidend voran

GiroSolution, Tochterunternehmen des Deutschen Sparkassenverbands, und die adKOMM Software GmbH & Co.KG besiegelten beim Tag der Regionen in Stammham offiziell die neue Kooperation. Damit folgt ein weiterer Schritt in Richtung kundenorientiertes E-Government.

Die GiroSolution GmbH ist bereits seit 2015 ein Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe. Als 100-prozentiges Tochterunternehmen des Deutschen Sparkassenverbands ist GiroSolution der zentrale Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe für E-Government.

Die adKOMM Unternehmensgruppe ist seit mehr als 25 Jahren führender IT-Dienstleister und Anbieter von Kommunalsoftware. MITEINANDER wird das kommunale E-Government für den Bürger nutzerfreundlicher gestaltet und bietet daher den Verwaltungen elektronische Bezahlfahrer und Mehrwertlösungen an.

Ein weiterer Schritt in Richtung bürgerfreundliches E-Government wird nun über die Verbindung des adKOMM Moduls E-Rechnung mit dem S-Rechnungs-Service, einer cloudbasierten Lösung für den elektronischen Rechnungsempfang und -versand, in die Wege geleitet.

Der S-Rechnungs-Service bietet den heimischen Handwerkern und weiteren Dienstleistern die Möglichkeit auf einfache Art und Weise digitale E-Rechnungen an Ihre Kommunalverwaltung zu senden. Völlig unabhängig davon, ob das ihre eingesetzte Software kann

oder nicht. Dank dem S-Rechnungs-Service kommt die Rechnung im richtigen Format bei der Verwaltung an, egal ob vom Handwerker Briefe, PDFs oder strukturierte Daten geschickt werden. Über das adKOMM Modul E-Rechnung können die Kommunen dann die vom S-Rechnungs-Service erhaltenen Rechnungen automatisiert und medienbruchfrei bearbeiten, buchen und reVISIONSSICHER ablegen. Auf diese Weise bietet die Kooperation von adKOMM und GiroSolution eine praxisorientierte Lösung für die verpflichtende Umsetzung der E-Rechnung bis Mitte April 2020.

Neben dem neuesten Angebot S-Rechnungs-Service gehört zum gemeinsamen Leistungsportfolio noch S-Kompass, ein Tool für kommunales Schuldenmanagement.

Beim diesjährigen Tag der Regionen in Stammham besiegelte adKOMM Geschäftsführer Anton Haunsberger mit Hendrik Janzen von GiroSolution und Lara Scholz von der Lucht Probst Associates GmbH, kurz LPA, (S-Kompass) die Partnerschaft. Die Lucht Probst Associates GmbH ist ebenfalls ein Partner der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe. In den nachfolgenden Workshops und Vorträgen sowie am Stand von GiroSolution stieß die Kooperation bereits auf reges Interesse und viele adKOMM Kunden informierten sich über die neuen Bezahlmöglichkeiten und Angebote.

Mit der Integration der Multi-Bezahllösung GiroCheckout in das adKOMM Bürger Service Portal, soll das nächste gemeinsame Projekt noch in diesem Jahr starten. □



Lara Scholz, Anton Haunsberger und Hendrik Janzen (von links) besiegeln die Kooperation. □

VER|SICHER|UNGS
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Königlicher Schutz –
für die Abenteuer im Leben.

Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung.

www.versicherungskammer-bayern.de

Finanzgruppe

LBS will noch einen Gang höher schalten

Kommunen und Wohnungsunternehmen jetzt als Zielgruppe im Visier

Nachdem sie 2017 schon gut vorangekommen ist, will die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) 2018 noch mal einen Gang höher schalten. Man habe Antworten auf die außergewöhnliche Herausforderung durch die Nullzinspolitik der EZB gefunden und die massive Ertragsbelastung durch die extrem niedrigen Kapitalmarktzinsen aufgefangen.

Weil die Rahmenbedingungen für Bauspargeschäft günstig seien, sei mit einem Plus beim Neugeschäft heuer von mehr als 10 Prozent zu rechnen. Befördert wird das Wachstum dadurch, dass die LBS jetzt in Zeiten der niedrigen Zinsen verstärkt Kommunen als Kunden und als neue Zielgruppe auch Wohnungsunternehmen anspricht. Für private Bausparer gibt es neue, flexiblere Tarife, deren Nutzung nicht mehr streng an eine bestimmte Ansparsumme gebunden ist.

Spürbarer Zinsanstieg

Nach Darstellung der LBS hat sich die Lage am Kapitalmarkt zumindest ein wenig entspannt, denn seit dem Jahreswechsel habe es einen spürbaren Zinsanstieg gegeben, der sich auch auf die Konditionen für Bausparfinanzierungen ausgewirkt habe. So betrug der durchschnittliche Effektivzins für Wohnungsbaukredite mit 5 bis 10 Jahren Zinsfestschreibung Ende letzten Jahres knapp 1,7 Prozent, im Juli 2018 aber einen Prozentpunkt mehr. In den kommenden Jahren sei mit einem weiteren Anstieg der Zinsen zu rechnen. In der Ankündigung, dass die Europäische Zentralbank in den kommenden Monaten ihr Anleihekaufprogramm beenden wird, sähen viele Experten den Einstieg in den Ausstieg aus der Nullzinspolitik, sagte Erwin Bumberger, seit Jahresbeginn Vorstandsvorsitzender.

Diese Entwicklung sei für viele Menschen der Anlass, noch eine Baufinanzierung zu planen, um sich vor steigenden Zinsen zu schützen. Die Nachfrage nach Bausparen sei in Bayern hoch. Das Neugeschäft legte im Berichtsjahr 2017 um 2,4 Prozent auf 7,01 Mrd. Euro zu. Im laufenden Jahr rechnet die LBS mit einem Plus von mehr als 10 Prozent auf etwa 7,8 Mrd. Euro. Bausparverträge werden inzwischen in hohem Maße mit konkreten Finanzierungszielen verknüpft. Die durchschnittliche Bausparsumme hat sich seit 2012, als sie 31.300 Euro betrug, auf derzeit 66.500 Euro mehr als verdoppelt. All das zeige, dass sich die Kunden über Bausparen gegen steigende Zinsen absicherten.

Gründerpreise der niederbayerischen Sparkassen:

Überzeugende Business-Pläne

In Eggenfelden haben die niederbayerischen Sparkassen in insgesamt sechs Kategorien den Gründerpreis 2018 vergeben. Die Auszeichnung soll das Engagement für Unternehmertum in Niederbayern fördern.

In der Kategorie „Konzept“ wurde Trachten Waldmann mit dem ersten Preis in Höhe von 2.000 Euro bedacht. Die Existenzgründerin Sandra Eder aus Bad Birnbach überzeugte mit ihrem Business-Plan. Laut Matthias König, stellvertretendes Vorstandsmittglied der Sparkasse Rottal-Inn, kombiniert die gelernte Bankkauffrau Altbewährtes mit neuen Ideen und Initiativen - unter anderem einer eigenen Facebook-Seite, einem regelmäßigen Newsletter und Personal Shopping.

„Die Manufaktur“

Den zweiten Preis (1.500 Euro) erhielten Günther Moser und sein Unternehmen „Die Manufaktur“ in Waldkirchen (Landkreis Freyung-Grafenau). Deren

Bausparen wirke wie eine Impfung gegen Finanz- und Immobilienkreisen.

Die Auszahlung von Bauspardarlehen stabilisiert sich, denn es kommen immer mehr Verträge in die Zuteilung, deren Darlehenszins auch im jetzigen Marktumfeld attraktiv ist. Zugleich nehmen Kunden mit älteren Verträgen oftmals Angebote zum Umstieg in das aktuelle Tarifwerk an, um von günstigen Kreditkonditionen zu profitieren. Wer nämlich auf die hohen Habenzinsen älterer Verträge verzichtet, bekommt für die Gesamtlaufzeit die erheblich günstigeren Kreditzinsen, wobei die schon kassierten hohen Habenzinsen dann zurückgezahlt werden müssen.

Zugleich entwickelt sich das Finanzierungsgeschäft günstig. Im laufenden Jahr wird sowohl die Auszahlung von Sofortfinanzierungen (von 734 Mio. auf 870 Mio. Euro) als auch von Annuitätendarlehen (von 148 Mio. auf 250 Mio. Euro) deutlich steigen. Obwohl die Auszahlung von Bauspardarlehen von 176 Mio. auf 170 Mio. Euro zurückgehen wird, wird das gesamte Finanzierungsgeschäft um etwa 20 Prozent auf 1,3 Mrd. Euro zulegen.

Gute Produkte und Konditionen

Dieser Erfolg basiere nicht nur auf dem positiven Umfeld, sondern auch auf den richtigen Produkten und Konditionen, erläuterte Vorstandsmittglied Helmut Straubinger. So gebe es seit dem vergangenen Jahr einen Tarif mit den niedrigsten Darlehenszinsen in der fast 90-jährigen LBS-Geschichte. Bauspardarlehen seien ab einem Nominalzins von 1 Prozent möglich.

Seit Ende Mai bietet die LBS einen neuen Tarif mit Flex-Zuteilung an. Bei Vertragsabschluss ist der Kunde nicht festgelegt, wie viel auf dem Bausparvertrag angespart werden muss, um die Zuteilung und damit das Bauspardarlehen zu erhalten. Während früher 40 Prozent Anspargung vorgeschrieben waren, ist jetzt die Zuteilung bei 30, 35, 40 oder 45 Prozent möglich. Während bei einer Zuteilung nach Anspargung von 30 % der Darlehenszins 2,25

Prozent beträgt, macht er bei 45 Prozent Anspargung 1,5 Prozent aus. Mit diesem Tarif stellt sich die Bausparkasse auf die Bedürfnisse von Bausparern ein, die eine Immobilie erwerben wollen, aber keinen festen Zeitpunkt für den Kauf geplant haben. Der Kunde kann sein Darlehen in Anspruch nehmen, wenn er sein Wunschobjekt gefunden hat. Zugleich ermöglicht das Modell lange Zinssicherheit. In Kombination mit einer Vorfinanzierung können, so Straubinger, Finanzierungslaufzeiten von bis zu 32 Jahren dargestellt werden. Dabei steht die monatliche Belastung von der ersten bis zur letzten Rate fest. Und wie beim Bausparen üblich, können in der Darlehensphase Sondertilgen geleistet werden.

Seit Jahresbeginn werden auch, zusammen mit den Sparkassen, Wohnungsunternehmen als neue Zielgruppe angesprochen, egal, ob ihr Kerngeschäft Bewirtschaftung und Verwaltung von Immobilien, Neubau oder Modernisierung von Gebäuden ist. In der Regel ergänzt die LBS das Finanzierungsangebot der Sparkassen. Bisher habe sich dieses Geschäft mit Bauspardarlehen und Sofortkrediten und langfristiger Zinssicherung gut angelassen.

Kommunen als spezielle Kundengruppe

Verstärkt angesprochen wird auch eine weitere spezielle Kundengruppe, nämlich die Kommunen, obwohl eigentlich das kommunale Bausparen in Bayern schon lange bekannt ist. Sie können gleichermaßen mit einem Bausparvertrag für spätere Investitionen vorsorgen oder sie unmittelbar finanzieren und sich die derzeit günstigen Zinsen langfristig sichern. So können vielfältige Maßnahmen realisiert werden von der Wassergewinnung und Stromerzeugung über Abwasser- und Kläranlagen bis zum Bau von kommunalen Einrichtungen wie Kindergärten oder Verwaltungsgebäuden.

Da mit dem Abschluss eines kommunalen Bausparvertrages kein fester Zeitpunkt zur Abnahme des Darlehens festgelegt ist, kann die Kommune über einen längeren Zeitraum entscheiden, wann sie das zinsgünstige Bauspardarlehen einsetzt. Seit einigen Jahren gewinnt das kommunale Bauspardarlehen an Bedeutung. Während die Bausparsumme der neu abgeschlossenen

Verträge im kommunalen Geschäft der LBS 2001 bei rund 12 Mio. Euro lag, wurde 2017 ein Volumen von rund 130 Mio. Euro abgeschlossen.

Bumberger hofft mit Blick auf die gravierenden Auswirkungen der Niedrigzinsen für Vermögensaufbau und Altersvorsorge auf neue Impulse durch die Bundesregierung. Noch in diesem Jahr soll es das Baukindergeld geben, das die bayerische Staatsregierung aufstocken und durch eine bayerische Eigenheimzulage ergänzen will.

Hoffnung auf neue Impulse durch die Bundesregierung

Bumberger rechnete vor, dass eine vierköpfige Familie in zehn Jahren auf einen Zuschuss von insgesamt 40.000 Euro kommen kann. Außerdem setzt die LBS auf das Versprechen der Großen Koalition, die Bedingungen für die Wohnungsbauprämie durch Anhebung der Einkommensgrenzen zu verbessern. Fehlendes Eigenkapital sei oft das größte Hindernis auf dem Weg in die eigenen vier Wände. Wohnen müsse im öffentlichen Bewusstsein wieder eine zentrale Rolle zukommen.

Im Jahresabschluss für 2017 zeigt sich, dass es der LBS gelungen ist, die massive Ertragsbelastung durch die extrem niedrigen Kapitalmarktzinsen aufzufangen. Allerdings werde es noch etwas dauern, bis man an die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse früherer Jahre anknüpfen könne. Noch gehe die Verzinsung der Darlehens- und Geldanlagebestände schneller zurück als die Verzinsung der Bauspareinlagen. Außerdem erhöhten die niedrigen Zinsen die Pensionsrückstellungen. Diese Effekte wirkten sich im laufenden und im kommenden Jahr noch aus, erläuterte Brumberger.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung erläuterte Gerhard Grebler, seit Jahresbeginn Vorstandsmittglied. Der Zinsüberschuss konnte 2017 gegenüber 2016 von 151,6 Mio. auf 182 Mio. Euro gesteigert werden. Dies beruhe aber auf einem Sondereffekt auf Grundlage des Investmentsteuerreformgesetzes. Dagegen sind die Zinserträge aus Bauspardarlehen und Sofortfinanzierungen zurückgegangen, weil ältere Finanzierungen mit höheren Darlehenszinsen sukzessive getilgt werden und im Finanzierungsneugeschäft niedrige Sollzinsen anzusetzen sind.

Das Provisionsergebnis konnte, nicht zuletzt durch Gebührenerhöhungen, im Jahresvergleich von -17 Mio. auf -5,1 Mio. Euro verbessert werden. Die Provisionsergebnisse sind negativ, weil die an Vermittler (u.a. die Sparkassen) gezahlten Provisionen höher sind als die den Kunden berechneten Provisionen.

Jahresüberschuss beträgt 9,6 Mio. Euro

Insgesamt erreichte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge 53,2 Mio. Euro gegen über 36,3 Mio. Euro im Vorjahr. Der Anstieg basiert auf den erwähnten Sondereffekten. Unter dem Strich ergibt das für 2017 einen Jahresüberschuss von 9,6 Mio. Euro, der den Gewinnrücklagen zugeführt wird und damit das Eigenkapital erhöht. 2016 hatte es keinen Jahresüberschuss gegeben, und heuer und 2019 werde der Jahresüberschuss wieder im Bereich der Nulllinie liegen, ehe sich die Erfolge im Markt auch im betriebswirtschaftlichen Ergebnis widerspiegeln werden, sagte Grebler. Dennoch ist die LBS zuversichtlich getreu ihrem Kampagnenmotto 2018: „Wann, wenn nicht jetzt LBS-Bausparen“, zumal es Fortschritte gibt bei der Vereinheitlichung des IT-Systems der Sparkassen und der Bausparkasse. dhg.

Bayerischer Gründerpreis 2018:

Vom Garten-Center bis zur Zeitreise

Im Umfeld der jährlichen UnternehmerKonferenz zeichneten die bayerischen Sparkassen in Nürnberg bereits zum 16. Mal die Gewinner des Bayerischen Gründerpreises aus. Sie wollen damit zu Innovationsfreude und Entschlossenheit ermutigen und fördern so das Arbeitsplatzwachstum und die regionale Entwicklung in Bayern.

„Die Gründungstätigkeit in Deutschland ist immer noch im Tief, dem setzen die bayerischen Sparkassen ihr Engagement für Unternehmensneulinge entgegen. Bayern ist nach wie vor ein gutes Pflaster für Existenzgründer aller Branchen“, so Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern.

„Ob eine Unternehmensgründung erfolgreich ist und Bestand hat, hängt nicht nur von der guten Geschäftsidee ab. Das unternehmerische Geschick braucht z. B. auch eine solide Unternehmensplanung und eine stabile Finanzierung“, erläuterte Roland Schmutz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern.

„Schon in der Frühphase muss man die Weichen richtig stellen und Fehler vermeiden, die das junge Unternehmen sonst später teuer bezahlen müsste. Alle Nominierten sind diesen Weg erfolgreich gegangen. Insgesamt sind die Jungunternehmer inzwischen ideengetriebener, wachstumsorientierter und innovativer als in früheren Jahren.“

Die Preisträger in den einzelnen Kategorien

Als bestes Unternehmen in der Kategorie „Konzept“ wurde die TimeRide GmbH aus München ausgezeichnet, die Virtual Reality-Zeitreisen in die Vergangenheit anbietet. Ein erstes erfolgreiches Pilotprojekt läuft bereits im Live-Einsatz in Köln.

In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an die „Designschmiede“ höfats GmbH aus dem Allgäu. Seit dem Markteintritt 2015 punktet das junge Unternehmen durch einfallsreiche Designer-Produkte für den Grill- und Outdoorbereich, die gleichzeitig hochfunktional sind.

Als „Aufsteiger“ konnte sich die Method Park Holding AG aus Erlangen durchsetzen, ein Top-Spezialist in der Entwicklung von Soft-

ware-Systemen für komplexe Prozesse. Ihr mächtiges Prozessmanagement-Tool „Stages“, hilft dabei, dass Autos und Medizingeräte entwickelt werden können ohne dabei Sicherheitsrisiken einzugehen.

In der Kategorie „Nachfolge“ ging der Preis an das Hotel Reichshof Wellness & Genuss aus Sperlbrunn bei Wegscheid, einen Pionier des Wellness-Trends. Dort wurde der Generationenwechsel langfristig eingeleitet, verlief äußerst reibungslos und beispielhaft erfolgreich. Der Reichshof ist heute ein exklusives Vier-Sterne-Wellnesshotel, das zu fast 100 Prozent ausgebuht ist und zu den zehn besten in Deutschland gehört.

Der Sonderpreis für besonders regional engagiertes Handeln wurde an die Bau-Fritz GmbH & Co. KG aus dem oberbayerischen Erkeim im Allgäu vergeben, die Pioniere im Öko-Bau waren, dabei das Design ganz groß schreiben und außerdem auch in der Baustoffentwicklung innovativ sind. Sie setzen auf Baumaterial aus der Region und gehören zu den begehrtesten Baufirmen im anspruchsvollen Segment.

Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ erhielt Albert Weber aus Rain, der aus der einfachen Saatgutthandlung seiner Eltern das Garten-Center-Netz Dehner Holding GmbH & Co. KG aufgebaut hat. In mehr als 40 Jahren unternehmerischer Tätigkeit hat er den Familienbetrieb zum Marktführer in der grünen Branche entwickelt.

Dehner ist heute ein Konzern mit mehr als 5.200 Mitarbeitern, 130 Garten-Centern sowie Online-Shops in Deutschland und Österreich. Die Dehner Holding gibt ihren Erfolg durch soziale und nachhaltige Projekte und Initiativen, die das Unternehmen ins Leben gerufen hat auch wieder an die Heimat zurück. □

BayernLabo bietet zinsgünstige Darlehen an

200 Mio. Euro für Modernisierungen und Instandsetzungen am Gemeinschaftseigentum von Wohnungseigentümergeinschaften

„Der Freistaat Bayern fördert Modernisierungen und Instandsetzungen am Gemeinschaftseigentum von Wohnungseigentümergeinschaften mit dem Ziel, den vorhandenen Immobilienbestand in Bayern zu stärken und zu sichern. Die BayernLabo bietet zinsgünstige Darlehen für energetische Sanierungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Barrierereduzierung und Wohnungseigentümergeinschaften an“, teilten Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und Bauministerin Ilse Aigner mit.

Das WEG-Modernisierungsprogramm ist einzigartig in Bayern, hob Füracker hervor. Zur Förderung von Modernisierungs- und Erneuerungsmaßnahmen sowie von barrierearmen und barrierefreien Anpassungen am Gemeinschaftseigentum von Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) stellt die Bayerische Landesbank, teilweise mit Unterstützung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) seit 1. September 2018 (bis 31. Dezember 2021) zinsgünstige Darlehen von insgesamt 200 Millionen Euro bereit.

Mit Hilfe der Darlehen können die Eigentümer unter anderem eine Vielzahl von dringend erforderlichen Erneuerungen an Gebäude durchführen. „Dazu gehören die energetische Sanierung, wie beispielsweise eine neue

Dämmung, Austausch von Fensterelementen oder eine neue Zentralheizung, oder auch Maßnahmen zur Barrierereduzierung, wie etwa eine Nachrüstung mit Aufzügen oder der Einbau von Rampen“, so Bauministerin Aigner. „Diese Modernisierungen dienen einerseits dem Klimaschutz. Andererseits sind sie aufgrund des demographischen Wandels erforderlich“, so Füracker.

Die BayernLabo unterstützt generell insbesondere Familien mit geringem bis durchschnittlichem Einkommen beim Hausbau beziehungsweise Kauf einer Wohnung oder eines Hauses. Dafür bietet die BayernLabo befristet zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse zur Eigenwohnraumförderung an.

Weitere Informationen zu den jeweiligen Förderprogrammen unter: www.bayernlabo.de □

bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung:

Fokus auf Mautpflicht und Verpackungsdesign

Nach Ansicht von Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, hat die Mautpflicht auf Bundesstraßen zu einer „nicht unerheblichen Belastung unserer mittelständischen Mitgliedsunternehmen geführt“. Die Entsorgungsdienstleistungen der kleinen und mittelständischen Unternehmen bezogen sich meist in einem relativ engen Radius und seien daher auf die Nutzung der Bundesstraßen zwingend angewiesen.

Daher fordert der bvse eine grundsätzliche Mautbefreiung für die Unternehmen der Recycling- und Entsorgungsbranche, entsprechend der Sonderregelung für den Straßenunterhaltungs- und Straßenbetriebsdienst einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst. „Nachdem wir bereits den Bundesverkehrs- und den Wirtschaftsminister in dieser Sache angeschrieben haben, werden wir nun auch weiter bei den Parlamentariervertretern für diese Lösung werben“, kündigte Rehbock an. Er bedauert, dass die Bundesre-

gierung bisher die vom bvse vorgeschlagene Mautbefreiung ablehne. Keinesfalls dürfe es jedoch zu einer Mautbefreiung nur für kommunale Fahrzeuge kommen. Das würde zu einer gravierenden Benachteiligung gegenüber den kommunalen Entsorgungsunternehmen führen, die in einer weiteren Kommunalisierungswelle münden könnte, warnt der bvse.

Verärgert reagierte der bvse auch auf die Initiative von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, die Hardware-Nachrüstung nur für kommunale dieselebetriebene Nutzfahrzeuge zu bezu-

schussen. Rehbock zufolge „sind wir einig im Ziel einer verbesserten Luftreinhaltung. Wir warnen aber davor, mit solchen Zuschüssen die Wettbewerbssituation der Kommunen im Bereich der Abfallwirtschaft einseitig zu stärken.“

Wettbewerbsverzerrung

Gerade mittelständische Unternehmen würden massiv unter einer solchen Wettbewerbsverzerrung leiden, denn viele kommunale Unternehmen stünden im Wettbewerb mit der immer noch mittelständisch strukturierten privaten Recycling- und Entsorgungswirtschaft, gab Rehbock zu bedenken.

Der bvse wirbt daher dafür, kommunale Fahrzeuge nicht einseitig zu Lasten der privaten Entsorgungsbranche zu privilegieren. „Wir halten es für unabding-

bar, dass nicht nur kommunal betriebene Lkw in eine mögliche Förderung einbezogen werden, sondern auch eine entsprechende Förderung für dieselebetriebene Nutzfahrzeuge der Privatwirtschaft eingeführt wird. Schließlich wäre die Privatwirtschaft von geplanten oder durchgeführten Umstellungen ebenfalls sofort betroffen, da sie beispielsweise auch als kommunaler Drittbeauftragter die Vorgaben der Auftraggeber umsetzen muss“, erklärte der Hauptgeschäftsführer.

Begrüßt wird vom bvse hingegen die von der Zentralen Stelle vorgelegte „Orientierungshilfe zur Bemessung des recyclinggerechten Designs von systempflichtigen Verpackungen“. Mit diesem Ratgeber würden die zentralen Kriterien für das recyclinggerechte Design von Verpackungen definiert.

„Aus unserer Sicht ist damit das Ziel erreicht worden, Mindeststandards für die Recyclingfähigkeit von systempflichtigen Verpackungen aufzustellen. Das ist eine ganz wichtige Hilfestellung für Produktentwickler und Hersteller, denn die deutlich erhöhten und sehr anspruchsvollen Recyclingquoten lassen sich in Zukunft, gerade im Kunststoffbereich, nur erreichen, wenn grundlegende Änderungen, insbesondere beim Verpackungsdesign, vorgenommen werden“, betonte Rehbock.

Unnötige Missverständnisse

Der bvse warnt allerdings vor dem Gebrauch des Begriffes „hochwertiges werkstoffliches Recycling“. Da es für diesen Begriff keine Legaldefinition gebe, weder in der EU-Abfallrahmenrichtlinie noch im Verpackungsgesetz, lade dies zu unnötigen Missverständnissen ein.

„Um die Quotenvorgaben des VerpackG umzusetzen, benötigen die Beteiligten die Breite aller Verwertungsverfahren, also auch die sprichwörtliche Parkbank“, stellt der bvse fest. Es sei zielführender, im Text der Orientierungshilfe durchgängig die Bezeichnung „Recyclingfähigkeit“ zu verwenden. Außerdem sollte sichergestellt werden, dass sowohl die Mischkunststoff-Recyclate wie auch die hieraus hergestellten Endprodukte nicht als „minderwertig“ eingestuft werden. DK

Noch bessere Leistungen bei der Abfallentsorgung

... durch neue Orientierungshilfen bei öffentlichen Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche

Der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Städtetag und der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) haben eine Neufassung der Orientierungshilfen bei öffentlichen Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche herausgebracht. Damit soll die Abfuhrqualität zukünftig noch weiter verbessert werden.

Wettbewerb ist Teil des Erfolgsmodells „Soziale Marktwirtschaft“. Auch die Kommunen sind in vielen Bereichen Teil des wirtschaftlichen Geschehens und umsatzbezogene Leistungsanforderungen in öffentliche Ausschreibungen mit aufzunehmen. So auch bei der Entsorgung.

Starke Argumente

Bei der Vergabe der Aufträge kommt es natürlich nicht nur auf den Preis, sondern vor allem auch auf die Qualität an. Mit den jetzt veröffentlichten überarbeiteten Orientierungshilfen wird darauf ein noch stärkerer Schwerpunkt gesetzt. Das Auftragsberatungszentrum Bayern und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband haben die Arbeit der Verbände unter vergaberechtlichen Aspekten fachlich begleitet.

Vermeintlich „günstigere“ Leistungsangebote sollten nicht zu Qualitätsminderungen bei der Abfuhr führen. Qualitativ hochwertige Leistungen und eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten



Gastredner von links: Frithjof Finkbeiner (Club of Rome), Regierungspräsident Dr. Erwin Lohner, Angie Stifter (augsburg.tv), Bürgermeisterin Eva Weber, Dr. Christian Barth, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, KUMAS Vorsitzender Dr. Joachim Knüpfer und Geschäftsführer Thomas Nieborowsky.

Bild: KUMAS/Schöllhorn

20 Jahre KUMAS – 20 Jahre Umweltkompetenz

Prominente Gäste und Wegbegleiter feierten im Staatlichen Textil- und Industriemuseum | tim in Augsburg

KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt e.V. feierte mit einem Festakt im Staatlichen Textil- und Industriemuseum | tim sein 20-jähriges Bestehen. Für den Vorsitzenden Dr. Joachim Knüpfer und die Grußwortredner Dr. Christian Barth, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Regierungspräsident Dr. Erwin Lohner und Bürgermeisterin Eva Weber eine willkommene Gelegenheit, auf 20 Jahre erfolgreiche Arbeit für den Umweltschutz zurückzublicken.

Im Februar 1998 wurde KUMAS im Rokokosaal der Regierung von Schwaben auf Initiative der IHK Schwaben gegründet. Anfang September 1998 nahm die Geschäftsstelle im Umwelt-Technologischen Gründerzentrum (UTG) mit dem damaligen Geschäftsführer Dr. Stephan Winter ihre Arbeit auf. Nachfolger Egon Beckord gelang es, mit heute rund 180 Mitgliedern KUMAS in die finanzielle Unabhängigkeit zu führen.

Stärkung der Region

KUMAS legte als Netzwerk das Fundament zum kontinuierlichen Ausbau der Umwelttechnologie in Bayern und zur Stärkung der gesamten Region. Die Entwicklung im Einklang mit Wirtschaft, Politik und Verwaltung, Wissenschaft, Forschung und Bildung ist das Hauptanliegen von KUMAS. Die beiden ersten Vorsitzenden des Vereins, Dr. Peter Menacher und Dr. Hermann Teufel ließen unter der Moderation von Angie Stifter (augsburg.tv) die Gründungsidee nochmals lebendig werden. Die Bewältigung des Strukturwandels durch den Niedergang der Textilindustrie mithilfe der Förderung von Umwelt-

2018“ weist die Abfallwirtschaft heute 67 Prozent weniger CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 auf. Die EU, die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung haben sich zudem ehrgeizige Klimaschutzziele für die kommenden Jahre gesetzt. Der Einsatz veralteter Fahrzeugtechnik und/oder lange Anfahrtswege zum Ort der Leistungserbringung konterkarieren diese Bemühungen jedoch.

Die gemeinsam erarbeiteten Orientierungshilfen behandeln folgende Aspekte: vergaberechtliche Rahmenbedingungen, Anforderungen an die Bieterleistungserbringung (Personal, Technik, Betriebsorganisation), Vertragsbedingungen, Anforderungen an die Angebote und die mögliche Berücksichtigung von Qualitätskriterien neben dem Preis. Die Orientierungshilfen wurden unter Beachtung der derzeitigen Rechtsprechung entwickelt. Sie sollen eine Hilfestellung für die kommunalen Auftraggeber sein und eine preiswerte, aber hochwertige Entsorgung sicherstellen. □

innovationen waren das vorrangige Ziel.

Die Ansiedlung umweltrelevanter Kompetenzträger wie des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), des ezal energie- und umweltzentrum allgäu, die Angebote der wissenschaftlichen und Bildungseinrichtungen sind wesentliche Bausteine, die durch KUMAS gefördert werden und die Basis für die Entwicklung Augsburgs und Bayerisch-Schwabens zum international beachteten Innovations- und Ressourceneffizienzstandort gelegt haben.

Hervorragender Ruf

Mit den Fachkongressen Bayerische Abfall- und Deponietage, Bayerische Wassertage und Bayerische Immissionschutztag hat sich KUMAS in der Fachwelt weit über Bayern hinaus einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Auf internationalen Umweltmessen wie der IFAT in München ist KUMAS regelmäßig mit Mitgliedern und Bayern Innovativ auf einem Gemeinschaftsstand vertreten.

Darüber hinaus präsentierte sich KUMAS bereits dreimal auf der international bedeutenden und exklusiven Umweltleistungsschau „Woche der Umwelt“ der DBU im Park von Schloss Bellevue in Berlin. Ebenfalls seit 20 Jahren zeichnet KUMAS jährlich Umweltinnovationen mit der begehrten Auszeichnung „Offizielles KUMAS-Leitprojekt“ für besondere Leistungen im Umweltschutz aus.

Erfolgreiches Netzwerk

„KUMAS hat in 20 Jahren viel erreicht und ist angetreten, Umwelttechnologien und das Umweltwissen in der Region auch weiter nachhaltig zu entwickeln. Der Förderverein leistet einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung globaler und regionaler Umweltprobleme wie Klimawandel, Ressourcenverbrauch, Energiewende und eine nachhaltige, umweltverträgliche Mobilität.“

KUMAS leistet seit 20 Jahren einen herausragenden Beitrag zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. „Wir richten den Blick nach vorn und werden unsere Kompetenz in allen umweltrelevanten Fragestellungen gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen deutlich machen“, so Geschäftsführer Thomas Nieborowsky. □

Der „Plastik-Fluch“:

Eine Plastikflasche zersetzt sich erst in 450 Jahren ...

Das Thema Plastik und damit die Verschmutzung der Umwelt, insbesondere der Meere, ist in aller Munde. Dabei wäre es so einfach: Wenn jeder Verbraucher selbstkritisch die Verwendung von Plastik individuell verringern würde, könnte man schnell die Mengen senken. „Plastikvermeidung steht hoch im Kurs. Gerne unterstützt der Landkreis daher die Initiative der Plastikfrei Community Pfaffenhofen, Bürgerinnen und Bürger bei der Vermeidung von unnötigem Plastik, das Klima und Natur belastet, im Alltag zu unterstützen“, so Landrat Martin Wolf.

So ist es oft im täglichen Leben: Mal schnell den Schokoriegel an der Kasse mitgenommen, die Milch im Tetrapak gekauft und sich für die Mittagspause für frisch geschnittene Früchte und den fertig gemixten Salat im Becher samt Plastikbesteck vom Supermarkt entschieden. Und schon wieder vermehrt sich der Plastikberg. „Das schlechte Gewissen ist immer mit dabei, denn wir wissen, mit unserem Plastikverbrauch kann es so nicht weitergehen“, betont Doris Rottler von der Fachstelle Energie und Klimaschutz des Landratsamts.

Siegeszug um die Welt

„Seit 1950 das erste Plastik auf den Markt kam, hat es seinen Siegeszug um die Welt angetreten. Wurden damals 1,5 Mio. Tonnen Kunststoffe pro Jahr hergestellt, sind es nun über 300 Mio. Tonnen pro Jahr bei steigender Tendenz“, so die Expertin. Das vielfältige und langlebige Material lasse sich für Verpackungen, Möbel, Spielzeug und sogar Kleidung einsetzen.

37 Kilo Plastikmüll produziert laut einer Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft im Durchschnitt jeder Mitbürger jährlich. Allein in den vergangenen zehn Jahren stieg der Pro-Kopf-Verbrauch an Plastik um knapp 30 Prozent. Doris Rottler: „Nur knapp die Hälfte des Plastiks wird recycelt. Der Rest wird thermisch verwertet, deponiert oder landet als Abfall in der Umwelt und im Meer.“ Dort macht sich die Kehrseite der Langlebigkeit bemerkbar: Beispielsweise 450 Jahre braucht eine Plastikflasche, bis sie sich in der Umwelt in kleinste Partikel zersetzt hat. Diese gelangen über die Nahrungskette in Pflanzen, Tiere und Menschen. Und nicht nur das: So genannte Additiva, wie Bisphenol A, Phtalate oder Flammschutzmittel und Farbstoffe, die den Kunststoffen beigegeben werden, stehen in Verdacht, krebserregend und/oder hormonell auf den menschlichen Organismus zu wirken.

Familie Kufer aus Pfaffenhofen spielt bei dieser Entwicklung nicht mehr mit. Vor knapp fünf Jahren

hat sie den Schlussstrich gezogen und lebt seitdem praktisch plastikfrei. Ausschlaggebend war eine Fernsehdokumentation: „Im Film wurde eine Familie portraitiert, bei der man Bisphenol A im Blut nachweisen konnte. Vier Wochen hat diese Familie auf Plastik verzichtet und danach konnte man feststellen, dass auch die Bisphenol A-Konzentration im Blut geringer war“, erzählt Patricia Kufer. Nach und nach hat sie daher den Familienhaushalt auf plastikfreie Alternativen umgestellt. Der Anfang war mit Trinkflaschen und Behältnissen für Lebensmittel schnell gemacht. „Putzen, einkaufen, waschen – anfangs war das mit einigen Herausforderungen verbunden. Zentral war die Frage: Wo bekomme ich was? Zum ersten Mal zum Metzger zu gehen und sich die Wurst direkt in die mitgebrachte Dose legen zu lassen, das hat schon Überwindung gekostet.“

Früher ein Experiment, heute gelebter Alltag

Was anfangs ein Experiment war, ist heute gelebter Alltag. Und der hat sich in der Familie mittlerweile eingespielt. Zahnbürsten aus Holz, Gefäße aus Glas und selbstgemachte Kosmetika haben den Einzug in den Haushalt gehalten. Ein Riesenaufwand? „Einstellungssache“, meint Patricia Kufer, die mit ihrer Familie 2017 den städtischen Klimaschutzpreis gewonnen hat. „Wir leben plastikfrei aus Überzeugung, ohne uns einzuschränken. Wir transportieren Milch, Joghurt, Sahne in Pfandgläsern sowie Käse und Wurst in mitgebrachten Behältern. Oliven und Antipasti zum Beispiel gibt's nur aus eigenen Dosen. Der Wocheneinkauf funktioniert ohne Verpackungen und man hat ein gutes Gefühl dabei. Und wenn man die vollen Mülltonnen der Nachbarn sieht und dann unsere, in der kaum etwas drin ist, macht uns das schon ein wenig stolz.“

„Einfach den Anfang machen“, rät Patricia Kufer allen Menschen, die künftig auf (noch mehr) Plastik verzichten möchten. „Nicht mit dem schwierigsten beginnen oder gleich alles wollen, sondern über-

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen:

Leistungsfähigkeit des ÖPNV stärken

Der Bund fördert bis 2020 die fünf Modellstädte Bonn, Essen, Herrenberg, Mannheim und Reutlingen mit rund 130 Millionen Euro, um Maßnahmen zur Luftreinhaltung zu testen und deren Wirkung zu bewerten. Dabei stehen vor allem Maßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs im Vordergrund. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) begrüßt die Idee der Bundesregierung, den ÖPNV durch ein Bündel von Maßnahmen nachhaltig zu stärken.

Das Sofortprogramm umfasst folgende Maßnahmen: Elektrifizierung des urbanen Wirtschaftsverkehrs, Nachrüstung von Diesel-Bussen im ÖPNV mit Abgasnachbehandlungssystemen, Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme,

Elektrifizierung von Taxis, Mietwagen und Carsharing-Fahrzeugen, Elektrifizierung von Busflotten im ÖPNV, Förderung der Ladeinfrastruktur für die beschafften Elektrofahrzeuge, Förderung für Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im engen Zusammenhang mit dem Abbau bestehender Netzhemmnisse sowie den Aufbau von Low-Cost-Infrastruktur und Mobile-Metering-Ladepunkten.

Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen durchgeführt, insbesondere die Verbesserung von Logistikkonzepten und Bündelung von Verkehrsströmen, die Förderung des Radverkehrs und ein Umweltbonus (Kaufprämie für E-Autos).

Der VDV wird nun gemeinsam mit den fünf Modellstädten und ihren Verkehrsunternehmen während der zwei Jahre die Auswirkungen der Maßnahmen genau prüfen, um am Ende in weiteren politischen Diskussionen seinen fachlichen Rat einzubringen. „Wir hoffen, dass wir durch die Wirksamkeitsanalyse der vorgestellten Maßnahmen weitere wichtige Erkenntnisse für die Luftreinhaltung in den Städten bekommen und die effektivsten Maßnahmen dann auch langfristig finanziert werden. Bund, Länder und Kommunen stehen dabei gleichermaßen in der Verantwortung“, betonte VDV-Präsident Jürgen Fenske.

Kritik übte der Verband hingegen an der erneuten Gebührenbelastung für die Schiene. In seinem Entwurf für eine Zweite Verordnung zur Bundeseisenbahngebührenverordnung hat das Bundesverkehrsministerium Änderungen vorgesehe, die den Verkehrsträger Schiene nach Auffassung

des VDV erheblich belasten würden. Die zusätzlichen Gebühren entstünden durch die Überwachung von Eisenbahnen, die bestimmte europarechtlich vorgesehene Bescheinigungen wie zum Beispiel eine Sicherheitsbescheinigung beantragt und erhalten haben. Dadurch könnten für die Eisenbahnunternehmen zusätzliche Kosten in Höhe von 73 Millionen Euro entstehen, wie das BMVI selbst berechnet hat.

Benachteiligte Eisenbahnen

„Die Eisenbahnen werden wieder einmal im intermodalen Wettbewerb immens benachteiligt. Für die Straße fallen diese Art von Kosten nicht an. Dort zahlt der Verkehrsteilnehmer nur bei Verstößen, nicht schon für die Kontrolltätigkeit der Polizei“, erklärte VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff.

Aus Sicht des Verbands gehört die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften zu den allgemeinen staatlichen Aufgaben, die gebührenfrei sein müssen. Nach den allgemeinen Grundsätzen des Gebührenrechts müsse eine Gebühr nicht nur kostengerecht, sondern auch sachangemessen sein und die Leistungsfähigkeit des Gebührenschuldners berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund sei-

en für die Luftverkehrsbranche im Jahr 2017 Gebührenentlastungen in dreistelliger Millionenhöhe beschlossen worden, die vom Bundeshaushalt übernommen wurden. Der VDV fordert daher vom Bund, die Schiene ebenso von unverhältnismäßigen Gebühren zu entlasten und das EBA mit den notwendigen Finanzmitteln auszustatten.

„Die angedachten Änderungen stehen vor allem im Widerspruch zu den Zielen des BMVI im Masterplan Schienengüterverkehr. Darin wurde das Ziel definiert, dass Mehrbelastungen der Eisenbahnunternehmen bei der Novellierung der Bundeseisenbahngebührenverordnung möglichst zu vermeiden sind. Es wäre zudem widersinnig, wenn der Bund auf der einen Seite die Branche zum Beispiel durch geplante Trassenpreissenkungen entlasten will und die Mittel dann durch überhöhte Gebührenforderungen postwendend wieder einkassiert“, unterstrich Wolff.

Datenweitergabe an Dritte

Kritisch steht der VDV zudem Plänen der EU-Kommission gegenüber, Daten aus dem Geschäftsbetrieb öffentlicher Verkehrsunternehmen uneingeschränkt an Dritte, also auch an Wettbewerber, weitergeben zu müssen. Dies sieht jedoch eine von Brüssel angestrebte Neuregelung der „Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors“ (PSI-Richtlinie) vor. Sie will neben Behörden auch öffentliche Verkehrsunternehmen zur Daten-Weitergabe verpflichten.

Aus VDV-Sicht ist dies ein gravierender Eingriff in die Märkte der Mobilitätsdienstleistungen. Es führe zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen für die einheimischen Betreiber des ÖPNV, die letztlich zulasten der Fahrgäste und der meist kommunalen Eigentümer gingen.

Die PSI-Richtlinie würde den Verkehrsunternehmen die Möglichkeit nehmen, ihre Angebote zu verbessern oder in neue digitale Geschäftsmodelle zu investieren, befürchtet der VDV. „Am Ende profitieren nur private Datenkraken davon. Und die sind ihrerseits nicht verpflichtet, ihre Daten zu teilen“, hob Wolff hervor. Den Schaden hätten letztlich die öffentlichen Aufgabenträger, wenn auf Grund des verzerrten Wettbewerbs und der fehlenden Einnahmequellen der Kostendeckungsgrad im ÖPNV sinke. **DK**

zwei nicht weit voneinander entfernten Ortsteilen, bestehen.

4. Übertragung von Sicherungspflichten

Gemäß Art. 51 V BayStrWG ist eine Übertragung des Winterdienstes auf die Anlieger durch eine Verordnung möglich. Eine Abwälzung des Winterdienstes kann hierbei allerdings nur für Gehwege und Gehbahnen innerorts und nur auf den gesetzlich festgelegten Personenkreis Grundstückseigentümer und sonstige dinglich Berechtigte - erfolgen. Eine weitergehende Übertragung von Räum- und Streupflichten (z.B. auf Mieter) ist dagegen nicht möglich.

Trotz Übertragung des Winterdienstes verbleibt nach der Rechtsprechung eine Überwachungs- und Kontrollpflicht bei der Kommune. Stellt die Kommune wiederholt Verstöße der Anlieger fest, kann sie Bußgelder verhängen.

Da jedoch oft bloße Unwissenheit der Anlieger der Grund dafür ist, dass Winterdienstmaßnahmen nicht ausgeführt werden, hat es sich als sinnvoll erwiesen, vor Beginn jeder Winterperiode die Anlieger durch öffentliche Bekanntmachungen auf die Übertragung des Winterdienstes für Gehwege und Gehbahnen hinzuweisen. **□**

Zusammen „Gas“ geben mit Strom

3. Elektromobilitäts-Konferenz der Metropolregion München

Mit starken Partnern aus der Region veranstaltete der Europäische Metropolregion München (EMM) e. V. bereits zum dritten Mal die Elektromobilitäts-Konferenz der Metropolregion München. Die Nachfrage an der Konferenz im Kultur im Oberbräu Holzkirchen mit Vorträgen zur Entwicklung und Bedeutung der E-Mobilität sowie vier moderierten Workshops war auch dieses Jahr mit ca. 180 Teilnehmern sehr groß.

Seit mittlerweile drei Jahren veranstaltet der EMM e. V. die Elektromobilitäts-Konferenz der Metropolregion München. Gemeinsam mit Partnern aus Stadt und Land – dem Markt Holzkirchen, der Standortmarketing-Gesellschaft Landkreis Miesbach, Kompetenzzentrum Elektromobilität e-GAP, der Münchner Verkehrsgesellschaft, der Energieverbände Oberland und den Stadtwerken München – wurde das Thema Elektromobilität erneut aufgegriffen. Denn E-Mobilität funktioniert nur wenn man diese über Stadt- und Landesgrenzen hinweg denkt – getreu dem Motto des Vereins: Macht Mehr Miteinander! Über 180 interessierte Bürgermeister, kommunale Mitarbeiter, Vertreter aus der Wirtschaft, Klimaschutzbeauftragte und Experten im Bereich E-Mobilität waren dazu nach Holzkirchen gekommen.

Akteure vernetzen

„Mit dieser Konferenz wollen wir alle Akteure im Bereich E-Mobilität vernetzen und damit deren Entwicklung sowie den Ausbau in der Region stärken“, begrüßte Wolfgang Wittmann, Geschäftsführer des EMM e. V. Bürgermeister des Marktes Holzkirchen, Olaf von Löwis of Menar, freute sich, dass Holzkirchen Austragungsort der diesjährigen Konferenz ist und erhoffte sich auch Anregungen für seine Kommune.

Bevor es in den direkten fachlichen Austausch zu den jeweiligen Workshops ging, beleuchtete Raimund Nowak, Geschäftsführer der Metropolregion Hannover, Braunschweig, Göttingen, Wolfsburg GmbH, die Entwicklung der Elektromobilität. Seine Empfehlung für die Metro-

Stadt Günzburg:

Innovatives Parkleitsystem wird aufgebaut

Die Stadt Günzburg investiert knapp 650.000 Euro in ein dynamisches Parkleitsystem. Dieses vernetzt die fünf größten Parkplätze, bzw. Parkhäuser und zeigt in Echtzeit die freien Parkplätze in der Stadt an.

„Es ist Zeit geworden, dass eine Stadt wie Günzburg ihre unterschiedlichen Besucherströme angemessen leitet“, erklärt Oberbürgermeister Gerhard Jauernig die Anschaffung des dynamischen Parkleitsystems. Grund war unter anderem auch der Eindruck, dass in Günzburg Parkplätze fehlen. Die Auslastungen beweisen jedoch das Gegenteil. Mit dem dynamischen Parkleitsystem, das sich in Sekundenschnelle aktualisiert, gehören diese Diskussionen der Vergangenheit an. Piktogramme sorgen dafür, dass das Parkleitsystem auch ohne Deutschkenntnisse verständlich ist. Das kommt vor allem auch den ausländischen Touristen zugute.

Ab den Zugangsstraßen lenken fortan dynamische Willkommens- und Wegweiser die Parkplatzzuchenden zum Ziel.

Die Investitionskosten belaufen sich insgesamt auf ca. 550.000 Euro, dazu kommen Planungskosten von ca. 90.000 Euro. Oberbürgermeister Gerhard Jauernig freut sich, dass die Stadt Günzburg eine Förderung von etwa 50 Prozent der Investitionskosten erhält.

„Wir investieren in die Infrastrukturmaßnahme eine große Summe, die es aber für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unse-

polregion München: „koordinieren Sie kleine lokale Konzepte“. Hierbei ist der EMM e. V. bereits auf einem guten Weg, da er seit Herbst 2017 – mit der Förderung



V.l.: Wolfgang Wittmann, Olaf von Löwis of Menar, Raimund Nowak.

des Regionalmanagement Bayern – an einer Vernetzungsstudie Mobilität arbeitet. Dabei sollen die verschiedenen lokalen Konzepte der Metropolregion München rund um das Thema Mobilität gesammelt und auf einer Homepage im November 2018 dargestellt werden.

Im Anschluss an den Vortrag tauschten sich die Teilnehmer intensiv in vier verschiedenen Workshops aus und diskutierten dort unter anderem, wie Kommunen als Vorbilder vorangehen können sowie E-Mobilität in Unternehmen umgesetzt werden kann. Des Weiteren wurde die Frage nach möglichen Organisationsformen von elektrischem Car-/Bike-Sharing behandelt sowie sich über die Entwicklung der Ladeinfrastrukturtechnologie ausgetauscht. **□**

Räum- und Streupflichten der Gemeinden

Der Winter steht vor der Tür und sobald der erste Schnee Gehege und Straßen in Rutschbahnen verwandelt, werden Fragen zur Räum- und Streupflicht der Gemeinden wieder hochaktuell: Welche Pflichten sind einzuhalten, welche Maßnahmen zu ergreifen? Darüber informiert die Versicherungskammer Bayern.

1. Rechtliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für eine Räum- und Streupflicht findet sich in Art. 51 Abs. 1 BayStrWG. Danach sind die Gemeinden innerhalb geschlossener Ortslagen zum Winterdienst verpflichtet.

Die Gemeinden sind jedoch nicht verpflichtet, Räum- und Streumaßnahmen rund um die Uhr durchzuführen. Grundsätzlich ist der Winterdienst so zu organisieren, dass mit Beginn des Hauptverkehrsverkehrs, also in der Regel vor 7 Uhr morgens, die Streumaßnahmen bereits getroffen sind. An Sonn- und Feiertagen muss erst um 8 Uhr morgens der Winterdienst ausgeführt sein, da an solchen Tagen erfahrungsgemäß der Tagesverkehr erst später einsetzt.

Wirksamkeit der Maßnahmen sicherstellen

Dabei muss die Wirksamkeit der Winterdienstmaßnahmen bis 20 Uhr sichergestellt werden. Das heißt, nach wiederholtem Schneefall oder Temperaturabfall muss gegebenenfalls erneut geräumt und gestreut werden. Eindeutig zwecklose Maßnahmen, wie z.B. das Streuen während andauernden Schneefalls oder bei Eisregen, sind dagegen nicht vorgeschrieben. Auch nach 20 Uhr besteht keine Räum- und Streupflichtung mehr.

2. Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr

Die Anforderungen gegenüber dem Fahrverkehr richten sich danach, ob sich der betreffende Straßenteil innerhalb oder außerhalb der geschlossenen Ortslage befindet. Entscheidend ist hierbei das äußere Erscheinungsbild der Ortsbebauung, nicht die Gemeindegrenze oder das Ortsschild. Innerorts besteht eine Räum-

und Streupflichtung an verkehrswichtigen und gefährlichen Straßenstellen. Allein das Vorliegen eines Merkmals dagegen reicht nicht aus, um für die Kommune eine Verpflichtung zur Durchführung von Winterdienstmaßnahmen zu begründen. So besteht z.B. keine Räum- und Streupflicht für reine Anwohnerstraßen oder für Straßen zu einem Einödhof – selbst dann nicht, wenn diese die einzige Anbindung zum Straßennetz darstellt.

Die Verkehrswichtigkeit einer Straße ergibt sich aus deren Bedeutung für die weitere Region, nicht aus deren Bedeutung für die nähere Umgebung. Als verkehrswichtig in diesem Sinne gelten deshalb nur die Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, örtliche Hauptverkehrsstraßen (z.B. große Durchgangsstraßen) und bei kleineren Gemeinden örtliche Verkehrsmittelpunkte wie Ortskern, Marktplatz und Hauptkreuzungen.

Gefahrenstellen

Als gefährlich werden Straßenstellen angesehen, an denen Fahrzeuge erfahrungsgemäß bremsen, ausweichen oder sonst ihre Fahrtrichtung ändern müssen, so z.B. das Streuen während andauernden Schneefalls oder bei Eisregen, sind dagegen nicht vorgeschrieben. Auch nach 20 Uhr besteht keine Räum- und Streupflichtung mehr.

Außerorts besteht eine Verpflichtung zum Winterdienst nur an verkehrswichtigen und zugleich besonders gefährlichen Straßenstellen, an denen Gefahr droht, die auch ein besonders sorgfältiger Kraftfahrer nicht meistern oder erkennen kann. Besondere Gefährlichkeit liegt u.a. bei außergewöhnlichem Gefälle (weit mehr als 10 %), nicht erkennbaren Brücken oder Stellen, an denen sich unerwartet Reifglätte bilden kann vor.

Bei Parkplätzen besteht grundsätzlich gegenüber dem Fahrverkehr keine Räum- und Streupflicht, außer es liegen die oben ausge-

führten Kriterien der Verkehrswichtigkeit und Gefährlichkeit vor.

3. Pflichten gegenüber dem Fußgängerverkehr

Innerorts besteht eine uneingeschränkte Räum- und Streupflichtung für Gehwege und die nur für den Fußgängerverkehr bestimmten Teile öffentlicher Straßen, also den sogenannten Gehbahnen.

Daneben besteht eine Verpflichtung zum Winterdienst für belebte und unerlässliche Fußgängerüberwege. Dabei handelt es sich um durch Ampelanlagen oder Zebrastreifen gesicherte Überwege sowie belebte Kreuzungen, die zumindest in der Hauptverkehrszeit ständig von einem großen Personenkreis benutzt werden müssen.

In Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen muss ein angemessen breiter Streifen im Mittelbereich geräumt und gestreut sein, wobei ausreichend ist, wenn Geschäfte oder Parkplätze mit wenigen Schritten auch über nicht gesicherte Stellen erreicht werden können.

Bushaltestellen und sonstige öffentliche Einrichtungen, an denen regelmäßig oder zu bestimmten Zeiten ein starker Fußgängerverkehr herrscht, unterliegen gesteigerten Anforderungen. Hier sind bei entsprechender Witterung Kontrollen bzgl. der Nachhaltigkeit durchgeführter Winterdienstmaßnahmen bzw. wiederholtes Räumen und Streuen erforderlich.

Auf Parkplätzen besteht nur dann eine Räum- und Streupflicht, wenn sie verkehrswichtig sind und Fußgänger die einzelnen Stellplätze nicht mit wenigen Schritten erreichen können. Es ist aber nicht die gesamte Parkfläche zu räumen und zu streuen, sondern nur ein Streifen, der das gefahrlose Verlassen des Parkplatzes wie das gefahrlose Erreichen des Fahrzeugs ermöglicht.

Außerorts besteht grundsätzlich keine Räum- und Streupflicht gegenüber dem Fußgängerverkehr. Eine Ausnahme hiervon kann lediglich bei einem besonderen Bedürfnis, wie beispielsweise einem Verbindungsweg zwischen

BEG-Qualitätsranking:

Regionalzüge in Bayern zur Halbzeit 2018 im grünen Bereich

Beständige Qualität auf Bayerns Schienen: Auf einer Skala von -100 bis +100 Punkten erzielten die bayerischen Regionalzüge im ersten Halbjahr 2018 im landesweiten Durchschnitt 34,02 Punkte. Dies dokumentiert das von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Schienenpersonennahverkehr im Freistaat plant, finanziert und kontrolliert, zum Stichtag 30. Juni 2018 erstellte Qualitätsranking. Das Ergebnis des Halbjahresrankings liegt nahezu gleichauf mit dem im Jahresranking 2017 erreichten Wert von 34,14 Punkten – der höchsten bisher erreichten Durchschnittspunktzahl seit Einführung des Qualitätssystem durch die BEG vor gut zehn Jahren.

„Die Richtung stimmt“, sagt Thomas Prechtel, Geschäftsführer der BEG. „Wir brauchen ein dauerhaft hochwertiges Angebot auf Bayerns Schienen, das beim Fahrgast ankommt. Deshalb werden wir auch weiter an den passenden Stellschrauben drehen. Unsere Qualitätsmessungen, verbunden mit Bonus- und Strafzahlungen, schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die von uns beauftragten Verkehrsunternehmen festgestellte Mängel schnellstmöglich beseitigen und kontinuierlich Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Angebotsqualität ergreifen.“

In das Halbjahresranking fließen Tests und Erhebungen ein, die die BEG im Rahmen ihrer Qualitätsmessungen bis zur Jahresmitte 2018 durchgeführt hat. Demnach liegt eine Teilstichprobe vor und die Werte können – im Vergleich zu den Ergebnissen eines Gesamtjahres – im Jahresverlauf noch gewissen Schwankungen unterliegen.

Bewegung in der Spitzengruppe

26 von 29 bewerteten Netzen erzielten im ersten Halbjahr 2018 Werte im Bonusbereich und über-

trafen damit die Mindestwartungen der BEG (Jahresranking 2017: 25 von 28). Erneut überzeugten acht Netze mit einem sehr guten Wert von über 50 erreichten Punkten. Das Netz Kissinger Stern hat sich gegenüber dem Jahresranking 2017 um 1,44 Punkte verbessert und setzte sich mit 95,80 erreichten Punkten an die Spitze des Halbjahresrankings (2017: Rang 2). Auf den Plätzen folgen das Netz Oberpfalzbahn/Wald- bahn mit 89,58 Punkten (+2,11 Punkte, 2017: Platz 4) sowie das Netz Agilis-Nord, das 6,77 Punkte abgeben musste und mit 89,27 Punkten Platz 3 besetzt (2017: Platz 1).

Drei Netze haben den Bonusbereich verfehlt. Dazu zählt neben dem D-Netz Ulm Übergang (-0,70 Punkte) auch das Netz Alex Nord und Süd (-4,66 Punkte), das im Halbjahresranking auf dem vorletzten Platz landete. Die bisher getrennt geführten Netze Alex-Nord und Alex-Süd wurden unter dieser neuen Bezeichnung im Zuge einer neuen vertraglichen Vereinbarung mit der Länderbahn zusammengefasst. Das Netz Regio Franken konnte sein Ergebnis zwar erneut leicht verbessern und machte 3,09 Punkte gut; mit -14,96 erreichten Punkten belegt das Netz aber weiterhin den letzten Platz im Ranking.

Die größten Auf- und Absteiger

Den beiden größten Aufsteigern nach Plätzen gelang der Sprung in die Top 20. Das Netz Franken-Thüringen-Express machte acht Plätze gut und erreichte Platz 13; das Netz Main-Spessart-Express fuhr von Platz 27 auf Platz 20 vor. Beide Netze konnten unter anderem mit Verbesserungen bei einzelnen Kriterien zur Sauberkeit der Fahrzeuge punkten und profitierten von besseren Bewertungen ihrer Fahrgastinformationen im Regel- und Störfall. Das Netz Linienstern Mühldorf stieg von Platz 10 auf Platz 18 ab und war damit größter Verlierer nach Rängen.

Die schlechtere Bewertung war unter anderem darauf zurückzuführen, dass das Zugbegleitpersonal im Zug zu wenig präsent war; zudem waren die Züge im Erhebungszeitraum verstärkt von Graffiti betroffen. Bei der Westfrankenbahn schlugen im ersten Halbjahr 2018 vor al-

ben sogar den Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung eingeschaltet“, berichtete Landrat Christoph Göbel in der Sitzung. Möglich scheint aus heutiger Sicht eine Realisierung ebenfalls als Radhauptverbindung, also mit gegenüber einer Radschnellverbindung abgesenkten Standards.

Ein Radweg, der Strom erzeugt

Noch visionärer als Radschnell- oder Radhauptverbindungen klang ein weiterer Tagesordnungspunkt, der sich mit einem Konzept für so genannte Solarradwege beschäftigte. Hierunter versteht man einen mit Solarzellen belegten Radweg. Auf den Solarzellen befindet sich eine dicke Glasschicht als befahrbare Oberfläche, die sogar das Gewicht eines LKW aushalten kann. Der Ausschuss verständigte sich nicht nur darauf, diese innovative Idee weiterzuverfolgen, sondern beauftragte die Verwaltung, Kosten- und Fördermöglichkeiten für ein ganz konkretes Projekt, nämlich eine ca. 800 Meter lange Neubaustrecke entlang der Kreisstraße M25 zwischen Grasbrunn und dem Sportpark auszuloten. □

Landkreis München:

Im Radverkehr steckt großes Potenzial

Mobilitätsausschuss beschäftigte sich mit innovativen Projekten

Das Angebot im öffentlichen Verkehr verbessern, Park-and-Ride-Plätze schaffen oder Umgehungsstraßen bauen – daran wird meist als erstes gedacht, wenn man nach Lösungen für den täglichen Verkehrskollaps sucht. Im Landkreis München erkennt man dagegen immer mehr auch das Potenzial des Fahrrads als wichtigen Teil einer verkehrlichen Gesamtstrategie.

Mal eben zum Einkaufen, den Sohn oder die Tochter zum Kindergarten bringen oder eine Radtour als Freizeitvergnügen am Wochenende – dafür wird das umweltfreundliche Zweirad ganz häufig genutzt. Auch wer es nicht weit zur Schule oder zum Arbeitsplatz hat, entscheidet sich häufig für den guten alten oder hochmodernen Drahtesel. Doch hat das Fahrrad als Verkehrsmittel auch über weitere Strecken hohes Potenzial, sofern die Bedingungen gut sind, sprich: man mit flotter Geschwindigkeit und mit möglichst wenigen Behinderungen durch Autos oder Fußgänger zügig vorankommt.

Eine erste so genannte Radschnellverbindung – eine Art Premiumradweg, auf dem auch hohe Durchschnittsgeschwindigkeiten von 20 bis 30 Kilometer in der Stunde gefahren werden können – soll zwischen der Landeshauptstadt und den Kommunen Garching und Unterschleißheim entstehen. Neben diesem schon sehr weit gediehenen Projekt, lässt der Landkreis auch noch weitere Korridore zwischen Stadt und Landkreis für eine solche Radschnellverbindung untersuchen.

Schnelle Verbindungen

„Doch die Pendlerbeziehungen bestehen nicht nur zwischen der Münchner Innenstadt und den Landkreisgemeinden. Viele Menschen pendeln tagtäglich auch innerhalb des Landkreises und haben aufgrund des radial auf die Stadt München ausgerichteten S-Bahnnetzes schlechte Karten, „öffentlich von A nach B zu kommen“, so Landrat Christoph Göbel. Neben tangentialen Buslinien, lässt der Landkreis jetzt auch tangential verlaufende Radverbindungen untersuchen.

Die beauftragten Gutachter vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München und dem Stadt- und Verkehrsplanungsbüro Kaulen schlagen eine Verbindung vor, die sich von Oberschleißheim im Norden über Garching, Ismaning, Aschheim, Feldkirchen, Haar, Grasbrunn, Putzbrunn bis nach

Neubiberg im Süden erstreckt. Dort teilt sich der Korridor in zwei Varianten: Die nördliche Variante führt über Unterhaching, und dann durch den Perlacher Forst nach Pullach. Die südliche führt über Taufkirchen, Oberhaching und Grünwald nach Pullach. Auf verschiedenen Strecken treffen die beiden Korridore dann in Neuried wieder aufeinander, von wo die Strecke noch weiter bis nach Planegg geführt werden soll.

Ein so hoher Ausbaustandard, wie bei einer Radschnellverbindung, könnte nicht durchgängig auf der ganzen Strecke vorgehalten werden, sagen die Planer ganz klar. Die etwas niedrigeren Standards einer so genannten Radhauptverbindung, was z. B. geringere Breiten des Radwegs bedeuten könnte oder eine streckenweise gemeinsame Führung mit dem Fußgängerverkehr, wären jedoch größtenteils realisierbar.

Der Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur sprach sich einstimmig dafür aus, die Gutachter mit einer vertieften Untersuchung beider möglicher Varianten zu beauftragen. Zudem werden die Korridorvorschläge im gesamten Untersuchungsraum noch einmal auf die wesentlichen tangentialen Pendlerbeziehungen im Landkreis München überprüft. Hierzu sollen auch Mobilfunkdaten herangezogen werden.

Darüber hinaus informierte die Verwaltung die Ausschussmitglieder über den aktuellen Sachstand zu einer zwischen der Stadtgrenze über Oberhaching bis nach Sauerlach geplanten Radwegebeziehung, deren Realisierung sich als nicht ganz einfach zeigt. Grund dafür ist unter anderem, dass sich die benötigten Wege zum Teil in gemeindefreien Gebieten, Landschaftsschutzgebieten und Wasserschutzgebieten und somit in ganz unterschiedlichen Verantwortungen befinden. Nutzungskonflikte, Eigentumsverhältnisse und Fördermöglichkeiten- bzw. „Förder-schädlichkeiten“, Boden- und Baugrunduntersuchungen stellen die Verwaltung vor zahlreiche knifflige Herausforderungen. „Wir ha-

lem Probleme mit der Funktionsfähigkeit der Fahrzeugausstattung zu Buche; weiterhin erhielten die Zugbegleiter bei einzelnen Kriterien schlechtere Noten. Im Ergebnis musste das Netz sieben Plätze abgeben und landete nur noch auf Platz 23.

Zwei Netze wurden 2018 im Qualitätsranking erstmals erfasst: Das Dieselnetz Allgäu Los 1 und das Dieselnetz Allgäu Los 2. Beide Netze konnten die Mindestwartungen der BEG in Sachen Qualität von Anfang an übertreffen und reichten sich im Bonusbereich auf den Plätzen 22 beziehungsweise 24 ein.

Qualitätsmesssystem als Grundlage

Alle bayerischen Regionalzüge werden nach einheitlichen Kriterien im BEG-Qualitätsmesssystem erfasst. Es bildet die Grundlage für das Qualitätsranking. Berücksichtigt werden die Sauberkeit der Fahrzeuge, die Fahrgastinformation, die Funktionsfähigkeit der Ausstattung, die Serviceorientierung der Zugbegleiter und die Kundenorientierung bei Beschwerden. Die Pünktlichkeit fließt nicht in die Ergebnisse ein, sondern wird in einem separaten Messsystem erfasst.

Die BEG bewertet die einzelnen Netze mit Hilfe von externen Testern und Fahrgastbefragungen. Die Ergebnisse des Qualitätsrankings haben unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf die Betreiber der jeweiligen Netze. Erreicht ein Unternehmen den Wert null, sind die Erwartungen der BEG gerade erfüllt. Wer darüber liegt, erhält eine Bonuszahlung, wer Minuspunkte verzeichnet, zahlt Strafe (+100 Punkte = maximaler Bonus, -100 Punkte = maximaler Malus). □



Das prozentual höchste Passagierwachstum verzeichnete der Flughafen Memmingen. Bild: Flughafen Memmingen GmbH

Mehr Passagiere an den bayerischen Großflughäfen

Weniger Fracht- und Postaufkommen im ersten Halbjahr 2018

Die bayerischen Flughäfen München, Nürnberg und Memmingen meldeten nach Auswertungen des Statistischen Bundesamtes im ersten Halbjahr 2018 insgesamt 24,3 Millionen Passagiere im gewerblichen Luftverkehr (einschl. Transitverkehr), das sind 3,6 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das Fracht- und Postaufkommen sank um 3,0 Prozent. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, starteten und landeten dabei 222.047 Flugzeuge (+0,7 Prozent) auf diesen drei Hauptverkehrsflughäfen.

An Bayerns größtem Flughafen München stieg im ersten Halbjahr 2018 die Zahl der Fluggäste an Bord um 2,7 Prozent auf rund 21,7 Millionen bei 194.208 Starts und Landungen (+0,2 Prozent). Drei Viertel der Ein- und Aussteiger (78,4 Prozent) kamen aus dem Ausland oder flogen ins Ausland. Das Fracht- und Postaufkommen sank um 3,1 Prozent auf 184.989 Tonnen (einschl. Transitverkehr).

In Nürnberg blieb die Zahl der Starts und Landungen nahezu unverändert zum Vorjahreszeitraum

bei 21.662. Die Passagierzahlen stiegen hingegen um 6,7 Prozent auf rund 2,0 Millionen, wobei 79,3 Prozent der Fluggäste in Nürnberg Auslandspassagiere (Ein- und Aussteiger) waren. Das Fracht- und Postaufkommen stieg um 3,8 Prozent auf 4.189 Tonnen.

Von den rund 679.000 Passagieren in Memmingen (+31,3 Prozent) waren fast alle Auslandsreisende. Memmingen meldete insgesamt 6.177 Starts und Landungen und damit 21,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. □



Jetzt kostenlos informieren: 0800 0 372 372

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN



Ilse Aigner, Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, übergab den Schlüssel an Lokführer Patrick Ischwang von DB Regio und schickte die weiß-blaue Lok als Botschafter für das hundertjährige Jubiläum des Freistaats auf ihre Reise durch Bayern. Im Hintergrund Hilmar Laug (Leiter Betrieb, Service, Pünktlichkeit DB Regio Bayern), Thomas Prechtl (Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft) und Eberhard Rotter, MdL (Verkehrspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion).

„Lokmittel“ für Freistaat-Jubiläum

Lok tourt als Botschafter für das 100jährige Jubiläum des Freistaats durch Bayern

MÜNCHEN. Im Münchner Hauptbahnhof schickte Staatsministerin Ilse Aigner eine Lok als Botschafter für das hundertjährige Jubiläum des Freistaats auf die Reise durch Bayern. Die E-Lok der Baureihe 146 im Bahnland-Bayern-Design trägt den Schriftzug „100 Jahre Freistaat Bayern“. Künftig ist die 7.600 PS starke Lok von DB Regio vor allem auf den Strecken Nürnberg – Regensburg – München und München – Passau unterwegs.

„1918 wurde der Freistaat geboren und mit ihm das moderne Bayern“, sagte Ilse Aigner, Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr. „Ohne die Eisenbahn wäre Bayern, wie wir es heute kennen, kaum vorstellbar. Außerdem hat der Schienenverkehr weiß-blaue Gene. Denken wir nur an die erste Eisenbahn in Deutschland. Sie fuhr 1835 zwischen Nürnberg und Fürth. Auf die enge Verbindung zwischen Freistaat und Eisenbahn macht die Lok aufmerksam. Gleichzeitig ist diese gemeinsame und fruchtbare Geschichte eine Verpflichtung für die Staatsregierung – und ein Ansporn.“

„Der Freistaat schreibt die Erfolgsgeschichte der Eisenbahn fort“, ergänzte Thomas Prechtl,

Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Schienenpersonennahverkehr in Bayern im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert.

BEG im Auftrag des Freistaats

„Nach dem Niedergang der Eisenbahn in den 60er Jahren kam der Umschwung mit der Bahnreform. Seit 1996 liegt die Verantwortung für den Regional- und S-Bahn-Verkehr nicht mehr beim Bund, sondern beim Freistaat. Seitdem hat die BEG das Angebot im Auftrag des Freistaats um 50 Prozent erhöht. Die Fahrgäste honorieren das. Ihre Zahl ist seit 1996 um mehr als 70 Prozent gewachsen.“

Flugtaxi und autonome Autos stehen hoch im Kurs

Eine aktuelle Umfrage im Auftrag der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ zu den Trends der Mobilität zeigt, wie die Deutschen zukünftig unterwegs sein wollen.

Fast jeder zweite Deutsche (41 Prozent) würde gerne schon bald in ein Flugtaxi steigen oder mit einem autonomen Auto fahren. Insbesondere junge Menschen sind offen für Innovationen in der Mobilität. 65 Prozent der 18- bis 29-Jährigen wünschen sich Flugtaxi und unbemannte Drohnen für kurze Strecken und 60 Prozent autonom fahrende Autos. Dies ergab eine aktuelle Umfrage der forsa Politik- und Sozialforschung GmbH im Auftrag der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“.

Anlass ist der Deutsche Mobilitätspreis, den die Initiative gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ausrichtet und sich in diesem Jahr dem Thema Nachhaltigkeit widmet.

Das Auto, noch immer Statussymbol der Deutschen

Sharing-Angebote versus Statussymbol Auto: Rund ein Drittel der Befragten würde auf den Besitz eines eigenen Autos verzichten und stattdessen dafür Sharing-Angebote nutzen. Für 62 Prozent gehört ein eigenes Auto zum Leben dazu. Geht es um den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur wie Straßen, Fahrrad- und Fußwege befürworten dies mehr als drei Viertel der Befragten. Besonders stark wünschen sich die Deutschen den Ausbau für die aktive Mobilität – Fahrradwege (84 Prozent) und Fußwege (81 Prozent).

Bereits mehr als jeder Dritte (71 Prozent) nutzt in Deutschland ein Smartphone zur Wegfindung. Auch bei den älteren

Deutschen ist das Smartphone zur Navigation angekommen. Unter den ab 60-Jährigen sind es 59 Prozent. Auch Fahrkarten werden oft digital gekauft. Unter den 18- bis 29-Jährigen nutzen dies bereits über die Hälfte, unter den Deutschen ab 60 Jahren immerhin 36 Prozent. Obwohl mittels technischem Fortschritt neue Kommunikationswege möglich sind und man inzwischen fast alles liefern lassen kann, fänden lediglich 15 Prozent der Bevölkerung es gut, wenn sich alles von zu Hause erledigen ließe. Die Digitalisierung macht die Deutschen also nicht zu Stubenhockern: Nicht mehr aus dem Haus gehen zu müssen ist für die meisten Deutschen (81 Prozent) keine Option.

Mit dem Deutschen Mobilitätspreis machen die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) digitale Innovationen für eine intelligente Mobilität öffentlich sichtbar. In diesem Jahr widmet sich der Wettbewerb dem Thema Nachhaltigkeit.

In aignerSache:

Brückensicherheit – planen und Flächen schonen

„Ich bin immer noch tief betroffen von dem schrecklichen Autobahnbrücken-Unglück in Genua. Meine Gedanken sind bei den Familien der Opfer“, schreibt die Bayerische Verkehrsministerin Ilse Aigner in ihrem Newsletter „in aignerSache“.

Ein solches Unglück lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die Brücken in Bayern, schreibt die Ministerin. Und damit verbunden ist die Frage: „Wie sicher sind unsere Brücken?“

Um eine solche Katastrophe auszuschließen, werde hierzulande alles Menschensmögliche getan, so Aigner. Zweimal jährlich überprüfe man in Bayern jede Brücke auf Schäden – alle sechs Jahre gibt es eine Art großen „Brücken-TÜV“, eine intensive Hauptuntersuchung. Drei

Jahre später eine weitere Prüfung.

15.000 Brücken

Der Freistaat selbst hat seine Mittel zur Brückenerhaltung von 2012 bis 2017 auf 322 Millionen verdreifacht. In diesem Jahr werden die Mittel noch einmal erhöht und auch in den nächsten Jahren auf hohem Niveau gehalten. Für knapp 15.000 Brücken ist in Bayern die Staatsbauverwaltung zuständig.



Brückensicherheit in Bayern: Mit ihrer historischen Eisenkonstruktion ist die Hackerbrücke ein Stück Baukunst. Sie bindet den Zentralen Omnibusbahnhof an den Bahnverkehr an und ist besonders zum Oktoberfest eine wichtige Station.

Bild: pixabay

bvse fordert gerechten Wettbewerb:

Mautbefreiung muss auch für private Entsorger gelten

Bundesrat will Fahrzeuge, die im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge zur Abfallbeseitigung und -entsorgung eingesetzt werden, von der Mautpflicht freistellen

Mit der Bitte um Klarstellung, dass nicht nur kommunale, sondern auch Fahrzeuge der privaten Recycling- und Entsorgungswirtschaft grundsätzlich von der Mautpflicht befreit werden müssen, hat sich der bvse in dieser Woche erneut an den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, MdB, und an den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, gewandt.

„Wir weisen bereits seit längerem darauf hin, dass durch die Einführung der Maut auf Bundesstraßen in Deutschland grundsätzlich ansässige private Unternehmen belastet werden. Gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen haben vor allem in der Fläche, d. h. in ländlichen Gebieten, ein enges Ent- und Versorgungsnetz über sämtliche Stoffströme hinweg geschaffen. Sie sind daher in hohem Maße, und nicht zuletzt auch mangels funktionsfähiger Alternativen zum Straßenverkehr, auf die Nutzung des Straßenverkehrs angewiesen“, erklärte Rehbock.

Wichtig für das Allgemeinwohl

„Die privaten Entsorger und Recycler nehmen eine für das Allgemeinwohl und die Umwelt wichtige Funktion wahr. Sie schließen Kreisläufe und ebnet damit den Weg in eine nachhaltige Wirtschaft. Durch die Erhebung der Mautgebühren auf Bundesfernstraßen wird die gesamte Ver- und Entsorgung nochmals verteuert“, betonte bvse-Hauptgeschäftsführer Erich Rehbock in seinem Schreiben.

Der Mehrwertsteuervorteil der öffentlichen Hand bedeute bereits eine zusätzliche Mehrbelastung für die kleinen und mittelständischen Entsorgungsbetriebe. Eine Begrenzung der Mautbefreiung ausschließlich auf Fahrzeuge, die im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge genutzt werden, würde zu einer nochmaligen Verschlechterung der Wettbewerbsbedin-

gungen der privaten Entsorgungsunternehmen gegenüber der kommunalen Betriebe führen.

„Es steht zu befürchten, dass dann eine neue Rekommunalisierungswelle auf die privaten Unternehmen zukommen könnte“, warnte Rehbock.

Forderung an die Minister

„Im Sinne des aktiven Umbaus der Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft fordern wir Sie auf, unsere Branche zu unterstützen und eine grundsätzliche Mautbefreiung für die Unternehmen der Recycling- und Entsorgungsbranche, entsprechend der Sonderregelung für den Straßenunterhaltungs- und Straßenbetriebsdienst einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst, zu prüfen“, forderte Rehbock die Bundesminister auf.

Am 05.07.2018 hatte der Bundesrat einen Antrag des Freistaates Sachsen zum Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes angenommen. Hierin wurde die Regierung gebeten zu prüfen, inwieweit Fahrzeuge, die im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge zur Sicherstellung der Abfallbeseitigung und -entsorgung genutzt werden, von der Mautpflicht befreit werden könnten. Die im Rahmen der von den Kommunen drittauftragten Unternehmen, die die Abfallbeseitigung und -entsorgung tatsächlich durchführen, blieben in dem Antrag unerwähnt.

erschienen im europaticker



Unser Bild zeigt (v.l.): Sebastian Strasser (Bauhof, Fahrer des neuen Unimogs), Thomas Bauer, Hans Strasser (beide Bauhof), Josef Wittmann (Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG) und Bürgermeister Thomas Falter bei der Übergabe des neuen Unimogs

Bild: Michael Weiß/VG Wackersdorf

Neuer Unimog für den Bauhof Wackersdorf

Ende Juli hat die Gemeinde Wackersdorf einen neuen Mercedes-Benz Unimog in Dienst gestellt. Der LKW ersetzt ein mittlerweile über 15 Jahre altes Modell. Auch wenn es sich um eines 1:1-Ersatzbeschaffung handelt, unterscheidet sich das neue Fahrzeug durch einige technische Weiterentwicklungen (z.B. Hydrostatischer Fahrantrieb).

Zusammen mit dem Fahrzeug beschaffte die Gemeinde neues Räum- und Streugerät (Schneepflug Schmid Tarron MS 30.1 und Streugerät Gmeiner Yeti mit einem Ladevolumen von 2,7 m³ Salz und 1280l Sole). Generell liegt die große Stärke des Unimogs in seiner Vielseitigkeit, es gibt unzählige auf dem Markt befindliche Anbaugeräte für die unterschiedlichsten Aufgaben und Anforderungen. In Wackersdorf wird der Unimog unter anderem für Winterdienst, Grünpflege und Straßenreinigung zum Einsatz kommen.

Das neue Fahrzeug übergab Josef Wittmann von der Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG im Rahmen eines Pressetermins offiziell an die Gemeinde Wackersdorf und bedankte sich im Zuge dessen für die gute und langjährige Zusammenarbeit. Der Kommune stehe mit der Neuanschaffung ein Arbeitsgerät zur Verfügung, welches modernsten Standards (Euro 6) entspreche und technisch durch exzellente Übersicht bei der Bedienung und durch Flexibilität beim Einsatz überzeuge. Auch Bür-

germeister Thomas Falter zeigte sich erfreut über den neuen LKW, er lege größten Wert auf eine gute Ausstattung des Bauhofs – egal, ob im Sommer- oder Winterbetrieb. Den Mitarbeitern der Einrichtung dankte er für deren Einsatz.

Unimog, neues Räum- und Streugerät haben insgesamt rund 200.000 Euro gekostet. Das Vorgängerfahrzeug wird mit der Neubeschaffung ausgemustert.

Zum neuen Fahrzeug:

- Mercedes Benz Unimog U430 („Universal-Motor-Gerät“)
- Baureihe Geräterträger
- Leistung: 220 kW/ 299 PS
- Erstzulassung: Juni 2018

Der aktuelle Fuhrpark des Wackersdorfer Bauhofs - Übersicht:

- 3 Unimog (Verteilung bei Winterdienst-Betrieb: 1 x Hauptort, 1 x Ortsteile, 1 x Industrie-, Gewerbegebiete)
- 1 LKW, 14t
- Flächenmähergerät, Geräterträger (Holder), Aufsitzmulcher, Piaggio Porter, Mobilbagger, Radlader, Gabelstapler
- 3 verschiedene Lieferwagen (Elektriker, Grünpflege, Wasserversorgung)
- 1 Pickup, 1 SUV



Extreme Waldbrandgefahr

Feuerwehr Kirchzarten bekämpft Brände mit hochgeländegängigem Unimog U 5023

Aufgrund der derzeitigen extremen Temperaturen ist die Gefahr von Waldbränden, aber auch von Flächenbränden von Feldern und Wiesen sehr hoch. Zur Bekämpfung von Waldbränden im Hochschwarzwald verfügt die Freiwillige Feuerwehr Kirchzarten über einen hochgeländegängigen Unimog U 5023. Die hohe Bodenfreiheit von 450 mm meistert hohe Böschungswinkel souverän und ermöglicht die professionelle Bekämpfung von Vegetationsbränden auch in schwierigem Gelände. Kirchzarten hat sich für einen Unimog U 5023 TLF 4000 Tanklöschfahrzeug von Ziegler entschieden. Die Vorteile des hochgeländegängigen und rund 14,5 Tonnen schweren Allrounders überzeugen unter anderem mit einer Feuerlöschkreiselpumpe mit einer Leistung von 3000 l/min. Der 4000 Liter Wassertank mit zusätzlichem 500 Liter Tank für Schaummittel sorgt für einen ausreichenden Löschmittelvorrat, gerade wenn der nächste Hydrant weit entfernt ist. Zum Einsatz kommt der Euro VI Vierzylinder-Motor Typ OM 934 mit einem Hubraum von 5132 cm³, einer Leistung von 170 kW/231 PS und einem Drehmoment von 900 Nm.



Unimog- und MB trac-Treffen von Henne-Nutzfahrzeuge

Anfang September war das Oberland fest in Henne-Hand. Der Generalvertreter für Daimler Nutzfahrzeuge organisierte gemeinsam mit örtlichen Vereinen das erste „Unimog- und MB trac-Treffen“ beim Jägerwirt in Aufhofen/Egling im Münchner Süden. Ca. 2.500 Besucher folgten der Einladung und rund 400 Fahrer brachten sogar ein eigenes passendes Fahrzeug, also einen Unimog oder MB trac, mit. Rainer Partelly, Verkaufsleiter bei Henne, zeigte sich erstaunt, dass gut zwei Drittel der extra angereisten Fahrzeuge MB tracs waren. Die Mercedes-Benz-Traktor-Reihe wird seit 27 Jahren nicht mehr hergestellt.

Für Henne war die Veranstaltung eine gelungene Premiere, die alle Erwartungen mehr als erfüllte. Nachdem 2014 ein Werkstattleiter ein reines MB trac-Treffen am Standort in Kirchheim-Heimstetten organisiert hatte – man wollte zeigen, dass Henne auch für die eingestellte Baureihe Serviceleistungen anbietet –, war die Idee für dieses Veranstaltungsformat geboren. Hintergrund war diesmal, den Unimog, der in den vergangenen Jahren vor allem als Kommunalfahrzeug bekannt war, wieder als Universalmo-

torgerät auch für den Agrareinsatz, die Lohnunternehmer und Dienstleister zu präsentieren. Was den Unimog auszeichnet, sind seine Geschwindigkeit, Geländegängigkeit und die vielseitige Einsetzbarkeit für die unterschiedlichsten Aufgaben. Für die Landwirtschaft ist dies genauso vorteilhaft, wie für den kommunalen Bereich.

Breites Spektrum für den Kommunaleinsatz

Andere Fahrzeuge, für die Henne die Vertretung übernom-

men hat, waren selbstverständlich auch mit vor Ort. So konnten JCB Baumaschinen, Lindner-Traktoren, FUSO Klein-LKW oder auch der elektrisch angetriebene STREETSCOOTER begutachtet werden.

Gleichwohl lag das Hauptaugenmerk auf den größtenteils historischen Fahrzeugen und den dazugehörigen Anbaugeräten. So konnte der geneigte Fan ausprobieren, wie sich „ackerpflügen-anno 1960“ angefühlt haben muss, als man noch per Hand die Pflugschar gedreht hat. Roland Feix, über 90-jähriger Unimog-Pionier, der ehemals bei Böhlinger Unimogs verkauft hat, ließ es sich nicht nehmen und stieg selbst nochmal ein.

Ein weiteres Highlight war ein historisches Sägewerk, schätzungsweise aus dem 19. Jahrhundert, das über einen Riemens von einem Boehringer-Uni-

mog angetrieben wurde und nur mit einigem Aufwand ausgestellt werden kann. Thomas Rieger, Leiter des Henne-Center-Süd, freute sich sichtlich über die großartige Unterstützung der verschiedenen Vereine. Involviert waren der Historische Fahrzeugverein Deining, der Verein historische Fahrzeuge und Geräte Neufahrn, die Oldtimer-Freunde Endlhausen und die Oberbayerischen Unimogfreunde. Als Koordinator fungierte Klaus Bauer aus Ergershausen, seines Zeichens selbst Fan der historischen Fahrzeuge und herausragender Kenner der Szene.

Dank an die Organisatoren

Henne-Geschäftsführer Frank Schlesinger bedankte sich bei allen Beteiligten und den eigenen Mitarbeitern, die viel Herzblut in die Organisation des Treffens steckten: „Um solch ein Großevent durchführen zu können, braucht es sehr viel Begeisterung von allen Seiten. Diese Begeisterung war heute spürbar.“ CH



Organisator Klaus Bauer und Thomas Rieger, Centerleiter Süd bei Henne Nutzfahrzeuge (v. l.) mit einem Unimog 2010 aus dem Jahr 1951. Das Fahrzeug kam erstmals bei der Bayerischen Landesanstalt für Maschinenwesen in Weihenstephan zum Einsatz, wurde dann an einen Landwirt verkauft und ist seit 1978 in Besitz von Alois Eisenmann aus Attenham. Bilder: Paul Carl, Henne-Nutzfahrzeuge / CH



Christoph Bauer hat sich bei Beuthauser zusätzlich für die Kärcher-Fahrzeuge qualifiziert. Bild: Beuthauser

Mercedes-Benz Unimog bei Beuthauser:

Full Service im Kommunalbereich

Neben dem Klassiker unter den Mehrzweckgeräteträgern bietet die Beuthauser-Gruppe ein breites Spektrum an Kommunal- und Nutzfahrzeugen

„Der Mercedes-Benz Unimog ist der erfolgreichste Mehrzweckgeräteträger der Welt. Ob Transporter, Mähfahrzeug, Flur- und Forstpflieger oder Winterdienst – Variabilität und Zuverlässigkeit des Mercedes-Benz Unimog sind sprichwörtlich legendär. Er ist wirklich einer für alles“, versichert Claus Artmayer, Leiter Kommunaltechnik bei Beuthauser im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

Als langjähriger Mercedes-Benz-Partner und Unimog-Generalvertreter bietet Beuthauser eine umfassende Beratung zu allen Themen rund um Kauf, Leasing oder Finanzierung eines Unimog. Darüber hinaus profitieren die Kunden von der großen Auswahl an Anbaugeräten aller führenden Hersteller, einer detaillierten Analyse des individuellen Fahrzeugbedarfs und der professionellen Vor-Ort-Serviceleistungen. „Bei Beuthauser bekommen unsere Kunden genau den Unimog, der ihren Anforderungen entspricht“, so Artmayer voller Stolz.

Neu oder gebraucht

Erweitert wird das Angebot bei Beuthauser durch eine Vielzahl von Fahrzeugen und Geräten aus den Bereichen Kommunaltechnik, Baumaschinen und

geräte sowie Flurförderfahrzeuge. Die regionalen Niederlassungen in Bayern und Thüringen bieten zudem eine große Auswahl gebrauchter Unimogs und Nutzfahrzeuge. Einen ersten Überblick kann man sich im Internet im sog. Gebrauchtschop verschaffen.

Höchste Zuverlässigkeit dank professionellem Vor-Ort-Service

Für alle Unimog- und Nutzfahrzeugkunden gibt Beuthauser ein Serviceversprechen. „Bei uns ist jeder Unimog in besten Händen“, verspricht Klaus Forster, Werkstattmeister am Standort Hagelstadt. Beuthauser Kommunaltechnik bietet ein breites Spektrum an Service-Dienstleistungen, die Nutzfahrzeugflotten das ganze Jahr über mobil halten. Von der Re-

paratur über die Wartung bis hin zu gesetzlichen Prüfungen übernehmen die Experten alle regelmäßigen und unregelmäßigen Arbeiten an Unimog und Co. Höchste Zuverlässigkeit, kurze Laufzeiten und originale Ersatzteile sind dabei genauso selbstverständlich, wie individuelle Sonderlösungen, langfristige Serviceverträge und eine optimale Abstimmung mit den terminlichen Anforderungen der Kunden.

Die Vorteile auf einen Blick:

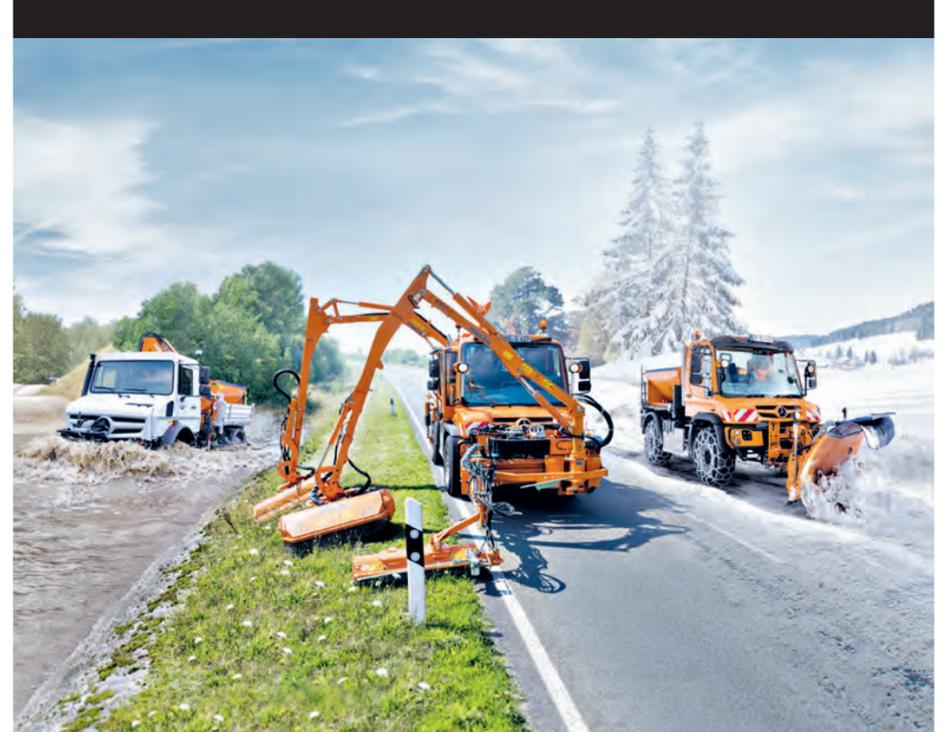
Vor-Ort-Service, modernste Diagnosetechnik, Klimaservice, gesetzliche Hauptuntersuchung, Sicherheitsprüfung nach § 29 der StVZO, Abgasuntersuchung nach § 47 der StVZO, UVV-Prüfung (FEM4.004), Service- und Wartungsverträge, Kundenindividuelle Sonderlösungen, Reparatur und Service aller Fabrikate, 24-Std. Ersatzteilexpressdienst sowie direkte Anbindung an das zentrale ET-Lager der Hersteller.

Mehr Flexibilität und Leistung

Neben Verkauf und Service bietet Beuthauser Kommunaltechnik ein breites Dienstleistungsspektrum, das exakt auf die Ansprüche von Kommunen und Versorgungsbetrieben zugeschnitten ist. Mit Miet- und Finanzierungsoptionen rund um Nutzfahrzeuge und Maschinen sorgt Beuthauser für ein Höchstmaß an Flexibilität und Leistungsbereitschaft – auch bei unvorhergesehenen Bedarfen. Unwitterschäden, kurzfristige Instandhaltungsmaßnahmen oder ähnliche Projekte verlangen nach schnellen, flexiblen Lösungen, die Beuthauser Kommunaltechnik an Ort und Stelle anbieten kann.

Auch bei langfristigen Projekten stehen die Fachleute von Beuthauser ihren kommunalen Kunden ebenso wie den Partnern aus zahlreichen Wirtschaftsbetrieben mit ihrem umfangreichen Fuhr- und Gerätepark zur Seite.

Weitere Informationen: www.beuthauser.de. □



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden knapper. Verlangen Sie deshalb nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen. Der

Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: ob besonders kompakt (U 216 / U 218), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Bayerischer Landschaftspflegeetag in Eichstätt:

Verzahnung von Ökologie und Ökonomie

Das Thema „Landschaftspflegeverbände: Partner des Naturtourismus“ stand im Mittelpunkt des diesjährigen Bayerischen Landschaftspflegeetags in Eichstätt. Veranstalter vom Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) und der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL), stellten Vertreter von Politik und Tourismus die Bedeutung der Landschaftspflege für den Naturtourismus und die Regionalentwicklung als bedeutende Wirtschaftsfaktoren in Bayern dar.

Über 37 Millionen Gäste aus dem In- und Ausland besuchten 2017 den Freistaat. Damit ist Bayern nach wie vor das beliebteste Urlaubsland in Deutschland. Mit 56 % spielt der „Aufenthalt in der Natur“ nach dem Besuch kultureller Sehenswürdigkeiten (57 %) die zweitgrößte Rolle unter den Urlaubsaktivitäten der Deutschen. Auch die eigene Bevölkerung schätzt „Natur und Landschaft“ als höchsten Wohlfühlfaktor in Bayern.

Existenzsicherung für Generationen

Wie Eichstätt Oberbürgermeister Andreas Steppberger betonte, sei Landschaftspflege nicht nur Schutz für Pflanzen und Tiere, sondern zugleich eine Existenzsicherung für Generationen. Insgesamt 61 bayerische Landschaftspflegeverbände hätten die Naturschutzbehörden in hohem Maß entlastet und zu höherer Akzeptanz der Naturschutzziele geführt: Die Luftqualität sei verbessert, Lärm vermindert und Grünstellen vermehrt worden. Dadurch werde auch die touristische Attraktivität erhöht.

Landrat Anton Knapp verwies auf das Naturschutzgroßprojekt „Altmühlleiten“, ein „Flaggschiff“ der Eichstätter Landschaftspflege. Bei diesem Großprojekt arbeiteten Landschaftspflege und Naturschutz zusammen.

Das Überleben zahlreicher seltener und stark gefährdeter Tier- und Pflanzenarten, die sich auf kurze Magerrasen

spezialisiert haben, war durch Verbuschung gefährdet. Abhilfe konnte nur durch Rodungsmaßnahmen und anschließende Beweidung geschaffen werden. Hierzu wurde ein ökonomisch tragfähiges Beweidungssystem für zehn Schafherden aufgebaut. Triebwege wurden angelegt sowie die Wasserversorgung durch zusätzliche Wasserleitungen, Hydranten und mobile Tränkwagen verbessert. Über 50 Landwirte engagierten sich im Rahmen von Landschaftspflegearbeiten, insbesondere bei der Entbuschung der Magerrasen. „Altmühlleiten“ umfasst eine Fläche von mehr als 3.800 Hektar.

Ausgleichs- und Ersatzgelder

Im Landkreis Eichstätt betreut der LPV Ausgleichs- und Ersatzgelder von Projekten wie zum Beispiel Landschaftspflegemaßnahmen im alten Steinbruch oder Felsbeweidung in Koppelhaltung mit Schafen und Ziegen. Darüber hinaus seien für heuer Anträge für die Heckenpflege des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) geplant sowie eine Gebietsbetreuerstelle für die ökologische Beweidung im Landkreis mit dem LPV als Projektträger.

Nach den Ausführungen der neuen Vorsitzenden des Sprecherrates der bayerischen Landschaftspflegeverbände, Tanja Schorer-Dremel, MdL, wurden im Rahmen des Landschaftspflege- und Naturprogramms 2016 und 2017 jeweils Landesmittel in Höhe von ca. 16 Milli-

onen Euro für rund 3.000 Maßnahmen ausgereicht. Zusätzlich stellte die Bayerische Staatsregierung im Rahmen des Doppelhaushalts 2017/2018 Mittel in Höhe von 2,5 Millionen Euro für die Naturpark- und Landschaftspflegeförderung bereit. Für das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm einschließlich des Vertragsnaturschutzprogramms Wald wurden im Jahr 2017 etwa 45 Millionen Euro von Landes- und EU-Mitteln aufgewendet. Im Haushalt 2018 sollen hierfür Mittel in Höhe von etwa 50 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Schnittstelle zwischen allen Beteiligten

Amtschef Christian Barth vom Bayerischen Umweltministerium bezeichnete die Landschaftspflegeverbände als Scharnier zwischen Kommunen, Landnutzern, Naturschutzverbänden und der Naturschutz-

Die Sanierung der Wassertrüding Stadtmauer:

„Verborgene Schätze“

Vom 24. Mai bis 8. September 2019 lädt Wassertrüdingen zur Gartenschau der Heimatschätze ein. Nicht nur in den beiden Geländeteilen Wörnitz- und Klingenweiherpark wird kräftig gebaut – auch die Altstadt bereitet sich intensiv auf die Bayerische Gartenschau vor. Denn von Anfang an war in alle Planungen und Entwürfe die Wegführung durch die Wassertrüdingen Innenstadt vorgesehen. So finden derzeit auch Sanierungsarbeiten an der Stadtmauer statt, die in großen Teilen lange Zeit überbaut war.

Über viele Jahre hinweg blieb die Stadtmauer der Öffentlichkeit weitgehend verborgen, anstehende Gebäude hatten sie zu großen Teilen verstellt. Erst nach dem Abriss dieser trat der historische Schatz wieder vollständig zutage. Die Sanierung der Stadtmauer ist jedoch dringender notwendig. „Die Mauerkrone war total durchfeuchtet und kaputt“, bestätigt auch Wal-

ter Schneider, der für die derzeitige Sanierung zuständige Steinmetz, „es musste alles erst wieder stabilisiert werden.“

Grundlage für erfolgreichen Naturtourismus

„Landschaftspflegeverbände bewahren unsere Heimat!“, unterstrich Josef Göppel, Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege. Seit 30 Jahren unterstützten sie Landwirte bei der naturverträglichen Landnutzung. Damit erhielten sie die weltweit bekannten bayerischen Kulturlandschaften als Grundlage für erfolgreichen Naturtourismus. Mit Blick auf die Bereitstellung einer Verwaltungskostenpauschale durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz meinte Göppel: „Damit wird für die bayerischen Landschaftspflegeverbände auch ein wirksamer Anreiz zur Gründung neuer Verbände geschaffen. Damit kann Bayern als erstes Bundesland zu einer flächendeckenden Ausstattung mit Landschaftspflegeverbänden gelangen.“ DK



Friedhof Gerolzhofen:

Erweiterung der Baumbestattungen

Gerolzhofen. Die sensible Umgestaltung des städtischen Friedhofs in Gerolzhofen geht weiter. Mittlerweile steht eine neue Stele am Friedhof; hier wird bis zum Herbst ein Platz zum Trauern, Erinnern, aber auch Begegnen entstehen. Weitere Vorhaben sind: Die Leichenhalle, die in die Jahre gekommen ist, wird renoviert. Dazu gehört u.a. der Austausch von Fenstern und Türen, technische Maßnahmen, aber insbesondere auch gestalterische. Zudem wird der Bereich für Baumbestattungen erweitert, und es ein Platz für Sternenkinder gestaltet.

Diese Maßnahmen hat der Friedhofs-Arbeitskreis besprochen und beschlossen. Der Arbeitskreis besteht aus den beiden Pfarrer Stefan Mai und Reiner Apel, Bürgermeister Thorsten Wozniak, Gästeführerin Evamaria Bräuer, Museumsleiter Klaus Vogt, Stadtgärtner André Ditterich und Jutta Martinelli von der Friedhofsverwaltung der Verwaltungsgemeinschaft Gerolzhofen.

Foto: Th. Wozniak/Stadt Gerolzhofen

er hier am Einsturz. Die Dusche bleibt der Stadtmauer erhalten – so können sich auch zukünftig Wassertrüdingen und Besucher an diesem kuriosen Baustein erfreuen.

Die Sanierungsarbeiten an der 53m langen Stadtmauer stehen kurz vor ihrem Abschluss. Ihre unterschiedlichen Höhen wird die Stadtmauer Wassertrüdingen auch danach noch vorweisen, denn denkmalhistorisches Ziel war es, die alten Elemente deutlich von den sanierten zu unterscheiden. So werden die unterschiedlichen Höhen nicht etwa angeglichen, sondern in ihrer jeweils bestehenden Form ausgebeibert.

Bis zur Gartenschau kommenden Jahr können die Besucher eine Reminiszenz an die Stadtmauer erleben: Ein Umriss aus feinmaschigem Metallgewebe setzt dann die Mauer fort und macht so ihre ursprüngliche Dimension erlebbar ohne den Blick zu begrenzen. □

Sanierungsaufwand

Der enorme Sanierungsaufwand lohnt sich allemal, immerhin bezeugt die Stadtmauer die jahrhundertealte wechselvolle Geschichte Wassertrüdingens. Vermutlich im 12. Jahrhundert noch aus grob behauenen Steinen errichtet, konnte durch die Entwicklung neuerer Werkzeuge im 13./14. Jahrhundert bereits feineres Gestein eingesetzt werden. Während des 30jährigen Krieges wäre Wassertrüding-



Sanierung der Stadtmauer: Unterschiedliche Höhen werden aus denkmalhistorischen Gesichtspunkten beibehalten. Foto: Corinna Weiß

gen beinahe vollständig vernichtet worden, die Zerstörungen durch Feuer lassen sich durch schwarz-gelbliche Verfärbungen auch an der Stadtmauer erkennen. Darüber hinaus ist die Wassertrüdingen Stadtmauer ein Beleg für die große Handwerkskunst vergangener Jahrhunderte, so Steinmetz Schneider: „Die Mauer ist schon gut gemacht. Es sind Schürfrungen gemacht worden – sie geht noch zwei Meter runter –, aber es gibt überhaupt keinen Spannungsriss.“

Mittlerweile verfügt die Wassertrüdingen Stadtmauer auch über ein „modernes“ Element. Nach dem Abriss eines an die Stadtmauer gebauten Wohnhauses offenbarte sich eine in die Mauer eingelassene Dusche – auch für Steinmetz Schneider ein noch nie gesehenes Highlight. Den ehemaligen Besitzern mangelte es sicherlich nicht an Mut, denn lediglich ein Eisenträger hinderte die Stadtmauer

Lange Nacht der Demokratie

Die „Lange Nacht der Demokratie“ am 15./16. September 2018 von 17:00 bis 1:00 Uhr, ermöglicht Inspiration, Begegnung sowie Reflexion zur Bedeutung von Demokratie. Sie findet an zahlreichen Standorten in Bayern statt, vom Fichtelgebirge bis zu den Alpen. Hier soll in vielfältigsten Formaten über Demokratie geredet, gestritten, philosophiert und gesammelt werden. Musik und Kultur sollen genossen und es soll gelacht und gefeiert werden. Die „Lange Nacht der Demokratie“ ist ein Projekt des Wertebündnis Bayern. Weit über 50 Organisationen, viele davon Wertebündnispartner, setzen am internationalen Tag der Demokratie gemeinsam ein Zeichen für die freiheitliche Demokratie. Informationen unter www.wertebundnis-bayern.de

BGL-Konjunkturumfrage:

Stimmung in der GaLaBau-Branche weiter positiv

BGL-Präsident von Wurmb: Im GaLaBau ist nach wie vor Konjunktur angesagt

Bad Honnef. Die gute Konjunktur im Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau hält auch im Frühjahr 2018 an. Dies geht aus der aktuellen Konjunkturumfrage des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL) hervor. Rund 98 Prozent der befragten Unternehmen schätzen die Aussichten der Branche als positiv ein. Gleiches gilt auch für die aktuelle Auftragslage.

Hier geben über 96 Prozent der GaLaBau-Unternehmen an, dass die Auftragslage besser oder gleichbleibend gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist. BGL-Präsident Lutze von Wurmb sieht die Branche deshalb auch für die nächsten Jahre gut aufgestellt: „Die wirtschaftliche Lage der GaLaBau-Branche bewegt sich erfreulicherweise seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau. Die GaLaBau-Unternehmen agieren in den verschiedenen Geschäftsfeldern erfolgreich im Markt – das zeigt sich auch insbesondere an der hohen Nachfrage nach landschaftsgärtnerischen Dienstleistungen.“

GaLaBau-Unternehmen sind weiterhin gut ausgelastet

Ein Grund für die gute Stimmung innerhalb der Branche ist der hohe Auftragsbestand. So reichen die Aufträge in der Pflege durchschnittlich für eine Vollbeschäftigung für die nächsten 14 Wochen. Im Bereich Neubau sind die Betriebe sogar für die nächsten 16 Wochen im Durchschnitt ausgelastet. „Für

die Betriebe bedeutet das ein hohes Maß an Planungssicherheit – das sich auch in den Einschätzungen zu den Zukunftsaussichten der Branche widerspiegelt“, so von Wurmb. Demnach schätzen 19,21 Prozent die aktuelle Lage mit „sehr gut“ ein. Mit „gut“ bewerten knapp 68 Prozent die gegenwärtige Wirtschaftslage. „Befriedigend“ geben 11,34 Prozent der Befragten an.

Zukunftsaussichten für die nächsten fünf Jahre positiv

Auch für die nächsten fünf Jahre gehen die Betriebe von einer positiven Wirtschaftsentwicklung aus und sehen entsprechend optimistisch in die Zukunft. Rund 66 Prozent der Befragten geben an, dass sie die Aussichten der Branche für die nächsten fünf Jahre mit sehr gut bzw. gut einschätzen. 30 Prozent der Unternehmer schätzen die Zukunftsperspektiven als befriedigend ein. Damit hat sich die Einschätzung der Unternehmer zur wirtschaftlichen Zukunft der Branche mit knapp

über 96 Prozent gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Prozent verbessert.

Preisentwicklung im Garten- und Landschaftsbau zieht an

Im Gegensatz zum Vorjahr zeigt die aktuelle Frühjahrserhebung unter den GaLaBau-Betrieben, dass sich die Preisentwicklung im gesamten Garten- und Landschaftsbau allgemein verbessert. So konnten im öffentlichen Bereich knapp 32 Prozent der Befragten höhere Preise erzielen als im Vorjahreszeitraum. Über 62 Prozent geben an, dass die Preisstruktur auf dem Niveau des Vorjahres geblieben ist. Im Privatgartenbereich konnten knapp 62 Prozent der Betriebe bessere Preise als im Vorjahr erzielen. Rund 37 Prozent der Betriebe geben an, dass das Preisniveau stabil geblieben ist. „Diese Entwicklung freut uns natürlich sehr, zeigt es sich doch, dass unsere Anstrengungen und unsere Überzeugungsarbeit für fachgerecht gepflegte Grünanlagen Früchte tragen und bei den Betrieben sich dies auch wirtschaftlich positiv bemerkbar macht. Das bestärkt uns, die eingeschlagenen Pfade zum Wohl der Branche weiterzugehen“, so BGL-Präsident Lutze von Wurmb.

Andreas Stump

Bamberger Umweltamt berät in der Ukraine

Internationale Hilfe für Klimaschutz und Abfallwirtschaft

Karin Köberlein vom Umweltamt der Stadt Bamberg hat auf Einladung der internationalen Städtevernetzungsplattform „Connective Cities“ ihren Arbeitsplatz für fünf Tage in die Ukraine verlegt. Seit Jahren empfängt die Stadt Bamberg Delegationen aus verschiedenen Ländern, wie etwa Marokko, Ägypten, oder sogar aus Japan die sich zu den Themen Klimaschutz, Stadtplanung und Infrastruktur beraten lassen. Diesmal wollte man den umgekehrten Weg gehen. Die Gemeinde Shirokivska in der Ukraine will ein Konzept zur Abfallsammlung und -trennung, sowie zum Aufbau von Recyclingsystemen entwickeln und möchte sich dabei von deutschen Experten beraten lassen.

Karin Köberlein ist seit 1991 bei der Stadt Bamberg für diesen Bereich zuständig. Begleitet wurde sie von Hans-Martin Kröll, Bereichsleiter Logistik der Entsorgungsbetriebe Wiesbaden. In den fünf Tagen ihres Aufenthalts zeigte sich der kleinen Delegation aus Deutschland ein sehr interessantes und wechselvolles Bild des großen Landes an der Grenze zu Rußland.

Schere zwischen Arm und Reich

Seit der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 und dem darauffolgenden Referendum, bei dem über 90 % der Wähler für die Unabhängigkeit gestimmt hatten, ist die Ukraine ein eigenständiger Staat. Sie hat eine Fläche gut doppelt so groß wie Deutschland, aber mit nur etwa halb so vielen Einwohnern. Neben den bewaldeten Karpaten, die Weltkulturerbe der UNESCO sind, verfügt sie vor allem über Ackerböden bester Qualität. Rund 50 Prozent des angebauten Getreides wird exportiert, Erträge aus der Landwirtschaft sind ein wichtiger Wirtschaftszweig, aber auch Maschinenbau, Schwarzmetallurgie und Chemieindustrie. Dennoch leben viele

Einwohner aufgrund des sehr niedrigen Lohnniveaus und der gestiegenen Lebenshaltungskosten nur knapp am Existenzminimum.

„Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in diesem Land enorm auseinander“, so Karin Köberlein. In den Großstädten Dnjepro (ca. 900.000 Einwohner) und Zaporisha (ca. 700.000 Einwohner) fänden sich neben heruntergekommenen Bauten und Ruinen, prachtvolle Häuser der diversen Baustile und Epochen, wie etwa des Jugendstils, des Barocks, des unübersehbar stalinistisch-monumentalen Betonbaus, aber auch topmoderne Architektur.

Problemfaktor Korruption

Die Probleme, mit der die Ukraine aktuell zu kämpfen hat, erklärt die Abfallexpertin Köberlein so: „Neben der Armut, der Umweltverschmutzung durch Abgase, Abwässer und Abfälle, und dem „Land Grabbing“ genannten Vorgehen, gemeint ist, dass ausländische Investoren und Firmen aus Ländern wie USA, Rußland und der Volksrepublik China, sich bereits auf Jahrzehnte Pacht-

rechte auf mehrere Millionen Hektar Land gesichert haben, ist Korruption ein Faktor, der viele Projekte scheitern lässt.“

Neue Perspektiven

Neue Chancen böten sich laut Köberlein jedoch mit dem Start der Dezentralisierung im April 2014. Städte und sogenannte „amalgamierte Hromadas“, zusammengeschlossene Verwaltungseinheiten mehrerer Dörfer, brächten neue Perspektiven. So habe es der erst dieses Jahr gewählte Bürgermeister von Shirokivska AH, Denis Korotenko, bereits jetzt geschafft, viele Straßenzüge seiner Gemeinde, welche bislang nachts in tiefste Dunkelheit versanken, mit modernster LED-Lampentechnik und Solarzellen auszustatten.

Zwiespältiges Bild

Dennoch zeichnet Köberlein noch ein zwiespältiges Bild eines Landes im Aufbruch: „Die Sanierung der völlig maroden Straßen landesweit wird wohl noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Das Rohrleitungssystem der Wasserver- und entsorgung war in Teilen entweder noch nie vorhanden oder ist Jahrzehnte alt und in einem entsprechend desolaten Zustand. Shirokivska hat keine Kläranlage, entsorgt wird in Gruben, in Flüsse oder direkt ins Land. Die Trinkwasserqualität ist folglich nicht mit unserer zu vergleichen, vielfach verwenden die Bewohner zusätzliche Wasserfilter, überwiegend wird Wasser jedoch in Plastikflaschen eingekauft. Daher besteht ein Großteil des anfallenden Mülls aus PET-Flaschen, welche letztendlich auf den legalen und illegalen Deponien landen. Kein Wunder, dass sich uns das System der Müllentsorgung am dramatischsten zeigte.“

Sinnvolle Lösungen

Genau aus diesem Grund hatte Denis Korotenko „Connective Cities“ um Hilfe gebeten. Gemeinsam mit den Spezialisten und Verantwortlichen vor Ort versuchten die Experten aus Deutschland sinnvolle Lösungen zu entwickeln und sich mit den Leuten auszutauschen. „Wir besichtigten die Ortschaften, illegale Deponien, den Betriebshof und die legale Deponie der Großstadt Zaporisha mit angegliederter Sortieranlage, und

Müller bekräftigt Unterstützung für Reformland Ghana

Zum Abschluss seiner Reise in sieben afrikanische Länder hat Bundesentwicklungsminister Gerd Müller Ghana besucht – ein Land mit großer Reformdynamik und einem starken Wirtschaftswachstum. Gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach Minister Müller mit Präsident Akufo-Addo und Wirtschaftsvertretern zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und der vom Entwicklungsministerium initiierten Reformpartnerschaft mit Ghana.

Minister Müller: „Ghana ist seit vielen Jahren ein Anker für Demokratie und Stabilität in Afrika. Präsident Akufo-Addo sorgt mit seiner Vision ‚Ghana beyond aid‘ für neue Dynamik und legt ein beeindruckendes Reformtempo vor. Das sind auch neue Chancen für Investitionen und Handel.“

Die deutschen Investitionen in Afrika hätten bereits um zehn Prozent zugelegt. Bislang sind in Ghana aber nur etwa achtzig der rund 1.000 in Afrika tätigen Unternehmen aktiv. Müller: „Die deutsche Wirtschaft muss die Chancen in Ghana viel stärker wahrnehmen. Das Handels-

volumen beträgt circa 500 Millionen Euro. Das ist nur ein Zehntel des Handels mit Ländern wie Kroatien oder Kasachstan.“

Chancen wahrnehmen

Um die Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen zu verbessern, habe der Wirtschaftsminister erst vor wenigen Monaten den Eigenbeitrag der Unternehmen für Investitionen mit Hermesabsicherung von zehn auf fünf Prozent gesenkt. Müller: „Das gilt auch für Ghana. Gerade der deutsche Mittelstand muss diese Chancen jetzt nutzen.“

Flächen, auf denen eine Kompost- und Sortieranlage und ein Wertstoffhof errichtet werden könnten“, so Köberlein.

Bürgermeister Korotenko hat das Ziel, seine nahe am Dnjepri gelegene Gemeinde touristisch attraktiv zu machen. Alle illegalen Deponien sollen geschlossen und zurückgebaut oder abgedeckt und rekultiviert werden. Um alternative Entsorgung zu bieten, sollen erstmalig Sammeltonnen in Straßen der Ortschaften aufgestellt werden. „Da es diese bislang überhaupt nicht gab, wird es noch viel Geschick und Überzeugungsarbeit benötigen, die Bevölkerung dafür zu motivieren diese zu benutzen und auch noch Geld dafür zu bezahlen. Das wird nur funktionieren, wenn man den Bewohnern geeignete und attraktive Alternativen bietet, und sie über clevere Methoden zum Mitmachen motiviert“, schöpft Köberlein aus einem reichen Topf an ihrer rund 30-jährigen Erfahrung aus der Abfallwirtschaft.

Völkerverbindender Einsatz

Köberleins Bilanz zu dem Besuch in der Ukraine ist rundweg positiv: „Ich bin beeindruckt, wie sehr die Einwohner der Ukraine bestrebt sind mehr aus ihrem Land zu machen. Ich halte einen solchen Austausch der Länder und Kommunen für unbedingt empfehlenswert. Mit eigenen Augen sieht vieles doch anders aus, als es sich aus der Ferne mit Worten darstellen lässt. Ein solcher Einsatz schafft zudem gegenseitiges Verständnis für Lebensweise- und Bedingungen des Anderen und für sein Verhalten. Schlicht, er ist völkerverbindend.“

Mädchen in Entwicklungsländern:

„weltweit – gleichberechtigt“

Foto-Ausstellung im Rathaus Würzburg dokumentiert Chancen und Herausforderungen

Mädchen sind stark, aber in vielen Ländern nicht gleichberechtigt. Sie sind nach wie vor überdurchschnittlich von Armut, Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Gewalt betroffen – einfach, weil sie weiblich und weil sie jung sind. Zu oft können sie ihr Recht auf Bildung nicht wahrnehmen und sind von wichtigen gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen – das führt zu einem Leben in Armut und Abhängigkeit.

Um dies zu ändern, setzt sich die Kinderhilfsorganisation Plan International besonders für Mädchen ein und für eine Welt, in der die Rechte der Kinder geachtet werden und Mädchen gleichberechtigt sind.

Lokale Plan-Gruppe in Würzburg

Auch in Würzburg engagiert sich eine lokale Plan-Gruppe. Mit einer Ausstellung im Würzburger Rathaus informiert diese über ihre Tätigkeiten und stellt sich und ihre Mitglieder vor.

Ausdrucksstarke Fotografien

Die Ausstellung illustriert das Leben von Mädchen in Entwicklungsländern sowie Plans Arbeit auf Projektebene. Ausdrucksstarke Fotografien zeigen, wie Mädchen und junge Frauen in den Plan-Projektländern leben: mit allen Chancen, aber auch den Herausforderungen – und wie sich ihr Leben durch die Projekte von Plan International verändert.

Erklärende Texte zu den Fotografien liefern Hintergrundin-

formationen zu den portraitierten Mädchen und Frauen sowie zu Plans Arbeitsschwerpunkten vor Ort.

Aktiv in über 70 Ländern

Plan International ist eine weltanschaulich unabhängige Hilfsorganisation, die sich weltweit für die Chancen und Rechte der Kinder engagiert, damit Kinder ein Leben frei von Armut, Gewalt und Unrecht führen können. Plan International besteht seit 80 Jahren und ist in über 70 Ländern aktiv.

Die Ausstellung ist im oberen Rathausfoyer bis 26. September zu sehen, jeweils von Montag bis Donnerstag von 8:00 bis 18:00 Uhr und freitags von 8:00 bis 13:30 Uhr.

Am Tag der offenen Tür im Rathaus Würzburg, Samstag, 15. September 2018, bietet die Würzburger Plan-Gruppe Führungen durch die Ausstellung an und begrüßt gerne Interessierte, die die Arbeit vor Ort unterstützen möchten. Die beiden Führungen werden von 11 bis 11:30 Uhr und von 14 bis 14:30 Uhr angeboten.

Kommunaler Fachaustausch zur Agenda 2030 mit afrikanischen Partnern

Die Bildung von globalen Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung ist eine Kernbotschaft der Agenda 2030. Die Umsetzung der in der Agenda 2030 formulierten 17 globalen Nachhaltigkeitsziele gilt als Gemeinschaftsaufgabe. Alle Kommunen im Globalen Norden und Süden sind gleichermaßen angesprochen, einen Beitrag zu leisten – sowohl vor Ort in ihrer eigenen Kommune als auch in kommunalen Partnerschaften. Der kommunale Fachaustausch mit Partnerinnen und Partnern aus afrikanischen Ländern steht im Fokus eines neuen Projektes, das die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchführt.

Mit der im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030 gewinnt das Engagement der Kommunen in der Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik weiter an Bedeutung.

Die Übersetzung der Agenda 2030 in konkrete Aktivitäten auf der lokalen Ebene wird international auch als „Lokalisierung der Agenda 2030“ bezeichnet und beinhaltet folgende Schritte: Sensibilisierung und Bekanntmachung, Analyse und Bestandsaufnahme, Strategieentwicklung und Planung, Umsetzung und Monitoring.

Kommunen in afrikanischen Partnerländern verfügen über weitreichende Erfahrungen zur lokalen Umsetzung von globalen Vereinbarungen. Sie haben in der Vergangenheit ihre Beiträge zur Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) geleistet und ihre lokalen Entwicklungsstrategien und Projekte in diesen Kontext eingeordnet. Deutsche Kommunen bringen wertvolle Erfahrungen im Bereich Nachhaltigkeit u.a. aus den Prozessen zur Lokalen Agenda 21 mit.

Deutsche Kommunen, die bereits kommunale Partnerschaften mit afrikanischen Kommunen pflegen oder sich in der Umsetzung der Agenda 2030 engagie-

ren, sind aufgerufen, sich an unserem neuen Projekt zu beteiligen. Info: SKEW, Teresa Fellinger, Tel.: 0228/20717-665, teresa.fellinger@engagement-global.de

KOMPETENZEN VERBINDEN FÜR DIE EINE WELT

Akteure von Migration und Entwicklung vernetzen

Kommunale Entwicklungspolitik profitiert von den Erfahrungen und Perspektiven von Migrantinnen und Migranten, die ihr Wissen und ihre Netzwerke in das gemeinsame Engagement einbringen. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vernetzt und berät kommunale Akteure im Handlungsfeld Migration und Entwicklung.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

mit ihrer **ENGAGEMENT GLOBAL** Service für Entwicklungsinitiativen

Im Auftrag des **SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Norbert Dünkel (l.) und Cornelia Trinkl (4.v.l.) mit ihrem Team anlässlich der Jahreshauptversammlung der KPV im Nürnberger Land. Bild: Fotografi/Agentur

MdL Norbert Dünkel bei der Jahreshauptversammlung der KPV Nürnberger Land:

Kommunalfreundliche Politik der Staatsregierung unterstützen!

Bei der turnusgemäßen Jahreshauptversammlung der Kommunalpolitische Vereinigung der CSU (KPV) informierte der CSU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Norbert Dünkel über die kommunalpolitischen Initiativen der Staatsregierung. Die KPV ist mit knapp 230 Mitgliedern allein im Nürnberger Land das Netzwerk der CSU für alle Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte sowie Bürgermeister im Landkreis.

In ihrem Jahresbericht ging KPV-Kreisvorsitzende und stellvertretende Landrätin Cornelia Trinkl auf die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft im Jahr 2017 ein. Neben zahlreichen Vorstandssitzungen lag der Fokus auf dem Austausch innerhalb der kommunalen Gremien. So fand z. B. neben dem kulturellen Highlight mit dem Besuch des Neunkirchener Krippenwegs ein Besuch der Senioren-

residenz in Hohenstadt statt, wo neue Wohnformen für Senioren besichtigt werden konnten. Viel mitnehmen konnten die Mitglieder auch bei den Dialogen mit der Wirtschaft, u.a. dem Besuch der Firma DAUPHIN in Ofenhäusern. Gemeinsam mit den Bezirksverbänden Mittelfranken und Nürnberg-Fürth-Schwabach fanden zudem erstmals drei Termine zu kommunalpolitischen Themen in der Metro-

polregion statt. So konnten mit dem Entbürokratisierungsbeauftragten der Staatsregierung, MdL Walter Nussel, Strategien zur Verwaltungsentlastung und mit dem Leiter des Einwohneramts der Stadt Nürnberg, Olaf Kuch, Fragen zum Themenkomplex „Asyl und Migration“ erörtert werden.

Vorbereitungen für die Kommunalwahl

„Bereits jetzt sind die Planungen für die Kommunalwahl in vollem Gange und die KPV-Nürnberger Land setzt weiter auf eine gute Begleitung unserer Kandidatinnen und Kandi-

daten“, so die Kreisvorsitzende. Zum Schluss ihres Berichtes bedankte sich Cornelia Trinkl bei der Kreisvorstandschaft, den Mandatsträgern und den Mitarbeitern der CSU-Kreisgeschäftsstelle für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Danach folgte der Kassenbericht und die einstimmige Entlastung des Kassiers und der Vorstandschaft.

Nürnberger Land weiter stärken

Norbert Dünkel, als Landtagsabgeordneter Mitglied im Ausschuss für kommunale Fragen und stellvertretender Vorsitzender des CSU AK kommunale Fragen, innere Sicherheit und Sport, ist seit 1990 bis heute ehrenamtlicher Stadt- und Kreisrat und kennt somit die Anliegen der Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke genau. Aus diesem Grund ist ihm die Sicherung der Lebensqualität im Nürnberger Land ein besonderes Anliegen. „In dieser Legislaturperiode konnten wir die Fördermittel für den ländlichen Raum bereits erheblich erhöhen. Die Kommunen und auch der Landkreis selbst konnten so mit über 189 Millionen Euro unterstützt werden. Dadurch ist die finanzielle Situation der meisten Kommunen im Landkreis heute deutlich besser als noch vor fünf Jahren“, so der Abgeordnete.

Nun komme es darauf an, die Kommunen weiter zu fördern. Um dies zu erreichen benannte Norbert Dünkel klare Ziele: neben einer weiteren Steigerung der Finanzzuweisungen des Freistaats an die Gemeinden und einer Stärkung der kommunalen Eigenständigkeit sprach er auch über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, bei der eine Gegenfinanzierung sichergestellt sein muss.

Landrat Meyer fordert:

Fortführung der „GesundheitsregionPlus“

Der Landkreis Passau wurde als erste Region in Niederbayern als Gesundheitsregion ausgewählt und man beteiligte sich am Modellprojekt des Freistaates Bayern. Seit 2015 ist der Landkreis Passau auch GesundheitsregionPlus. Wieder hat unser Landrat, so Landrat Franz Meyer, einer der ersten in Bayern das Projekt erfolgreich etabliert. Die Laufzeit ist bislang jedoch bis Dezember 2019 befristet.

Deshalb ergriff Landrat Franz Meyer nun die Initiative und fordert in einem Schreiben an die bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml die Fortführung des Projektes über 2019 hinaus. Für den Landkreis Passau wäre es überaus bedauerlich, wenn das Engagement der örtlichen Akteure nicht mehr durch die GesundheitsregionPlus vom Freistaat Bayern unterstützt und die aufgebauten Initiativen somit nicht mehr weiter gefördert werden könnten, schrieb Meyer an Huml.

Es ist im dringenden Interesse unseres Landkreises, die Geschäftsstelle zu erhalten und mit finanzieller Unterstützung des Freistaates Bayern weiterhin erfolgreiche Projekte und Maßnahmen entwickeln und umsetzen zu können. Weiter schreibt der Landrat: „Um Planungssicherheit zu erhalten, würde ich es sehr begrüßen, wenn deutlich vor Ablauf des Projektes Klarheit über die weiteren Pläne der Bayerischen Staatsregierung bekannt wären.“

Landrat Franz Meyer schildert der Staatsministerin die erfolgreiche Arbeit der GesundheitsregionPlus Passauer Land und erwartet, dass der Bayerische Landtag die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Fortführung dieses erfolgreichen Konzeptes für Bayern befürwortet und die entsprechenden Finanzmittel für das Bayerische Staatsministerium für Gesund-



Die Landräte Siegfried Walch und Franz Meyer trafen sich

Passau. Ähnliche Größe, nahezu gleich viele Einwohner, eine fast identische Struktur: Schon auf den ersten Blick zeigen sich die Gemeinsamkeiten zwischen den Landkreisen Passau und Traunstein. Diese Vergleichbarkeit ist auch der Grund dafür, dass sich der Passauer Landrat Franz Meyer (links) und sein Traunsteiner Kollege Siegfried Walch immer wieder zu Arbeitsgesprächen treffen, zuletzt im Passauer Landratsamt. Verschiedene Themen standen dabei auf der Tagesordnung, unter anderem der kommunale Finanzausgleich. Auch die Herausforderungen der Integration von Flüchtlingen sind für die beiden Landräte von Grenz-Landkreisen zu Österreich ein wichtiges Thema. Der Austausch zwischen „Oberbayern und Niederbayern ist mir wichtig“, betonte Landrat Franz Meyer auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern im Landkreistag. □

Weiter lobte Dünkel auch die Schlüsselzuweisungen, welche mit knapp 20 Millionen Euro an die kreisangehörigen Kommunen und mit über 24 Millionen Euro direkt an den Landkreis fließen. „Es zeigt sich erneut, dass kein anderes Bundesland so gut wirtschaftet wie Bayern. Ich freue mich besonders darüber, dass der Freistaat dabei die Kommunen nicht vergisst und uns finanziell so gut unterstützt. Vor allem Gemeinden mit einer

schwachen Steuerkraft können ihre allgemeinen Verwaltungshaushalte damit nachhaltig stärken.“ □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Trotz Regen Super-Fest mit Super-Messe

Über 400.000 Besucher kamen zum Karpfhamer Fest und in die Rottal-Schau

Karpfham ist „das“ Traditionsfest und die Rottal-Schau „die“ Landtechnikscha im bayerisch-österreichischen Raum. Da kann das Wetter sein, wie es will, wer nach Karpfham will, der fährt nach Karpfham. Es stimmt immer wieder: Karpfham ist bei jedem Wetter Kult!

Die Besucher strömten von diesseits und jenseits der bayerisch-österreichischen Grenze auf das riesige Fest- und Ausstellungsgelände. Die noch größere Rottal-Schau – mit über 600 Ausstellern – war fast ein Muss für Landwirte. Fachbesucher kamen aus ganz Deutschland, Österreich, auch aus Tschechien und Ungarn, sogar aus der Schweiz und Italien. Die Besucher, konnten sich auf der riesigen jährlichen Landtechnik-Ausstellung Süddeutschlands und der Fachschau Energie – Umwelt – Bauen über Neuheiten und Bewährtes informieren. Die Verbraucher- und Gewerbeschau hatte nur volle Hallen. Täglich brachten bis zu 250 Busse, tausende Autos sowie Sonderzüge der Rottalbahn zigtausende Besucher zum Fest- und Ausstellungspark. Aussteller, Schausteller, Essstände und Festwirte hatten wieder alle Hände voll zu tun, alle zufrieden zu stellen.

„So einen Andrang wie heu-

er haben wir noch nie erlebt,“ schwärmt Festvereins-Vorstand und Festwirt der Holzhamer Hütte Sebastian Winbeck. „Denn unser Fest ist wirklich das größte, beliebteste und älteste Fest der Bayern und der österreichischen Nachbarn. Einzigartig mit Jahrhunderte alten Wurzeln – eben: ‚Oans wia koans.‘ Auch die obligatorische Besucherzahl von über 400.000 wurde mit Sicherheit erreicht.“

Internationales Flair

„Die große Landtechnikausstellung der Rottal-Schau wird immer mehr zur Neuheiten-Schau, wo Hersteller Produktpremiere feiern“, freute sich Platzmeister Manfred Freudenstein. „Manche Hersteller haben sogar ihre internationalen Händler zu ihrer Präsentation nach Karpfham eingeladen. Das riesige Angebot bietet beste Informationsmöglichkeiten. Karpfham baut innerhalb Deutschlands seine führende Stellung

als jährliche Landtechnikscha aus. Mit der Fachschau Energie-Umwelt-Bauen und der Gewerbe- und Verbraucherschau haben wir über 600 Aussteller.“

Auch Gottfried Kopplstätter, Geschäftsführer des veranstaltenden Festvereins ist voll auf zufrieden: „Unsere Maßnahmen für noch mehr Besuchersicherheit wie Straßenüberbrückung und mehr Sicherheitspersonal sind von den Besuchern stark angenommen worden und haben voll zur Beruhigung auf und um den Fest- und Ausstellungsplatz beigetragen.“

„Damit wir auch weiterhin ‚Oans wia koans‘ bleiben, investieren wir alle Jahre in die Infrastruktur – Parkplätze, Ausstellungsstraßen, Beleuchtung, Sicherheit, Toiletten,“ erklärt Finanzchef Josef Kreileder, „denn wir wollen anderen Festbetreibern immer eine Nasenlänge voraus sein. Nur so können wir unserem Slogan auch gerecht werden.“

Exakte Analyse

Vorstandsmitglied Jürgen Pentlechner fügt an: „Nach dem Fest wird eine genaue Analyse aller Details des vergangenen Festes gemacht, alle Rückmeldungen von Besuchern, Ausstellern, Schaustellern, Wirten, Polizei und Medien werden beachtet und in die Besprechungen und neuen Planungen einbezogen. Wir lernen mit jedem Fest etwas Neues dazu und reagieren auch darauf.“

Die traditionelle Bauernkundgebung des VLF Rottalmünster, heuer mit der Bayerischen Staatsministerin Michaela Kaniber, füllte die Holzhamer Hütte.

Erfreulich war wieder, dass die Sicherheitsmaßnahmen durch vermehrte Polizeipräsenz allgemein von den Besuchern sehr positiv aufgenommen wurden.“ Werner Vierlinger



Blick vom Riesenrad zur Fachschau Energie-Umwelt-Bauen, dahinter Turnierplatz Bild: Vierlinger



Landkreis Regensburg:

33. Tennisturnier der Kommunalpolitiker

Bereits zum 33. Mal fand das traditionelle Tennisturnier für ehemalige und aktive Kommunalpolitiker des Landkreises Regensburg statt. Austragungsort war wie in den Vorjahren die Tennisanlage in Köfering. Die Turnierleitung lag in den bewährten Händen des ehemaligen Kreisrats Harald Bauer, Mitveranstalter war erneut die Sparkasse Regensburg. Stellvertretender Landrat Willi Hogger nahm die offizielle Begrüßung der insgesamt 28 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der verschiedenen politischen Gremien vor. Aufgrund der Witterung konnten nicht alle Matches bis zum Ende ausgetragen werden. So gab es erstmals keine Punktwertung und auch keine offizielle Siegerehrung. Im Vordergrund stand der Spaß am Spielen.

Turnierleiter Harald Bauer dankte den freiwilligen Helfern, Gerald Märkl, Marion Märkl und Eva Bauer sowie den zahlreichen Ehrenamtlichen des SSV Köfering, die für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung und für die Bewirtung sorgten.

Unser Bild zeigt die Teilnehmer mit Organisator Harald Bauer.

Bild: Wenzel Neumann

Zum 65. Geburtstag von Alt-OB Dr. Siegfried Balleis:

Glücksfall für Erlangen

Am 4. August feierte Dr. Siegfried Balleis, Alt-Oberbürgermeister und Ehrenbürger der Stadt Erlangen, seinen 65. Geburtstag. Zahlreiche Glückwünsche erreichten den Jubilar beim Empfang der Stadt und der Erlanger CSU: 300 Gäste, darunter Bayerns ehemaliger Ministerpräsident Günther Beckstein, Innenminister Joachim Herrmann und Oberbürgermeister Florian Janik machten ihm ihre Aufwartung.

Nach Zivildienst, Studium und Assistenzzeit am Lehrstuhl für Politik und Kommunikationswissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität kam der gebürtige Nürnberger Siegfried Balleis als promovierter Diplom-Kaufmann 1984 zur Siemens AG. 1988 wurde er in Erlangen berufsmäßiger Stadtrat für Wirtschaft und Liegenschaften. 1996 gewann er für die CSU die OB-Wahl. 2002 und 2008 wurde er wiedergewählt.

die Begründung der Städtepartnerschaften mit Besiktas



Dr. Siegfried Balleis.

(Türkei, 2003) und Riverside (USA, 2013).

Laut Innenminister Joachim Herrmann prägte der Jubilar die Entwicklung Erlangens in ganz entscheidendem Maße. Balleis sei ein „Glücksfall für Erlangen“ gewesen und habe die Stadt mit Ideenreichtum, Tatkraft und Elan vorangebracht. Dazu zählten u.a. unterschiedlichste Initiativen im Bereich der Familien- und Bildungspolitik sowie erfolgreich eingeleitete Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts.

Siegfried Balleis hat sich Herrmann zufolge aber auch über die Grenzen der Stadt Erlangen hinaus als Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetags, als Vorstandsmitglied im Bayerischen Städtetag und als Ratsvorsitzender der europäischen Metropolregion Nürnberg intensiv für die kommunalen Interessen engagiert. Herrmann: „Zu Recht hat Dir die Stadt Erlangen die Ehrenbürgerwürde verliehen. Sie zeugt von der hohen Wertschätzung Deines Wirkens für die Universitäts- und Medizinstadt.“ Zudem wurde der Jubilar 2011 mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet.

Aktiv im (Un-)Ruhestand

Auch nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Kommunalpolitik sei Balleis nach wie vor mit außerordentlichem persönlichem Einsatz in einer Vielzahl von Vereinen und Verbänden aktiv, betonte der Minister. Zudem wurde er zum Beauftragten der Bundesregierung für das „Sofortprogramm Saubere Luft“ berufen, ist mittlerweile Aufsichtsrat bei zwei mittelständischen Unternehmen und erhielt einen Lehrauftrag an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Darüber hinaus hat sich der Jubilar auf Bitten des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, bereit erklärt, ihn bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Kommunen zu unterstützen.

Folgerichtig bat Siegfried Balleis bei seinem Geburtstagsempfang alle Gratulanten um eine Spende für das Projekt „Jesusit Worldwide Learning“, das jungen Flüchtlingen und Menschen in Krisengebieten digitale Studien ermöglichen soll. Damit können diese in ihren Heimatländern langfristige Veränderungen herbeiführen. **DK**



Landkreis Passau:

Ehrenteller für den Bundespräsidenten

Auf seiner Reise durch Niederbayern besuchte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auch den Landkreis Passau. Bei seinem Aufenthalt in der Öko-Akademie Versuchs- und Lehranstalt Kringell überreichte Landrat Franz Meyer dem Bundespräsidenten den großen Ehrenteller des Landkreises Passau mit dem Wappen des Landkreises und den Wappen aller 38 Gemeinden.

Franz Meyer dankte dem Bundespräsidenten für seine Initiative, durch seine Besuche den ländlichen Raum zu stärken und sich vor Ort zu informieren. Steinmeier würdigte das Engagement der Kommunen in den ländlichen Regionen und vor allem das Bemühen, Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen.

Unser Bild zeigt Landrat Franz Meyer (2.v.r.) bei der Übergabe des Ehrentellers an Bundespräsident Steinmeier im Beisein des 1. Bürgermeisters des Marktes Huthurm Hermann Baumann (rechts) und (v.l.) dem Leiter der Öko-Akademie Kringell Hans Blöching und Verkehrsstaatssekretär Josef Zellmeier. **DK**

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Bayern zieht einfach.“ Nein, mein Chef, der Bürgermeister, wurde nicht für eine Imagekampagne engagiert.

Er kommentierte nur eine kleine Begegnung, die ich vor ein paar Tagen am Marktplatz hatte. Da traf ich eine Gruppe von Damen und Herren in mittlerem Alter, die gerade eine Stadtführung absolvierten. Auffällig: Alle waren in Tracht. Die Damen im Dirndl, die Herren in kurzen Ledernen, was bei einigen, die nicht mehr ganz so stramme Waden vorzuweisen haben, nicht als die glücklichste Wahl gelten konnte. Überhaupt sah man, dass hier nicht Mitglieder eines Trachtenerhaltungsvereins die Schönheiten unseres Städtchens genossen, sondern – wenngleich nicht billige – Konfektionsware umhergetragen wurde, die in

Hausbesitzer es schon aufgeben, ihre Häuser zu streichen, weil die Haste-nich-jesehen wieder verschmiert werden.“

Ich habe mich über diese warme Würdigung meiner Heimat schon sehr gefreut. Schließlich ist Bayern-Bashing bei einigen überregionalen Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehmagazinen ja schwer angesagt. „Ach was, Neid der Ahnungslosen“, schallt es mir entgegen. Außerdem: Jetzt gäbe es ja schon Lob für die bayerische Bildungspolitik in der „heute-show“ und die schwachen Leistungen der Schulen in den Nordländern seien ein trauriges Top-Thema in der politischen Diskussion nördlich des Weißwurst-Äquators.

Dann fiel mir ein, dass es um den Ruf Bayerns tatsächlich nicht so schlecht bestellt sein kann, ist doch die Binnenwanderung in unser Land aus anderen Teilen Deutschlands ungeboren und gehören weite Teile des Freistaats zu den wenigen Regionen mit Bevölkerungswachstum. Ob vielleicht auch meine neuen Bekannten...? Aber die hatten vorher in das Schaufenster eines Immobilienmaklers geschaut. „Hömma (=Ausdruck des Erheischens von Aufmerksamkeit), wer kann sich denn die Mieten und Kaufpreise noch leisten?“ Also doch ein kleiner Makel auf Bayerns Weste? Naja, aber vor allem wären da noch die Familie, die gut eingeführte Praxis, die Freunde, die von einem Umzug abhalten.

Bayern ist also schon so etwas wie das gelobte Land für viele in Deutschland. Aber letztendlich geht es den meisten bei aller Bewunderung für uns doch so, wie uns auch: Man bleibt der Heimat verbunden.

Mein Chef, der Bürgermeister, fühlt sich von der Geschichte genauso geschmeichelt wie ich. Denn schließlich ist das liebens- und lebenswerte Bayern eine Gemeinschaftsleistung, an der auch die Kommunalpolitik ihren Anteil hat. So soll es auch bleiben, ganz im Sinne des Satzes von Charlotte Knobloch: „Nur derjenige, der sich des Wertes seiner Heimat bewusst ist, nur wer sein Land liebt, wird sich für dessen Existenz und Fortentwicklung engagieren.“

Ihre Sabina

Vom Wert der Heimat

Schnitt und Farbgebung eher auf den urbanen Geschmack zielt. Die so gar nicht einheimisch klingenden Stimmen bei der Kommentierung der architektonischen Details der Rathausfassade machten mich neugierig: Die Herrschaften stammten aus dem westlichen Westfalen und gehörten einem Kegelclub an, der seine jährliche Ausflugsfahrt wieder mal „ins schöne Bayernland“ machte. Die Tracht hatten sie sich anlässlich eines Volksfestbesuches vor einem Jahr gekauft. Denn auf ein bayerisches Volksfest nicht in Tracht zu gehen, „dat geht ja gar nich“, wie mir einer der Wortführer mit erster Miene versicherte.

Nachdem ich mich anerkennend über so viel Identifikation mit dem Gastland geäußert habe, ging es erst richtig los. In Bayern sei so ziemlich alles besser als bei ihnen zu Hause: Die Wirtschaft brumme ungebremst, die neuen Technologien seien im Süden zuhause, während man sich in NRW um die Braunkohle kloppe. Die Flüsse wären sauberer, die Luft reiner, die Natur vielfältiger. Und dann die Sicherheit: In Bayern gäbe es keine Viertel, in die man sich als unbescholtener Mensch nicht mehr trauen könne, anders als in Duisburg, Dortmund oder anderen Städten mit über die Jahre ausgedünnter Polizeipräsenz. „Und gucken Sie sich doch in Ihrer Stadt um, kein einziges Graffiti, nirgends. In Berlin haben manche

1100 Jahre Markt Mörsheim:

Gaukler und Landsknechte

Im Jahr 918 wurde in einer Urkunde zum ersten Mal der Ortsname Mörsheim genannt. Deshalb steht die Marktgemeinde im Altmühltal heuer ganz im Zeichen der 1100-Jahr-Feier. Höhepunkt war dabei das Festwochenende Anfang August.

Ein Historischer Markt mit Handwerkerständen lud zur bunten Zeitreise ein, für Unterhaltung sorgten unter anderem die Gaukler „Spectaculum de diabolico“, die Spielleute von Terzium Laszivus, die Musiker von „Oysa Gspuy“, das Landsknechtlager und der Steinbruchstand. Zudem wurde die historische Posse vom „Stieglitz und Herrn Hadubrand“ aufgeführt. Sie erzählt, wie sich die Mörsheimer beim Versuch, einen entflohenen Vogel durch das Schließen der Markttore aufzuhalten, ihren Spitznamen „Stieglitzfänger“ verdienten.

Sehenswerte Ausstellung

Zu sehen war auch eine Ausstellung im historischen Quartier West zum Thema „Geschichtungen – Positionen zu Stein. Haus. Kunst“ von Anette Koch, Konrad Risch, Elizabeth Steinhauser, Andrea Viebach und Norbert Zagel. Die Künstlerinnen und Künstler kommen aus den verschiedensten Regionen Bayerns und setzen sich mit dem spannenden Thema des Landschafts- und Kulturwandels am Beispiel Mörsheims im ehemaligen Gasthof

Steff auseinander. Die Ausstellung ist bis 30. September geöffnet.

Kinderbelustigung mit Armbrustschießen, eine Märchen-erzählerin sowie Malen, Krän-

1. Bürgermeister Richard Mittl. **DK**

ze flechten, Holzwerkstatt und Streichelzoo standen ebenfalls auf dem Programm. Bei den kulinarischen Genüssen stand das eigens eingebrachte, dunkle Festbrot im Mittelpunkt.

Lob vom Kultusminister

Stilrecht begrüßte der historisch gewandete 1. Bürgermeis-

ter Richard Mittl die Gäste auf dem Kastnerplatz. Sein besonderer Gruß galt Kultusminister Bernd Sibler, der die Schirmherrschaft für dieses Fest übernommen hatte. „Es ist großartig, was die Mörsheimer auf die Beine gestellt haben“, lobte dieser das Engagement der Gemeinde und seiner engagierten Bürger. Aus seiner Sicht ist es nicht nur wichtig, sondern auch spannend, sich seiner Geschichte zu erinnern, sie zu leben und sich seiner Wurzeln bewusst zu werden.

Geschichte leben

Beim Durchdenken der eigenen Geschichte werde einem bewusst, wie schnell die Gegenwart Vergangenheit ist. Die Vorbereitung und Durchführung eines Festes wie jenem in Mörsheim schaffe viel Verbundenheit in der Gemeinde. „Das bayerische Herz schlägt im ländlichen Raum am lautesten“, urteilte der Minister.

Breit gefächertes Programm

Das Jubiläumsprogramm in der oberbayerischen Marktgemeinde ging auch nach dem Festwochenende weiter: Das ganze Jahr über stehen immer wieder Ausstellungen, Vorträge und geführte Wanderungen an, die sich mit der 1100-jährigen Geschichte des Ortes beschäftigen. **DK**

Ambulant und stationär aus einer Hand

Bezirk Oberbayern übernimmt Leistungen der ambulanten Hilfe zur Pflege vom Landkreis München

Wenn eigenes Einkommen und Vermögen nicht ausreichen, um die Pflege in den eigenen vier Wänden zu finanzieren, springt die Sozialhilfe ein. Am 1. September ging die Zuständigkeit für die ambulante Hilfe zur Pflege sowie für alle stationären Hilfen unterhalb Pflegegrad 2 vom Landkreis München auf den Bezirk Oberbayern über. Die Änderung betrifft 98 Bürgerinnen und Bürger. Für die Stadt München erfolgt der Wechsel der Zuständigkeit erst zum 1. Januar 2019 und betrifft 3.250 ambulant pflegebedürftige Menschen.

„Wir haben uns gut vorbereitet, um für die betroffenen Menschen den reibungslosen Übergang ihrer Leistungen sicherzustellen“, sagte Bezirkspräsident Josef Mederer. „Die Zusammenarbeit mit dem Landratsamt ist bestens; die Übergabe der Akten hat gut geklappt. Seit 1. September bekommen 98 ambulant und stationär pflegebedürftige ihre Leistungen neu vom Bezirk Oberbayern. Damit sind jetzt alle ambulanten und stationären Hilfen beim Bezirk. Die Bescheide versenden wir gerade.“

Die Leistungen der ambulanten Hilfe zur Pflege für Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt München gehen erst zum 1. Januar 2019 auf den Bezirk Oberbayern über. Dieser Wechsel betrifft rund 3.250 ambulant pflegebedürftige Menschen. Mederer: „Auch auf den Übergang dieser großen Zahl von Hilfefällen sind wir gut vorbereitet.“

Die Leistungen der ambulanten Hilfe zur Pflege für Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt München gehen erst zum 1. Januar 2019 auf den Bezirk Oberbayern über. Dieser Wechsel betrifft rund 3.250 ambulant pflegebedürftige Menschen. Mederer: „Auch auf den Übergang dieser großen Zahl von Hilfefällen sind wir gut vorbereitet.“

„Die Kolleginnen und Kollegen im Landratsamt haben alles dafür getan, den Übergang der Aufgaben auf den Bezirk für die Bürgerinnen und Bürger so gut und einfach wie möglich zu gestalten und aufkommende Fragen schon im Vorhinein zu klären. Selbstverständlich stehen die vertrauten Sachbearbeiter des Landratsamts den Betroffenen auch noch für die Zeit des Übergangs zur Klärung individueller Fragen zur Verfügung. Gemeinsam mit den Kollegen vom Bezirk ist es unser Anspruch, mögliche Verunsicherungen gar nicht erst aufkommen zu lassen“, sagte Landrat Christoph Göbel.

Der Wechsel der Zuständigkeit ergibt sich aus dem Bayerischen Teilhabegesetz I. Es legt die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege bei den bayerischen Bezirken in eine Hand. „Ambulant und stationär aus einer Hand war der Wunsch der Betroffenenverbände und des Landkreis- und Städtetages“, erklärte Mederer.

Mit der ambulanten Pflege ziehen auch die sogenannten Annexleistungen wie beispielsweise die Grundsicherung so-

wie die Hilfen zur Weiterführung des Haushalts, die Hilfen in sonstigen Lebenslagen und der sogenannte Rüstigen-Bereich unterhalb Pflegegrad 2 zum Bezirk Oberbayern um. Seit 1. September 2018 übernimmt der überörtliche Sozialhilfeträger die Sachbearbeitung und die Kosten. Zur ambulanten Pflege zählt auch, wenn Betroffene in eine Wohngemeinschaft der Pflege umziehen.

Daran, wer die Hilfe vor Ort konkret erbringt, also am einzelnen ambulanten Pflegedienst, ändert sich nichts.

Bestandsschutz und wohnortnahe Beratung

Der Bezirk Oberbayern gewährt betroffenen Bürgerinnen und Bürgern Bestandsschutz. Dieser gilt für Leistungen für pflegebedürftige Menschen, die die örtlichen Träger mit Stand 31. August 2018 geprüft und bewilligt haben. Der Bestandsschutz erlischt, sobald ein Hilfefall neu bewertet werden muss. Das kann beispielsweise der Fall sein, wenn sich der Pflegegrad oder die Einkommens- und Vermögensverhältnisse ändern. Bei Erstanträgen, die nach dem 1. September gestellt werden, prüft der Bezirk die Voraussetzungen für den Bedarf neu.

Die Servicestelle des Bezirks Oberbayern sowie die Pflegekassen und die örtlichen Sozialämter bieten die entsprechende Be-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die Dokumentation des Bayerischen Sparkassentags bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Landrat Christoph Göbel (l.) gemeinsam mit Bezirkstagspräsident Josef Mederer. □

ratung an. Laut dem Bezirkstagspräsidenten ist der Bezirk Oberbayern zudem bestrebt, sich an bereits bestehenden Beratungnetzwerken zu beteiligen. „Beratung ist gerade bei der ambulanten Pflege ein wichtiger Baustein, damit jeder Mensch maßgeschneidert die für ihn passende Hilfe bekommt“, erläuterte Mederer.

Der Bezirk prüft derzeit zudem die Gründung von Pflegestützpunkten in Kooperation mit Kommunen, Pflege- und Krankenkassen sowie regional vorhandenen Beratungsangebo-

ten. Dazu führt er Gespräche mit Landratsämtern.

Der Bezirk Oberbayern übernimmt die ambulante Hilfe zur Pflege in zwei Stufen: Seit 1. September 2018 die Hilfefälle aus Stadt und Landkreis Rosenheim sowie den Landkreisen Dachau, Fürstfeldbruck und München sowie aus den übrigen 16 Landkreisen und zwei kreisfreien Städten zum 1. Januar 2019.

Unter www.bezirk-oberbayern.de/ambulante_pflge werden laufend alle wichtigen Informationen zum Wechsel der Zuständigkeit eingestellt. □

Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 27. September 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · Breitband · Mobilfunk · Kommunikationstechnologie
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.apsederrpfosten.com

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

AVA-Software



Energiedienstleistung



Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Hydraulik Anbaukomponenten



POWERED BY
HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren,
Schweißgeräte, Magnetenanlagen, Straßen- und Rohrreinigungs-
anlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen,
Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggerstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Kostendämpfung für Ihre
Lüftungs- und Klimaanlage

Clever investieren - doppelt sparen
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW!

- Substitution von Heiz-, Kälte-, Rückkühlleistung
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hochrentabel und betriebssicher
- Keim- und schadstoffübertragungsfreie Rückgewinnung
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule •
Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Sa-
turn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klini-
kum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel,
TUM, Villa Stuck • Regensburg: Universität • Schweinfurt:
Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Nutzfahrzeuge



www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk GmbH & Co. KG • Daimlerstr. 2 • 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 • Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de • www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelwerk
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung



Digital LED-Upgrade
bestehender Straßenleuchten
mit Verstand und Verantwortung.



Weitere Informationen:

T 0861 90992040 www.laternix.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragspartner für

Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!



Walter Strohmaier, Dr. Markus Söder, Dr. Ulrich Netzer

Bayerischer Sparkassentag 2018 in Rosenheim

Gemeinsam – #AllemGewachsen.

Die Position der bayerischen Sparkassen im digitalen Zeitalter stand im Mittelpunkt des Bayerischen Sparkassentags 2018 in Rosenheim. Vor über 400 Teilnehmern unterstrich Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, „dass wir stark, relevant und sichtbar bleiben und in den Regionen unseren Auftrag erfüllen werden“.

Sparkassen, so Netzer, liefen dafür heute im Hybridmodus: „Die Kombination ‚Benzin und Strom‘ heißt bei uns ‚stationär und online‘ – mit der Geschäftsstelle vor Ort und mobil im Smartphone.“ Die Sparkassen seien anpassungsfähig, schafften es, schlanker und effizienter zu werden, dabei technische Innovationen voranzutreiben und trotzdem in der Fläche zu bleiben. Sie blieben dabei laut Umfragen auch 2018 die Nr. 1 im Kundenvertrauen unter den deutschen Banken. Netzer verspricht sich daher auch weiterhin Unterstützung von der Staatsregierung für die Sache der öffentlich-rechtlichen Sparkassen.

Was die digital organisierte Welt anbelangt, so eröffneten sich fast täglich neue Spielräume genauso wie neue Unsicherheiten und Herausforderungen, betonte der Präsident. Für die Kunden der Sparkassen entstehe damit eine Vielzahl von neuen Möglichkeiten für ihre Finanzgeschäfte, es stelle sich aber zunehmend auch die Frage nach Datensicherheit und -souveränität.

Gastredner der hochkarätig besetzten Veranstaltung war Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der sich zu aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Themen positionierte.

Als weiterer Gastredner trat Ulrich Wilhelm, Intendant des Bayerischen Rundfunks, auf. In seinem Beitrag ging es darum, wie sich der BR auf den Sprung in die neue, digitale Welt vorbereitet und wie es gelingen kann, die Kunden dabei mitzunehmen.

Eckpfeiler und Erfolgsgarant

„Die Sparkassen sind ein wesentlicher Eckpfeiler unserer Finanzarchitektur und Erfolgsgarant für den Finanzplatz Bayern“, betonte Markus Söder. Die Staatsregierung bekenne sich ganz klar zum Drei-Säulen-Modell der deutschen Bankwirtschaft. Sie werde sich dafür weiterhin mit aller Macht in Brüssel einsetzen. Gleiches gelte für die Privilegierung der Mittelstandskredite bei Eigenkapitalunterlegung und Bürokratie.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurden schließlich Söders und Netzers Positionen mit SVB-Präsident Ulrich Netzer, Landesobmann Walter Strohmaier und Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, angeregt diskutiert. ■



Dr. Markus Söder

Sparkassen – gut fürs Land

„Die Sparkassen sind fester Bestandteil unserer Lebenskultur. Diese Kontinuität schafft Vertrauen und Verlässlichkeit. Es gibt regionale, wirtschaftliche und kulturelle Gründe, weshalb Sparkassen gut fürs Land sind“, unterstrich Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL.

„Ohne Sparkasse ist der ländliche Raum undenkbar“, machte Söder deutlich. Die Sparkasse sei aber nicht nur Partner des ländlichen Raums, sondern auch des „Innovationsmotors Mittelstand“. Zu glauben, man könne Kreditfinanzierung auf Dauer allein über den Kapitalmarkt gewährleisten, sei für Mittelständler weder tauglich noch existenzsichernd, so der Ministerpräsident. Deshalb: „Wer den Mittelstand schätzt, wer Arbeitnehmer und Arbeitsplätze will, muss die Sparkassen stark halten. Das tun wir in Bayern.“

„Wir sind ein Land der Sparer. Auf lange Sicht gesehen, entspricht Sparen und nicht Risikobereitschaft unserer finanzkulturellen DNA“, fuhr der Regierungschef fort. Blick zurück: Die Finanzkrise wurde laut Söder nicht von Sparkassen verursacht und letztlich auch leichter von ihnen bewältigt. Aus eigener Kraft und mit ihrem eigenen Geschäftsmodell hätten sie eine gute Entwicklung genommen. „Wenn also etwas modern und innovativ ist, dann ist das nicht die weltweit erneut aufkommende Finanzblasenarchitektur, sondern die regionale Sparkassen-Mittelstandskultur“, hob Söder hervor.

Nach eigener Aussage unterstützt er die Sparkassen sehr in ihrem Bestreben, die Balance zwischen Technik und Regionalität zu halten. Einst hätten die Sparkassen als langweilig und provinziell gegolten, „sie haben aber mit dem Einzug der Digitalisierung allen gezeigt, dass sie sich aus eigener Kraft heraus innovativ entwickeln können“. Heute zählten sie in der Bankenlandschaft zu den digitalen Vorreitern.

Moderne Zinspolitik

„Keinen nennenswerten Ertrag“ erbracht habe dagegen die Nullzinspolitik der EZB. Am Ende sei der Kapitalmarkt der Hauptprofiteur gewesen. „Das muss sich ändern“, forderte Bayerns Ministerpräsident: „Es kann nicht von Dauer sein, mit einer Nullzinspolitik das Geschäftsmodell der Sparkasse zu schädigen und gleichzeitig jene zu unterstützen, die eine ganz andere Philosophie von Geldmarktstabilität vertreten. Wir bleiben dabei: Wir brauchen moderate Zinsen!“

Steuergelder sollten zunächst einmal dort eingesetzt werden, wo sie erwirt-

schaftet werden, fügte Söder hinzu. „Und mir wäre lieber, wir würden Geld erst einmal in regionale Infrastruktur stecken als in ein imaginäres europäisches Konzept.“

Stabilität in Europa sei nicht durch immer mehr Geldzahlungen zu erlangen, sondern durch Reformen der jeweiligen Länder, stellte Söder fest. „Wir wollen keine Schuldengemeinschaft.“ Es könne nicht sein, dass europäische Finanzinstrumente entwickelt werden, um etwa italienische Banken zu retten. „Für verfehlte Politik in Italien können und dürfen wir finanziell nicht haften.“

Um die Firmen wettbewerbsfähiger zu machen, sprach sich Söder schließlich für eine Reform zur Senkung der Unternehmenssteuern in Deutschland aus. Dabei verwies er auf die US-Steuersenkungen, nannte aber auch Frankreich als möglicherweise erstarkenden Konkurrenten am Markt. „Wir werden dieser Herausforderung transatlantisch nicht mit Verboten, sondern nur mit guten Wettbewerbsargumenten bekommen und darum setzen wir auf eine Reform der Unternehmenssteuer.“ ■



Dr. Ulrich Netzer

Gemeinsam
#AllemGewachsen.

„Eintreten für den
regionalen Mittelstand“

Dr. Ulrich Netzer

Stark, sichtbar und relevant

„Auch bei der enormen Veränderungsgeschwindigkeit, die die Finanzwelt momentan an den Tag legt, bleiben die Sparkassen stark, relevant und sichtbar. Sie stehen für die privaten Kunden und den regionalen Mittelstand ein, zählen dabei aber auch auf Existenzgründungsprogramme und staatliche Initiativen zur Stärkung des ländlichen Raums“, unterstrich der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Ulrich Netzer.

Basis für ihre erfolgreiche Arbeit sei freilich auch eine angemessene, also proportionale Regulierung. Die Forderung nach einer sogenannten Small and Simple Banking Box, die sich von den Regelungen für internationale Geschäftsbanken mit riskanteren Geschäftsmodellen abhebt, stehe deshalb nach wie vor im Raum und müsse bald umgesetzt werden.

Mit Blick auf die Digitalisierung als Tagungsschwerpunkt meinte Netzer: „Für die Sparkassen verändern sich Prozesse, Produkte, Plattformen, Vernetzungen. Das birgt eine große Bandbreite von Chancen zur Profilierung in der digitalen Welt. Gleichzeitig steigt die Zahl der Offensiven anderer Anbieter.“

Exemplarisch nannte der Verbandspräsident die neue europäische Zahlungsdiensterichtlinie PSD II (Payment Services Directive II), die die Öffnung von Schnittstellen zwischen den Anbietern von Finanzdienstleistungen fordert. Bankkunden erhalten damit künftig mehr Flexibilität, sie können Angebote verschiedener Unternehmen bequem miteinander verbinden. Auch können sie entscheiden, welchen Drittanbietern sie Zugriffsrechte auf ihr Konto erteilen.

Für die Sparkassen bedeutet dies einerseits, ihre Schnittstellen zu öffnen. Gleichzeitig entstehen hier Möglichkeiten, ihr Angebot ebenfalls noch individueller auf ihre Kunden auszurichten, z. B. über die demnächst multibankenfähige Internetfiliale. „Auch wir nutzen die neuen Mög-

lichkeiten und integrieren sie rasch in unser sowohl bereits langjährig erprobtes als auch technisch hochmodernes Onlinebanking und in die Beratung“, führte Netzer aus.

„Letztlich geht es uns immer darum, unseren Kunden klare Mehrwerte bei bewährten Sicherheitsstandards zu bieten. Das werden wir auch mit unserem neuen Dienst YES tun, der es unseren Kunden einfach macht, Identitätsdaten aus unserem Online-Banking bequem und sicher zur Anmeldung bei anderen Plattformen zu verwenden. Klar ist aber bei allen Aktivitäten, dass die Sparkassen die ihnen anvertrauten Daten nicht an Dritte verkaufen.“

„Keine zentrale Europäische Einlagensicherung!“, lautete eine weitere Forderung des Verbandschefs. Geht es nach den Vorstellungen des ECOFIN-Rats, soll EDIS (European Deposit Insurance System) die Einlagen der Sparer im Fall einer Bankpleite absichern und in Krisenzeiten den Ansturm von Sparern auf ihre Kreditinstitute verhindern. Damit soll in einem letzten Schritt die europäische Bankenunion vollendet werden. Netzer zufolge ist die Union aber bereits vollständig, so dass es bei der Einlagensicherung auch objektiv keinen Regelungsbedarf gebe. Bereits seit Juli 2015 bestünden europaweit einheitliche und funktionierende Regeln für die Höhe der besicherten Einlagen und die Funktionsweise der Sicherungssysteme auf nationaler Ebene. „Damit sind bereits alle Sparer in Europa nach denselben Standards geschützt.“

Auch die derzeit diskutierten Vorschläge, auf eine Voll-Zentralisierung zu verzichten und EDIS als Rückversicherung auszugestalten, hält Netzer für unzureichend. Seine Forderung: „Wir brauchen Brandschutzmauern, separate Sicherungssysteme sind zuverlässiger! Wir sollten uns auch die Frage stellen: Wie wirkt das Thema auf die Sparer? Wenn heute ein Problem in einem südlichen Mitgliedsland auftaucht, ist das für unsere Sparer ein Beitrag in der Tagesschau. Mit einer zentralisierten Einlagensicherung würde sich das ganz anders anfühlen.“ ■



v.l. Roland Schmäutz, Walter Strohmaier,
Ulrich Wilhelm, Dr. Ulrich Netzer



„Digital und
face-to-face“

Podiumsdiskussion

Kundenbedürfnisse erkennen

Wie nimmt man seine Kunden auf dem Sprung in die neue, digitale Welt mit? Dazu tauschten sich BR-Intendant Ulrich Wilhelm, Walter Strohmaier, Landesobmann der bayerischen Sparkassen und Roland Schmäutz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, in einer von SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer moderierten Podiumsdiskussion aus. Als dezentral strukturierte Traditionsunternehmen mit öffentlichem Auftrag haben der Bayerische Rundfunk und die Sparkassen nicht nur auf den ersten Blick viele strukturelle Gemeinsamkeiten. Jetzt gilt es für beide, ihre Mitarbeiter und Kunden so abzuholen, dass der Veränderungsprozess hin zu einem digitaleren Geschäftsmodell gelingt. Zentral ist es, bei den Menschen zu bleiben und ihr Vertrauen zu halten.

Walter Strohmaier zufolge haben beide Organisationen als öffentlich-rechtliche Institute zunächst einen volkswirtschaftlichen Versorgungsauftrag, im Fall der Sparkassen ist das die flächendeckende und dauerhafte Versorgung mit Finanzdienstleistungen. Sie sollen starke Partner in der Region bleiben.

Dabei sei die Digitalisierung sei eine Chance für die Finanzbranche. Denn die meisten Verbraucher seien bereits in diesem Thema „angekommen“. Digitalisierung sei eine Chance „auch für unsere Branche“. Das Knowhow müsse jetzt auch konsequent allen Mitarbeitern vermittelt werden.

„Bei aller Affinität zum Digitalisierungstrend müssen wir allerdings berücksichtigen, dass gerade junge Leute statistisch nur einmal im Jahr eine Sparkassenfiliale aufsuchen“, bemerkte Strohmaier. Dabei erwarteten sie dann aber „eine qualifizierte Face-to-face-Beratung.“ Es reiche also nicht aus, nur Apps anzubieten.

Grundsätzlich seien bei den Sparkassen auf Bundesebene bereits sehr gute Lösungen in punkto Digitalisierung erarbeitet worden. „Wir brauchen hier keinen Vergleich zu scheuen. Darauf bin ich stolz. Es tut uns gut, auf Erfolge aufmerksam machen zu können“, so der Landesobmann.

Laut Roland Schmäutz bietet die Digitalisierung „die tolle Möglichkeit, den Menschen im ländlichen Raum das Leben leichter zu machen“. Im Mittelpunkt müssten dabei aber immer die Bedürfnisse der Menschen stehen, die Digitalisierung sei nur die dahinter liegende Technik. Junge Menschen seien natürlich sehr Handy-affin, irgendwann kämen aber auch sie an den Punkt, „an dem sie nicht nur technische Features brauchen, sondern Orientierung und kompetenten Rat brauchen. Es müsse also gelingen, Ansprechpartner für die jungen Leuten der Generationen Y und Z auf allen Kanälen zu sein – gemäß dem Motto: „Wenn’s um Geld geht: Sparkasse!“

Jedes Haus sei dazu aufgerufen, mit Digitalisierung zu beginnen und angstfrei damit umzugehen, betonte Schmäutz. Auch jungen Mitarbeitern müssten hier entsprechende Aufgaben zukommen. Bei aller Digitalisierung sei derzeit auch die Hinwendung zur Heimat deutlich erkennbar, was sowohl für die Sparkassen als auch den Bayerischen Rundfunk förderlich sei, fügte der SVB-Vizepräsident hinzu.

Ulrich Wilhelm verwies seinerseits auf den „erfreulichen Effekt, dass sich auch über 70-Jährige mit beachtlichen Steigerungsraten auf technische Veränderungen einlassen“, beispielsweise

se die BR-Mediathek nutzen oder aber App-Angebote wahrnehmen. „Da ist ein Prozess in Gang gekommen. Die Gesellschaft baut mehr und mehr digitale Kompetenz auf. Das zeigt sich in der Praxis ganz deutlich.“

Zentral – dezentral

Präsident Netzer erinnerte daran, dass bestehende gute Produkte und Lösungen in die digitalen Entwicklungen integriert werden müssen. Die digitale sei allerdings eine sehr zentrale Welt, während Organisationen wie der BR und die Sparkassen mit dezentralen Entscheidungsstrukturen arbeiten. Damit daraus keine Verzögerungen entstehen, stellt der Öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Beratungs- und Entscheidungsstrukturen neu auf, ein neu gegründetes ARD-Digitalboard wird installiert. Auch die Sparkassen setzen auf zentrale Einheiten, die Lösungen für die ganze Gruppe entwickeln.

An die Adresse der Sparkassen gerichtet, meinte BR-Intendant Wilhelm: „Sie haben ein gewachsenes Verständnis von sich selbst und sind mit sich derart im Reinen, dass es gelingen sollte, die kulturelle Veränderung angesichts der digitalen Herausforderung gut zu meistern.“ *Sein Rat:* „Trauen Sie es sich zu, die Digitalisierung zu stemmen!“ ■

Gabriele Bauer

Sparkassen: Too important to fail

„Das optimistische und nach vorne weisende Motto des Sparkassentags, Gemeinsam #AllemGewachsen ist deshalb so gelungen, weil es alles das beinhaltet, was die Sparkassen in der Vergangenheit groß gemacht hat und was für die Zukunft prägend bleiben wird“, hob Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer hervor.

Wer jetzt im Gefolge von Wortmeldungen aus den Reihen der Europäischen Zentralbank oder der Europäischen Bankenaufsicht meine, das deutsche System der Sparkassen als regionale Finanzdienstleister in Frage stellen zu müssen, sollte an jene Zeiten denken, „da in den Banktürmen in Frankfurt



und anderswo unverblümt darüber nachgedacht wurde, aus dem Privatkundengeschäft auszusteigen - da nicht lukrativ genug“, unterstrich das Stadto-

berhaupt. Im Kern werde hier die gleiche Diskussion geführt, wie in der Frage der deutschen Einlagensicherung: „Wer das Bild der Geschäftsbank als ultimatives Ideal eines Kreditinstituts vor Augen hat, wird den Sparkassen als regionale Akteure nicht gerecht.“

„Unsere Sparkassen sind vielleicht nicht ‚too big to fail‘, aber sie sind, ‚too important to fail‘ und wir werden ihre Erfolgsgeschichte auch im digitalen Zeitalter weiterschreiben, weil wir als Kommunen und als Kunden zu ihnen stehen“, machte Bauer deutlich. Trotz aller Digitalisierung komme es schließlich immer auch auf den Menschen an. ■

Ulrich Wilhelm

Geschäftsmodelle überdenken

Bayerischer Rundfunk und bayerische Sparkassen pflegen seit Jahren eine intensive Zusammenarbeit. Der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm, sieht auch mehrere Parallelen zwischen den beiden bayerischen Traditionsorganisationen. So etwa die öffentlich-rechtliche Organisationsform, den Versorgungsauftrag oder aber die dezentrale Vertretung in den Regionen. Zudem fordere die digitale Welt beiden ab, ihr Geschäftsmodell gründlich zu überdenken.

Beide Institutionen gehören laut Wilhelm zum Komplex der öffentlichen Güter. „Hier sehen wir uns mit einer Aufgabe von wachsender Bedeutung konfrontiert. Der Zusammenhalt in der Gesellschaft wird nur gelingen, wenn einer großen Mehrheit von Menschen die Teilhabe am öffentlichen Leben möglichst barrierefrei möglich ist. Niemand darf von neuen Entwicklungen dauerhaft ausgeschlossen werden.“

„Die Frage, ob wir diese Herausforderungen bewältigen, ist nicht nur ein Thema des Überlebens von BR und Sparkassen, sondern es geht um viel mehr“, führte der Intendant aus. Nicht ohne Grund habe der Gesetzgeber beide mit einem öffentlichen Auftrag ausgestattet.



Die zentrale Frage laute: Wie kann dafür Sorge getragen werden, dass das Ideal der Demokratie möglichst wenig störungsanfällig garantiert wird? Die Omnikanal-Strategie, die sich die Sparkassen zum Ziel gesetzt haben, entspricht Wilhelm zufolge der avisierten Trimedialität beim BR. Der Bayerische Rundfunk hat sich zum Ziel gesetzt, die Qualität seiner Berichterstattung und den publizistischen Mehrwert für die Bürger weiter zu steigern. Zu diesem Zweck sollen alle Redaktionen von Hörfunk, Fernsehen und Online, die gemeinsam recherchieren und planen können, in trimedialen Kompetenzzentren integriert werden.

*Ohne Veränderung
kein Fortschritt*

„Die Digitalisierung ist eine technikgetriebene Entwicklung, die allerdings enorme gesellschaftliche Konsequenzen nach sich zieht“, betonte Wilhelm. Verlässlich eine Gesamtöffentlichkeit zu erreichen, sei nicht mehr selbstverständlich. „Deshalb sind wir – Sparkassen und BR - aufgerufen, für einen Interessenausgleich zu sorgen und weiterhin Vertrauen zu signalisieren. Wichtig ist, im Gespräch zu bleiben.“ ■



Kurzüberblick zur Geschäftsentwicklung 2018

Erneut gutes Kreditgeschäft

Für die ersten sechs Monate 2018 verzeichnen die bayerischen Sparkassen erneut ein sehr gutes Kreditgeschäft: Das Kreditvolumen stieg um 2,4 Milliarden Euro (+1,9 Prozent) auf rund 133 Milliarden Euro. Dieser Anstieg wird besonders durch das sehr dynamische Unternehmenskreditgeschäft getragen (+2,9 Prozent).



Die bemerkenswert starke Entwicklung der Firmenkredite spiegelt sich auch in den Zusagen für künftige Darlehen wieder: Bisher wurden 2018 +11,3 Prozent mehr Kredite an Unternehmen und Selbstständige als im gleichen Zeitraum 2017 zugesagt.

Auch die Einlagen bei den bayerischen Sparkassen nehmen wieder zu. Seit Jahresbeginn ist der Einlagenbestand um 0,9 Prozent auf rund 161 Milliarden Euro gestiegen. Die Zuwächse bei den Sichteinlagen der Privatkunden überkompensieren wieder die Abflüsse bei Unternehmenskunden und öffentlichen Haushalten. Im gleichen Vorjahrszeitraum waren hier erstmals Verschiebungseffekte aufgrund der 2017 neu eingeführten Verwahrtgelte für diese Kundengruppen zu beobachten gewesen, so dass die Einlagenentwicklung bei den Sparkassen insgesamt rückläufig gewesen war.

Trend zu Wertpapieranlagen und Investmentfonds

Dieser Prozess flacht nun deutlich ab. Normale Sparer sind nach wie vor von Verwahrtgelten nicht betroffen und parken, sofern sie freie Mittel haben, diese weiterhin bevorzugt in täglich fälligen Anlagen. Bemerkenswert ist die Entwicklung des Wertpapiergeschäfts der bayerischen Sparkassen: Seit Beginn des Jahres 2018 lag der Nettoabsatz trotz dem Inkrafttreten der EU-Finanzmarkttrichtlinie MiFiD II zum Jahresbeginn um +53 Prozent über dem des gleichen Vorjahreszeitraums. Damit setzt sich der bereits 2017 beobachtete Trend fort: Immer mehr Kunden schwenken von derzeit ertragslosen Sparprodukten auf Wertpapieranlagen und Investmentfonds. ■

Prof. Dr. Ulrich Reuter

Leistungsfähiger Marktführer

Gemeinsam #AllemGewachsen:

Der Sparkassentag hat laut Erstem Verbandsvorsitzenden Prof. Dr. Ulrich Reuter (Landrat Aschaffenburg) gezeigt, „dass dies nicht nur ein Werbeslogan, sondern unser Auftrag ist und unsere Fähigkeit richtig beschreibt“. Die Sparkassen müssten sich stets aufs Neue bewusst machen, dass sie ein leistungsfähiger Marktführer sind. Durch entsprechende Produkte und Angebote veränderten sie das Leben der Kunden positiv. Daran schließt sich der Auftrag an, die Nummer eins zu bleiben.



Die Herausforderung bestehe nun darin, eine zukunftsfähige Transformation

der Sparkassenidee und des öffentlichen Auftrags zu gestalten: „Diese Transformation wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten. Dabei sollten wir unser Augenmerk auf das Thema Kundennähe legen.“

Die kommunal verankerten Sparkassen bleiben Reuter zufolge auch im digitalen Umfeld stark. „Wenn jede einzelne Sparkasse in ihrer Region weiterhin so erfolgreich ist wie bisher und dabei auch den Verbundgedanken aktiv stützt, dann sind wir tatsächlich gemeinsam allem gewachsen“, zeigte sich der Verbandsvorsitzende überzeugt. ■



„20.000 € für die
Rosenheimer Tafeln“

Mit 2 x 10.000 Euro aus dem Reinertrag ihrer Gewinnspartlotterie Sparkassen-PS-Sparen und Gewinnen unterstützen die bayerischen Sparkassen die Arbeit von Einrichtungen in Stadt und Landkreis Rosenheim, die Lebensmittel einsammeln und an wirtschaftliche benachteiligte Bürgerinnen und Bürger ausgeben. Die Spenden überreichte der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Ulrich Netzer, stellver-

tretend für die begünstigten Organisationen an Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer und Landrat Wolfgang Berthaler. Insgesamt elf Einrichtungen mit 15 Ausgabestellen erhalten eine Spende für z. B. die Anschaffung von Transport- und Kühlmöglichkeiten, die Ergänzung des Angebots durch haltbare Lebensmittel oder eine Aktion „Kino und Eis“ für über 100 Kinder, deren Familien auf die Tafel angewiesen sind. ■



IMPRESSUM:

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 17/2018

Redaktion:	Doris Kirchner
Gestaltung:	Michael Seidl
Bildrechte:	Sparkassenverband Bayern
Verantwortlich:	Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg